

Soziale Frage  
bleibt Kernfrage

Seite 6

Ansätze zur Lösung des  
Nahost-Konfliktes

Seite 28

Prüfsteine für das  
„Europäische Modell“

Seite 48

Schwerpunktthema in dieser Ausgabe:

## Europas ferne nahe Nachbarn

Die Arbeit der FES in der Region  
Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Die Arbeit der FES in der Region Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

# Europas ferne nahe Nachbarn

— DIE REGION DES NAHEN/MITTLEREN OSTENS UND NORDAFRIKAS, ZU DER DIE ARABISCHE WELT, ISRAEL, DER IRAN UND MIT EINSCHRÄNKUNGEN DIE TÜRKEI GEZÄHLT WERDEN, BEFINDET SICH IN DIREKTER NACHBARSCHAFT EUROPAS.

Aus deutscher und europäischer Perspektive ist diese Region damit

von herausragender Bedeutung. Besonderes Gewicht hat die historisch-moralische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel. Sicherheits-, wirtschafts-, gesellschafts- und kulturpolitische Interessen spielen eine wichtige Rolle im Verhältnis zu den Nachbarn südlich des Mittelmeers. Konflikte

und Probleme dieser Region werden in Europa aber auch als direkte Bedrohung der eigenen Sicherheit und Stabilität wahrgenommen.

Als Bedrohung gelten nicht nur der israelisch-palästinensische Konflikt, die Krise im Post-Saddam-Irak, der Atomkonflikt mit dem Iran, der Westsahara-Konflikt oder der drohende Staatszerfall des Sudan, sondern auch strukturelle Probleme. Die arabisch-islamische Welt leidet – auf eine kurze Formel gebracht – unter Unfreiheit, Ungleichheit und Unwissenheit. Von arabischen Fachleuten im Arab Human Development Report 2002 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen wurden die wichtigsten Demokratie- und Entwicklungsdefizite der arabisch-islamischen Welt bereits identifiziert: als der weltweit geringste Freiheitsgrad, gemessen

an bürgerlichen und politischen Menschenrechten, die weltweit geringste Berücksichtigung der Frauen im Hinblick auf ihre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Beteiligung und weltweit eines der schlechtesten Bildungssysteme. Gleichzeitig weist sie einen enormen Bevölkerungszuwachs auf, der zu einer Explosion des Anteils der Jugend im demografischen Aufbau dieser Gesellschaften geführt hat. Der Bevölkerungszuwachs führt zu einer Über-Urbanisierung und verschärft die Wasserknappheit. Wegen mangelnder globaler Wettbewerbsfähigkeit, die sich in dem zurückgehenden Anteil des regionalen Bruttosozialprodukts am globalen Bruttosozialprodukt, aber auch in dem sehr begrenzten intra-regionalen Handel und geringen ausländischen Direktinvestitionen ablesen lässt, können nicht die

notwendigen Arbeitsplätze geschaffen werden und es erhöht sich angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Einkommensungleichheit zwischen der arabisch-islamischen Welt und Europa der Migrationsdruck.

Dieser Entwicklungs- und Demokratiestau in der Region wird kurzfristig nicht entscheidend abgebaut werden können. Und dies liegt vor allem an dem vorherrschenden Tribalismus in den Gesellschaften, an der Rentenabhängigkeit der Staaten in der Region und dem ungelösten Umgang mit dem Islamismus. Bleiben diese Konflikte und strukturellen Probleme ungelöst, erhöhen sich aus deutscher und europäischer Perspektive auch zwangsläufig die Gefahren durch Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, illegale Migration,

Energieversorgungsunsicherheit und islamischen Extremismus. Die FES arbeitet langfristig und schwerpunktmäßig daran, einen nachhaltigen Beitrag zur Lösung dieser Konflikte und strukturellen Probleme zu leisten. Zu den Arbeitslinien zählen: Zivile Konfliktbearbeitung/Vergangenheitsbewältigung, Presse- und Meinungsfreiheit/Medien, Dialog-Programme (Regionaler und innergesellschaftlicher Dialog), Stärkung der Zivilgesellschaft sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist in der Region mit zehn Büros vertreten: im Libanon, in Israel, Palästina, Jordanien, Jemen, Ägypten, Sudan, Tunesien, Algerien und Marokko. Gleichzeitig engagiert sich die Stiftung schon seit Jahren in Syrien, im Iran sowie in den letzten beiden Jahren im Irak, ohne bislang eine Vertretung in diesen Ländern zu haben. Auf den Seiten 28 bis 47 finden sich Beispiele aus unserer Projektarbeit.

Weitere Informationen unter [www.fes.de/nahost](http://www.fes.de/nahost)

## Artikel in dieser Ausgabe:

März – April – Mai 2006

### DEUTSCHLAND

Internationale Parlamentarierkonferenz in Berlin: Regiert „König Fußball“ die Welt? .....	4
Internationale Fachkonferenz in Berlin: Soziale Frage bleibt Kernfrage .....	6
Managerkreis diskutiert den Corporate Governance-Kodex: Kann wertorientierte Unternehmensführung verordnet werden? .....	9
Europäische Integrationsansätze im Vergleich: Nur ein Sicherheitsproblem? .....	14
Bürgerkonferenz der FES legt Votum zum Rechtsextremismus vor: Das Wort hat der Bürger .....	18

### SCHWERPUNKT

Genfer Initiative und Jerusalem-Berlin-Forum: Ansätze zur Lösung des Nahost-Konfliktes .....	28
FES fördert politisches Radioprogramm: Irak: umfassende Berichterstattung .....	32
Das Israeli European Policy Network (IEPN): Gegen Missverständnisse und Informationslücken .....	36
Frauen-Internetcafé im Jemen: Surfen in der Wüste .....	41
FES fördert Sozialen Dialog und Schulung von Betriebsräten: Gegen soziale Ungerechtigkeiten .....	44

### INTERNATIONAL

14. deutsch-französische Strategiegelgespräche in Paris: Prüfsteine für das „Europäische Modell“ .....	48
Erwartungen an die UN Peacebuilding Commission: Ein neues Element in der UN-Architektur .....	51
Die Arbeit der FES in Rumänien: Der Rechtsstaat braucht ein Fundament .....	58
Das neue regionale Sicherheitsprojekt der FES in Lateinamerika: Vertrauen aufbauen .....	63
Westafrika: Freihandelsabkommen mit der EU Mit Handel gegen die Armut .....	67
<b>Publikationen</b> .....	70
<b>Impressum</b> .....	71

# Regiert „König Fußball“ die Welt?

## Internationale Parlamentarierkonferenz in Berlin

Dass eine Fußball-Weltmeisterschaft auch für Politiker/innen einen Rahmen für den Dialog über nationale und politische Grenzen hinweg bieten kann, zeigte eine zweitägige Fachkonferenz im Berliner Haus der FES, zu der für Sportpolitik verantwortliche Vertreter/innen aus WM-Teilnehmerländern geladen waren. Über 100 Abgeordnete, Botschaftsvertreter/innen,

rungsaustausch hinsichtlich der Planung und Durchführung solcher Großereignisse. In seiner Eröffnungsrede unterstrich Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble neben der integrativen Kraft des Fußballs das Potential des Mannschaftssports, spielerisch Regeln für das gesellschaftliche und gewaltfreie Zusammenleben vermitteln zu können und hob das Engagement der FES hervor.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Peter Struck zeigte sich überzeugt, dass die Deutschen ihr Land bei diesem „Treffen der Kulturen“ tolerant und weltoffen präsentieren werden, und betonte die positiven wirtschaftlichen Effekte der WM für Deutschland. Der Vize-Präsident des FIFA-WM OK Dr. Theo Zwanziger hob die Bedeutung der Unterstützung der verschiedenen Bundesregierungen und damit auch die wichtige Rolle der Politik in der Vorbereitung auf die WM hervor.

Internationale Medienvertreter diskutierten die Außenwahrnehmung des Gastgebers Deutschland. In einem anderen Panel widmeten sich Experten aus Südkorea, Portugal, Frankreich und Deutschland der Analyse ökonomischer Effekte großer Fußballturniere. Dabei wurde davor gewarnt, deren Auswirkungen für eine Volkswirtschaft zu überschätzen.



Einig über die integrative Kraft des Fußballs: Theo Zwanziger, Wolfgang Schäuble, Anke Fuchs und Peter Struck (Foto: Liebe)

Wissenschaftler/innen und Journalist/innen aus 20 WM-Teilnehmerländern folgten der Einladung, über politische Herausforderungen im Vorfeld internationaler Sportevents zu diskutieren.

Im Vordergrund stand dabei der internationale Erfah-

## Von Fans für Fans

### FES FÖRDERTE TREFFEN AKTIVER FUSSBALLFANS RUND UM DEN GLOBUS

Um ehrenamtlich engagierte Fußballfreunde im Vorfeld der Weltmeisterschaft 2006 zu unterstützen, eigene Ideen für eine friedliche und völkerverbindende WM umzusetzen und den internationalen Dialog zwischen Fußballfans zu fördern, hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung schon im Jahr 2005 die Initiative „Fans for Football“ ins Leben gerufen. Seitdem wuchs in Kooperation der zahlreichen Büros der FES in Deutschland und rund um den Globus ein umfangreiches Netzwerk mit engagierten Fans aus aller Welt. Neben Treffen an allen zwölf WM-Austragungsorten im Jahr 2006, die vor allem einer innerdeutschen Bestandsaufnahme und regionalen Vernetzung dienten, fanden im WM-Jahr zahlreiche internationale Veranstaltungen statt. Vertreter/innen von Fanorganisationen, Vereinen, ehrenamtlichen Sportprojekten sowie aus

Politik und Verbänden wurden zu internationalen Hearings in Paris, Warschau, London, São Paulo, Amsterdam, Rom und Prag eingeladen. Dort konnten sie mit Partnern aus Deutschland über ihre Erwartungen an die WM sprechen, Fragen zu den Angeboten in Deutschland diskutieren und internationale Kontakte knüpfen. Die deutschen Teilnehmer präsentierten eine Auswahl der zahlreichen Aktivitäten „von Fans für Fans“. Die Fanvertreter aus dem Ausland waren vielfach von der Programmviefalt beeindruckt, die sie zur WM erwartet. Der Aufbau persön-

Gute Stimmung in São Paulo: eines der weltweiten Fan-Hearings der Friedrich-Ebert-Stiftung (Foto: FES)



licher Kontakte trug auch dazu bei, dass sich viele der Fans in Deutschland wiedersehen wollten. Die Treffen blieben aber nicht frei von kritischen Stimmen. So wurde allorts die Vergabep Praxis der Tickets kritisiert. In den Ländern Westeuropas und in Brasilien wurde zudem die zunehmende Kommerzialisierung des Sports bemängelt.

#### MEHR ZUM THEMA

Ausführliche Berichte, Fotos und Informationen (auch in Englisch) unter [www.fansforfootball.org](http://www.fansforfootball.org)

## Ein Novum in der Fußballwelt

INTERNATIONALER FANKONGRESS IM BONNER HAUS DER FES

Beim internationalen Fankongress der Initiative „Fans for Football“ im Bonner Haus der FES stand der Dialog von Fans und Fanexperten aus WM-Teilnehmerländern im Mittelpunkt. Über 150 Teilnehmer/innen aus 15 Ländern diskutierten am 6. und 7. April u.a. über die Kommerzialisierung des Sports, das Verhältnis von Fans und Sicherheitskräften oder das Thema Rassismus im Sport.



Schirmherr Willy Lemke (2.v.l.) überreichte die Preise für die besten Fan-Ideen. (Foto: FES)

Neben Fußballgrößen wie Reiner Calmund und Uwe Rapolder, die die Bedeutung der Fußballfans für den Sport betonten, fand sich sogar die Kölner Band „Die Höhner“ ein, um im Foyer der Stiftung live gemeinsam mit der englischen Combo „English Pride“ zu singen. Zudem konnten die Gäste sich am Rande der Veranstaltung in einer Ausstellung über deutsche WM-Projekte informieren.

Die begeisterten Rückmeldungen der Gäste unterstrichen die Bedeutung eines solchen Treffens. Eine transnationale Vernetzung von Fanprojekten stellte ein echtes Novum dar und sollte nach Ansicht der Teilnehmenden in Zukunft intensiviert werden. Daher wurden im Rahmen der Veranstaltung erste, gemeinsame Ansätze einer europaweiten Faninteressenvertretung entwickelt.

Abschließend wurden die Preisträger des Wettbewerbs der Fan-Ideen von einer prominenten Jury ausgezeichnet. Schirmherr Willi Lemke, Senator für Bildung und Wissenschaft des Landes Bremen, betonte vor dem Hintergrund seiner Erfahrung als Manager von Werder Bremen die Bedeutung des Einsatzes

der Fans für eine gastfreundliche WM. Den ersten Preis überreichte er an den „Freizeitsportclub Dynamo Windrad e.V.“ aus Kassel und ihr Projekt der „Bolz-WM“. Die Idee eines internationalen Mädchenfußballturniers „Kick-It!“ aus Leipzig erreichte den 2. Platz, gefolgt von den beiden drittplatzierten Projekten „Die Welt auf deiner Couch“ aus Nürnberg sowie dem Fussball-Magazin „WM0711“ aus Stuttgart.

#### DIE PREISTRÄGER

[www.bolz-wm.de](http://www.bolz-wm.de), [www.wm0711.de](http://www.wm0711.de)  
[www.die-welt-auf-deiner-couch.de](http://www.die-welt-auf-deiner-couch.de)

#### FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Wahre Liebe: Eine Einführung in die Fußball-Subkultur für Anfänger und Fortgeschrittene“ – unter diesem Motto stand ein **Aktionstag im Thalia Theater Hamburg**. Damit begab sich das Julius-Leber-Forum gemeinsam mit dem HSV-Fanprojekt auf die Suche nach der echten Fankultur. Höhepunkt des Abends war die Podiumsdiskussion „Seele oder Marke?“. Hier diskutierten Tom Stromberg, Festivalleiter und Theaterproduzent, Thomas Röttgermann, Geschäftsführer von Sportfive Deutschland, Matthias Bettag, Sprecher des „Bündnisses aktiver Fußballfans“ sowie Thomas Schneider, Leiter der Koordinationsstelle Fußball, über die Ambivalenz des modernen Fußballs, der ohne Kommerz nicht überleben kann, aber ohne die nichtkommerziell orientierten Fans eben auch keine Aura besitzt. + + +

Internationale Fachkonferenz in Berlin

# Soziale Frage bleibt Kernfrage

— DIE MODERNISIERUNG DES SOZIALSTAATS IST DERZEIT EINE DER PRÄGENDEN DEBATTEN – nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern. Der Gesprächskreis Sozialpolitik nahm dies zum Anlass für eine internationale Fachkonferenz, die am 29. Mai in Berlin stattfand. Der Steuerungskreis Europäisches Sozialmodell der Friedrich-Ebert-Stiftung legte dazu ein Diskussionspapier vor.

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering kritisierte in seiner Grundsatzrede, dass der europäische Gedanke derzeit von Wirtschaftsinteressen überlagert werde: Im Bild von Europa dominierten die Ideen des Wettbewerbs und der Deregulierung. Organisierte Solidarität müsse auch in einem integrierten Europa der Kern sozialstaatlicher Regelungen bleiben.

Jean Marc Ayrault, Fraktionsvorsitzender der Sozialistischen Partei in der französi-

schen Nationalversammlung, ging auf das ein Jahr zuvor gescheiterte Verfassungsreferendum in



„Die grundsätzliche Ausrichtung der sozialen Marktwirtschaft steht fest: Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt“, betonte Müntefering auf der Fachkonferenz in Berlin

Frankreich ein. Wenn Europa bestehende soziale Fragen nicht lö-

se, werde das Vertrauen der Menschen in die europäische Idee weiter sinken.

In der Podiumsdiskus-

sion zur Rolle des Sozialen Dialogs auf europäischer Ebene wur-

den Zweifel laut, ob von Seiten der Gewerkschaften und Arbeitgeber bei wichtigen Themen Fortschritte zu erwarten sind. Doch Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände machten einen überraschenden Vorstoß: Sie kamen überein, insbesondere in Fragen der Qualifizierung von Arbeitnehmern eine ge-

## Globalisierung ist keine Einbahnstraße

Der Film „Globalisierung ist keine Einbahnstraße“ zeigt die internationale Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf um eine soziale Ausrichtung der Globalisierung. Es werden die Instrumente des internationalen Sozialrechts genannt und positive Beispiele internationaler Gewerkschaftszusammenarbeit dargestellt. Dabei gibt der Film nicht nur einen spannenden Einblick in die Gewerkschaftsbewegung, sondern zeigt positive Perspektiven auf. Er soll in erster Linie zur Bildungsarbeit eingesetzt werden und ist in deutscher, englischer, französischer, portugiesischer und

spanischer Sprache erhältlich.

„Globalisierung ist keine Einbahnstraße“ entstand in Zusammenarbeit zwischen FES, IG BCE, GEW, IG Metall und dem DGB Bildungswerk. Kostenlos unter [www.fes.de/Gewerkschaften](http://www.fes.de/Gewerkschaften)



Globalisierung  
ist keine Einbahnstraße

meinsame Initiative auf europäischer Ebene zu ergreifen. Die Belastung sozialer Sicherungssysteme durch hohe Arbeitslosigkeit ist nicht nur in Deutschland ein Problem. Auch steuerfinan-

zierte Systeme leiden unter dem verstärkten Steuerwettbewerb in der erweiterten Europäischen Union. In der Diskussion wurde angeregt, europaweit klare Bemessungsgrundlagen zu schaf-

fen sowie Korridore einzurichten, in denen die Unternehmen besteuert werden sollten. Dies mindere nicht den Wettbewerb, sondern schaffe den notwendigen sozialen Ausgleich für alle.

#### MEHR ZUM THEMA

Die Reden von Franz Müntefering und Jean Marc Ayrault sowie das Diskussionspapier „Sozialpolitik europäisch denken“ unter: [www.fes.de/aspol](http://www.fes.de/aspol)

#### FES-KONFERENZ ÜBER DIE HARTZ-REFORMEN

## Veränderungen ohne Wirkung?

Die „Hartz-Gesetze“ haben die Öffentlichkeit heftig bewegt und sind bis heute umstritten. Keine Reform im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpoli-

tik ist bisher derart umfassend wissenschaftlich analysiert und begleitet worden. Die bisher vorliegenden Zwischenergebnisse zu Hartz I - III

sind zunächst noch vorläufig, dennoch bieten sie eine belastbare Grundlage. Der FES-Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung führte am 15. März eine Konferenz durch, um die Zwischenergebnisse zu diskutieren.

der BA, machte deutlich, dass die BA bereits Verbesserungen im Hinblick auf die Transparenz und Qua-

#### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Der Staat hat die Pflicht, über Gesetze Rahmenbedingungen für einen Sozialstaat zu schaffen und Fördermöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, sagte Birgit Fischer, Staatsministerin a.D. in ihrem Eröffnungsvortrag zur Auftaktveranstaltung der **FES-Reihe Zukunftsforum NRW** am 17. März in Dortmund. Durch Hilfe zur Selbsthilfe müsse der Staat neue Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement schaffen. Henk Kinds, Community Partnership Consultant, Niederlande, präsentierte Merkmale des niederländischen Bürgerengagements. Die Erfahrung dort zeige, dass die Bürger sich umso mehr engagieren, je mehr sich der Staat zurückhält. + + +

+ + + Über das Förder- und Investitionsinstrument Solidaripakt II sprach Bundesminister a.D. Manfred Stolpe am 14. März im **Gesprächskreis „Zukunft mit Ostdeutschland“ der FES-Leipzig**. Dabei erläuterte er, dass von den 156,5 Mrd. Euro des Solidaripakts II bis 2019 etwa 105 Mrd. Bundesergänzungszuweisungen „zum Abbau teilungsbedingter Lasten“ seien. Die übrigen rund 50 Mrd. Euro Bundesmittel seien hingegen für besondere wachstums- und beschäftigungsfördernde Leistungen vorgesehen. + + +

Neben ersten Ergebnissen zur Wirkung einzelner neuer Instrumente und Maßnahmen standen der Umbau der BA und die Neuausrichtung der Arbeitsvermittlung im Zentrum. Klaus Brandner, MdB, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, der maßgeblich an der Reform beteiligt war, wies darauf hin, dass die wissenschaftliche Evaluierung der Arbeitsmarktreformen eine „lernende Politik“ ermöglichen.

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender



Angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt kann aus Sicht von Frank-Jürgen Weise (links) derzeit auf einen öffentlich finanzierten „zweiten“ Arbeitsmarkt nicht verzichtet werden.

lität der Leistungen erreicht hat. Nun geht es vor allem darum, den Menschen und den Unternehmen qualifiziertere Dienstleistungen, vor allem eine bessere Beratung, anzubieten.

[www.fes.de/aspol](http://www.fes.de/aspol) -  
Veranstaltungen

## Ein weiter Weg zu besseren Gesetzen

Insbesondere der Mittelstand klagt seit langem über die bürokratischen Belastungen durch den Staat. Bereits 2003 empfahl der Arbeitskreis Mittelstand der FES unter anderem die Stärkung der Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) und die Einrichtung eines unabhängigen Gremiums, vergleichbar mit dem Sachverständigenrat oder dem Bundesrechnungshof. Diese Empfehlung, die von

Wirtschaft und Wissenschaft gleichermaßen getragen wurde, fand jetzt Eingang in den Koalitionsvertrag, wonach zunächst ein Normenkontrollrat Gesetzesinitiativen auf ihre Erforderlichkeit und die damit verbundenen bürokratischen Kosten hin überprüfen sollte. Mittlerweile ist dieses Vorhaben durch den Entwurf eines Gesetzes konkretisiert worden.

Der Arbeitskreis Mit-

telstand der FES nahm die Planungen der Bundesregierung Ende März zum Anlass, die Gesetzesfolgenabschätzung einer kritischen Würdigung zu unterziehen und diskutierte mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft die Chancen einer spürbaren Entlastung des Mittelstands. Es wurde u.a. darauf hingewiesen, dass weder die Verwaltung noch der Bürger bzw. das Un-

ternehmen sich immer so verhielten, wie es sich der Gesetzgeber vorgestellt hat. Eine wichtige Rolle spielen die Abläufe in der Verwaltung, die manchmal sogar die Absicht des Gesetzgebers konterkarieren. Umfassender Bürokratieabbau darf sich somit nicht nur auf Gesetze beschränken, sondern müsse gegebenenfalls auch die Strukturen der Exekutive verändern.

### LISSABON-STRATEGIE AUF DEM PRÜFSTAND

## Bildung, Bildung, Bildung

Im März 2000 verabredeten die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten ein ehrgeiziges Ziel: Europa sollte bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Mehr Wachstum und mehr Jobs – so lautet die kurze Formel. Es geht aber auch darum, die sozialen Errungenschaften in Europa unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs weiter zu entwickeln und zukunftsfest zu machen. Eine Zwischenbilanz nach vier Jahren fiel

ernüchternd aus. Die Strategie galt wegen ihrer vielen Ziele als überladen und nicht realisierbar. 2005 entschied man sich, die Reformziele zu straffen und das Reformtempo zu erhöhen. Die Neuausrichtung rückt nun zwei EU-weite Hauptziele bis 2010 ins Zentrum: eine Beschäftigungsquote von 70 % sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung in Höhe von 3 %.

Auf einem Workshop, den das Bundesinstitut für Berufsbildung, das WSI in der Hans-Böck-

ler-Stiftung, die Deutsche Vereinigung für sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung und der FES-Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung gemeinsam veranstalteten, wurde dieses Thema aufgegriffen.

Professor Günther Schmid vom Wissenschaftszentrum Berlin machte auf entscheidende Defizite aufmerksam: „Sowohl die Lissabon-Strategie im Allgemeinen als auch die deutsche Arbeitsmarktpolitik im Besonderen legen zu wenig Gewicht auf präventive

Arbeitsmarktpolitik durch Bildung, kontinuierliche Qualifizierung und soziale Sicherung von Risiken im Lebenslauf.“ Sein Fazit lautet: Um die Lissabon-Strategie wieder zu beleben, ist eine von allen Mitgliedstaaten anerkannte gemeinsame Fluchtlinie erforderlich: „Und diese heißt: Bildung, Bildung, Bildung.“

#### MEHR ZUM THEMA

Präsentationen und Vorträge unter: [www.fes.de/aspol](http://www.fes.de/aspol) - Veranstaltungen.

# Kann wertorientierte Unternehmensführung verordnet werden?

Corporate Governance, angemessene Unternehmensführung – was verbirgt sich hinter diesem Begriff, was gehört in den Kodex, welche Regelungen sollten gesetzlich festgeschrieben und welche von deutschen Unternehmen freiwillig umgesetzt werden? Diese Fragen wurden unter der Moderation von Dr. Heik Afheldt am 10. Mai in Berlin auf einem Podium des Managerkreises der FES von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Prof. Baums, Universität Frankfurt, Professor Grewe von Deloitte & Touche, Dietmar Hesel, DGB und Dr. Heinz Klinkhammer, Deutsche Telekom, disku-

tiert. Ein Thesenpapier des Managerkreises wurde von Reinhold Kopp, Generalbevollmächtigter der Volks-



Analysierte die Wirkung des Corporate Governance-Kodex: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. (Foto: Zensen)

wagen AG, vorgestellt. Trotz der freiwilligen Umsetzung vieler Empfehlungen der Cromme-Kommission zur angemessenen und guten Unternehmensführung durch die deutsche Wirtschaft gehen die positiven Auswirkungen des

Corporate Governance-Kodex in der allgemeinen Wahrnehmung unter, da diese von der Annahme geprägt ist,

„dass sich die Wirtschaft, ganz global, im Wesentlichen ihrer sozialen Verantwortung entzieht“, befürchtet der Bundesfinanzminister. Einig war sich die Runde darin, dass nur ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen auch seine soziale

Verantwortung wahrnehmen kann. Ob dafür allerdings mehr gesetzliche Bestimmungen nötig sind oder ob es bei der freiwilligen Umsetzung der Empfehlungen des Corporate Governance-Kodex bleiben soll wurde kontrovers diskutiert. Reinhold Kopp unterstrich die herausragende Bedeutung des Kodex für börsennotierte Unternehmen: „Schlechtes Führungsverhalten kostet Unternehmen Geld oder im Umkehrschluss, gute Führungsregeln dienen dem Erfolg eines Unternehmens.“

## MEHR ZUM THEMA

[www.managerkreis.de/media/Werteorientierte\\_Unternehmensf.pdf](http://www.managerkreis.de/media/Werteorientierte_Unternehmensf.pdf)

## Den schlafenden Riesen wecken

Entwicklung und Qualität öffentlicher und privater Dienstleistungen werden entscheidend das zukünftige Bild von Leben und Arbeiten in Deutschland prägen. Obgleich Wertschöpfung und Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen schneller wachsen als in der Industrie, hat diese Entwicklung noch kaum ihren Niederschlag in einer wirkungsvollen und erkennbaren Dienstleistungspolitik gefunden, die der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Dienstleistungsarbeit gerecht würde.

„Stark und verbesserungsbedürftig!“ – unter diesem Leitgedanken stellt der Arbeitskreis Dienstleistungen

ein Memorandum für mehr Wachstum und Beschäftigung im Dienstleistungsbereich vor. Das Memorandum fasst Diskussionsergebnisse und Empfehlungen des gemeinsam von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der FES getragenen Arbeitskreises zusammen. Die Zusammenstellung erfolgte durch PD Dr. Josef Hilbert, Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen und Dr. Rolf Brandel, ebenfalls am IAT.

<http://springhin.de/starke.Dienstleistungen>  
Print-Version: [tagung@fes.de](mailto:tagung@fes.de)

## Das unterschätzte Erfolgsmodell

In Großbetrieben werden zwar mehr als 80 % der Beschäftigten durch einen Betriebsrat vertreten, für mittelständische Betriebe trifft dies jedoch nicht zu. In Kleinbetrieben bis zu 50 Beschäftigten sind sie gar eine Ausnahme. Die betriebliche Mitbestimmung steht in Anbetracht des gesellschaftlichen Wandels und der sich ändernden ökonomischen Rahmenbedingungen immer wieder vor neuen Herausforderungen und muss sich im konkreten betrieblichen Alltag, in Verhandlungs- und Konfliktsituationen in den Unternehmen bewähren.

Der FES-Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung war am 27. März in Berlin zusammengekommen, um neuere, z.T. überraschende Ergebnisse aus der Mitbestimmungsforschung vorzustellen. Prof. Dr. Otto Ernst Kempfen von der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main und Dr. Wolfram Wassermann vom Büro für Sozialforschung in Kassel zeichneten in ihren Vorträgen ein differenziertes Bild der Mitbestimmungspraxis: Personalabbau, Beschäftigungssicherung, Schließung, Verkauf oder Verlagerung

von Betrieben oder Betriebsteilen stehen immer häufiger auf der Tagesordnung von Betriebsräten. Regelungsbereiche wie Arbeitszeit, Arbeitsentgelt, Tarifpolitik und in der jüngsten Zeit zunehmend Weiterbildung erfordern intelligente Umsetzungen. Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Befunde belegen eindrucksvoll die Vorteile betrieblicher Mitbestimmung. So bewältigen z.B. Unternehmen, die sich intensiv mit dem Betriebsrat abstimmen, Krisen und Umstrukturierungen schneller und besser.

In der Diskussionsrunde mit Vertretern aus Politik, Verbänden und Unternehmen wurden die Forschungsergebnisse diskutiert: Klaus Brandner, MdB, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Dietmar Hexel, DGB-Bundesvorstand, sahen in den Befunden auch eine Bestätigung für die im Jahr 2001 erfolgte Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, das vor allem für Betriebsräte in klein- und mittelständischen Unternehmen die Rahmenbedingungen verbessern sollte.

### FES + + + TELEGRAMM

+++ Wie steht es um die soziale Kompetenz der Unternehmen? Diese Frage diskutierte der **Managerkreis Nordrhein-Westfalen** am 24. April mit Jochen Dieckmann, Vorsitzender der SPD Nordrhein-Westfalen und dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom, Kai-Uwe

Ricke. Dass komplexe Zusammenhänge schnell unter die Räder kommen, konnte er erfahren, als er einerseits das beste Konzernergebnis der Telekom vorlegte und andererseits einen umfang-

reichen Stellenabbau ankündigte. Dabei, so Ricke, sei das auch im Interesse der Mitarbeiter geschehen: „Es ist auch im Interesse der Menschen, sie mit hohen Abfindungen nach Hause zu schicken, weil wir keine Arbeit mehr haben, und solange wir das auch noch so können.“ + + +

+++ Sind die Ideale der Gerechtigkeit und der Solidarität im globalen Zusammenhang zu realisieren? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer **Podiumsdiskussion des Fritz-Erler-Forums in Göppingen**. Walter Riester, ehemaliger Minister für Arbeit und Sozialordnung, betonte, dass der Kampf um den Sozialstaat lange gedauert habe und weltweite Gerechtigkeit und Solidarität Ziele seien, für die man ausdauernd kämpfen müsse. + + +



## Zukunftsweisende Strategie oder Irrweg?

Über die Frage, in welchem Umfang der Staat regulierend in den Markt eingreifen



soll, gehen die Meinungen stark auseinander. Diesem Thema widmete sich die Konferenz „Deregulierung: Zukunftsweisende

Strategie oder Irrweg?“, zu der das Forum Berlin am 29. März eingeladen hatte. Deregulierung resultiere in der Regel sogar in einer höheren Gesetzesfülle, unterstrich Dr. Ortlieb Fliedner, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung. Deregulierung hätte oftmals nicht den Rückzug des Staates zur Folge, sondern eine Veränderung seiner Rolle: In Bereichen wie der Telekommunikation und der Post erfülle der Staat bestimmte

Aufgaben nicht mehr selbst, sondern gewährleisten, dass diese durch private Anbieter angemessen erfüllt würden. Prof. Dr. Dr. Matthias Finger von der École Polytechnique Fédérale de Lausanne legte dar, dass durch die Öffnung eines Marktes ein neuer Regelungsbedarf entstehe, beispielsweise nach kartellrechtlichen Vorschriften zur Sicherung eines fairen Wettbewerbs. Besonders kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob durch Dere-

gulierung des Arbeitsmarktes mehr Beschäftigung erzielt werden könne. Die Arbeitslosenquote werde nicht von der Reglungsdichte auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst, erläuterte die Volkswirtin Sigrid Skarpelis-Sperk. Prof. Dr. Heide Pfarr, Leiterin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, warnte davor, die Absenkung von Sozialstandards gleichbedeutend mit Deregulierung zu sehen.

*Rainer Wend, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass Deregulierung zu Wachstum und Dynamisierung führen, aber nicht als Universallösung angesehen werden könne.*

## Arm in Arm und doch uneins

Ob Krankenkassen, Bundesgesundheitsministerium, Parteien, Verbände, Selbsthilfegruppen oder Wissenschaft, alle sind sich darin einig, dass Prävention und Gesundheitsförderung vorangetrieben werden müssen. Eigentlich sollte das entsprechende Präventionsgesetz schon längst verabschiedet sein. Doch im Spätsommer vergan-

genen Jahres scheiterte es am Veto des Bundesrates. Deshalb war es Hauptziel einer Konferenz der FES im Mai dieses Jahres in Berlin, die ins Stocken geratene Debatte wieder in Gang zu setzen. Der Gesprächskreis Sozialpolitik legte ein Diskussionspapier zu einer zukunftsorientierten Präventionspolitik vor. Darin wird gefordert, dass das Hauptaugenmerk von Prävention und Gesundheitsförde-

rung auf bildungsferne Schichten gerichtet werden sollte, die am stärksten gesundheitlich beeinträchtigt sind. Rolf Schwanitz, Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, unterstrich, dass das Papier der FES ein wichtiger Verbündeter auf dem Weg zum Präventionsgesetz ist. Doch es gibt noch ein entscheidendes Hindernis auf diesem Weg: Dürfen Beiträge der Kassenmitglieder auch für diejenigen

ausgegeben werden, die nicht zur Versicherungsgemeinschaft gehören? Bereits im vergangenen Jahr wurde diese Frage in einem verfassungsrechtlichen Gutachten zum Präventionsgesetz abschlägig beurteilt. Rolf Stuppardt, Vorstandsvorsitzender der Innungskrankenkassen forderte deshalb, dass sich Bund, Länder, private Kassen sowie andere Versicherungsträger an der Finanzierung beteiligen.

### DISKUSSIONSPAPIER

„Prävention und Gesundheitsförderung“ unter [www.fes.de/Publicationen](http://www.fes.de/Publicationen)

## Rabenmütter oder Supermamas

Anders als in anderen europäischen Ländern ist es in Deutschland noch immer nicht

hat sich hartnäckig gehalten. Wieso ist es nicht auch bei uns gelungen, berufstätige

Geschlechterrollen aufbrechen? Diese Fragen wollte das Forum Politik und Gesellschaft im Muttertagsmonat Mai bei einem Diskussionsabend klären.

bildung/erste Berufserfahrung – Ausstieg aus dem Beruf – Rückkehr/bzw. Verbleib zu Hause) zu entkommen. Das Elterngeld, so Vinken, bedeute zum ersten Mal eine Abkehr der Subventionierung des Alleinverdiennermodells. Familienarbeit darf nicht nur Sache der Frauen sein, mahnte die ehemalige Bundesministerin für Frauen und Familie, Dr. Christine Bergmann, an.

Mit der zwei Tage vor der Veranstaltung im Koalitionsausschuss erzielten Einigung zum Elterngeld zeichnete sich zum ersten Mal eine kleine Revolution ab, so Prof. Barbara Vinken in ihrem einführenden Vortrag. Die Autorin des Buches „Die deutsche Mutter – Der lange Schatten eines Mythos“ sieht darin eine Chance für Frauen, dem klassischen „Drei-Phasen-Modell“ (Aus-

Das Thema Kinderbetreuung bestimmte einen Teil der anschließenden Podiumsdiskussion. Beklagt wurden nicht nur mangelnde Betreuungsplätze sondern vor allem deren Qualität.



selbstverständlich, dass Mütter – vor allem von kleineren Kindern – Beruf und Familie miteinander verbinden. Das deutsche Leitbild einer aufopferungswilligen Mutter

Mütter als eine Selbstverständlichkeit zu sehen? Können die neu vereinbarten „Partnermonate“ im Rahmen des Elterngeldes ein Umdenken einleiten und die traditionellen

*Immer noch das übliche Bild: Zu oft bleibt die Familienarbeit allein Sache der Frauen (Foto: European Commission Audiovisual Library).*

### 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa

Finnland war das erste europäische Land, in dem allen Frauen sowohl das aktive als auch passive Wahlrecht eingeräumt wurde. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung des FES-Forums Politik und Gesellschaft mit dem Finnland-Institut und der Humboldt-Universität zog am internationalen Frauentag eine Podiumsdiskussion Bilanz: Was hat sich in den vergangenen hundert Jahren für Frauen verändert? Was haben Frauen in der Politik bewirken können? Die Wissenschaftlerinnen aus Finnland, Dr. Maria Lähteenmäki und Dr. Anne Holli, machten deutlich, dass trotz aller positiver Entwicklungen auch in Finnland eine Lücke zwischen der gesetzlich verankerten Gleichstellung der Geschlechter und ihrer tat-

sächlichen Situation klafft. Auf die unterschiedlichen Entwicklungen der Frauenpolitik in der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik ging Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel von der Berliner Humboldt-Universität ein. Während in der DDR die Eingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt ganz oben auf der Agenda stand, unterstützten die sozialpolitischen Maßnahmen im Westen das Alleinernährermodell. Wichtig für die Durchsetzung frauenpolitischer Belange ist eine starke Solidarität zwischen den Frauen, die – so die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Nicolette Kressl – heute häufig nicht mehr gegeben ist.

## Eltern – Kinder – Geld

In der Familien- und Gleichstellungspolitik ist Schweden unangefochtenes Vorbild für Deutschland. Dort orientiert sich die Familienpolitik schon lange am Leitbild berufstätiger Eltern und verbindet damit Gleichstellungs- mit Familienpolitik. Kurz bevor sich der Koalitionsausschuss auf die Einführung des Elterngeldes ab 2007 in Deutschland geeinigt hatte, lud das FES-Forum Politik und Gesellschaft zusammen mit der schwedischen Botschaft zum deutsch-schwedischen Dialogforum Eltern – Kinder – Geld ein. Carl

Tham, schwedischer Botschafter in Berlin, gab zu bedenken, dass



*Zu Gast aus Schweden: die Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Forschung und Kultur Agneta Karlsson (Foto: Liebe)*

sich gesellschaftliche Wertvorstellungen und Mentalitäten nicht so schnell verändern lassen und warb für einen langen Atem. Bei allen Erfolgen der seit 30 Jahren existierenden Eltern-

versicherung und der erfolgreichen Vereinbarung von Beruf und

Familie liegt auch in Schweden die Hauptlast der Familienarbeit noch immer bei den Frauen, beklagte Agneta Karlsson, Staatssekretärin im schwedischen Ministerium für Bildung, For-

schung und Kultur. Malte Ristau-Winkler, Abteilungsleiter für Familienpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte die Notwendigkeit, sich vom Alleinernährermodell zu verabschieden und plädierte für neue Väterbilder. Das Fehlen aufeinander abgestimmter, familienbezogener Maßnahmen in Deutschland kritisierte Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Mitglied der Sachverständigenkommission für den 7. Familienbericht.

### FES-ARBEITSKREIS MITTELSTAND ÜBER UNTERNEHMERINNEN IN DEUTSCHLAND

## Das ungenutzte Potential

Lediglich jede fünfzehnte im Erwerbsleben stehende Frau entscheidet sich für die Existenzgründung – während es bei den Männern doppelt so viele sind. Der FES-Arbeitskreis Mittelstand diskutierte am 31. Mai im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin über Wege, dieses Gefälle zu verringern. In ihrem Eröff-

nungsvortrag betonte Dr. Rosemarie Kay vom Institut für Mittelstandsforschung in Bonn, dass die „Sche-re“ zwischen männlichen und weiblichen Gründern bereits in der so genannten Vorgründungsphase auseinander klaffe, denn auch heute noch tragen überwiegend Frauen die Hauptverantwortung für Haus-

halt und Familie. Daher bleibe weniger Zeit für den Erwerb unternehmerischer Ressourcen, wie Sachkapital und der für eine Existenzgründung so wichtigen Berufs-, Branchen- und Führungserfahrung. Aktuelle Studien zeigen auch, dass mehr als 60 Prozent der Unternehmerinnen sich eine bessere Vereinbarkeit

von Familie und Beruf wünschen. Es hapert vor allem bei der Betreuungsinfrastruktur. Nicolette Kressl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, wies auf das neue Elterngeld hin, das mit Beginn des kommenden Jahres auch Selbständige in Anspruch nehmen können.

# Nur ein Sicherheitsproblem?

DEFIZITE BISHERIGER INTEGRATIONSPOLITIK zeigen sich in Berlin besonders bei jungen männlichen Migranten, sei es bei Schulabschlüssen, Arbeitslosigkeit oder auch als Täter und Opfer von Gewalt.

Eine Fachtagung des FES-Landesbüros Berlin in Zusammenarbeit mit der Berliner Landeskommision gegen Gewalt fragte nach der Lebenslage junger Migranten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien sowie den Niederlanden und suchte nach Präventionskonzepten gegen

Gewalt. Staatssekretär Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision gegen Gewalt, bezeichnete den interkulturellen Dialog als notwendiger denn je. Wer von „Leitkultur“ spreche, müsse wissen, dass er damit auch „Zweitkultur“ definiere. Die Herausforderung bestehe da-

rin, so Härtel, sensible Kommunikation auf gleicher Augenhöhe zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft zu organisieren.

Prof. Hans-Jörg Albrecht vom Max Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, wies in seinem Ländervergleich darauf hin, dass ökonomischer und sozialer Wandel die Rahmenbedingungen von Integration wesentlich verändert habe. Waren Arbeitsmigranten vor 30 Jahren noch willkommen, wird Zuwanderung in Folge von Krieg, Krisen und Transformationsprozessen vielfach als unerwünscht betrachtet.

Die französische Integrationspolitik war in den 80er Jahren von der Tabuisierung ethnischer Fragen gekennzeichnet. Großbritannien verfolgte eine Antidiskriminierungspolitik mit dem Aufgreifen von Unterschieden zwischen Ethnien. In den Niederlanden waren gesellschaftliches Klima und staatliches Handeln von Toleranz geleitet. Heute wird Immigration dagegen überall unter Sicherheitsaspekten behandelt.

Fazit der Tagung: Integrationspolitik muss aus ihrem Nischendasein befreit, und zur Querschnittsaufgabe werden.

FES-FACHFORUM DER REIHE „SOZIALE STADTENTWICKLUNG“

## Sport als Integrationshilfe?

Fördert sportlicher Wettkampf Respekt und Verständnis für andere Kulturen? Stärkt Sport das Sozialverhalten und die Integration in das Gemeinwesen? Sind ras-

istische Äußerungen Ausnahmeerscheinungen oder Alltag? Fragen nach der Integrationskraft des Sports standen im Mittelpunkt eines FES-Fachforums der Reihe „So-

ziale Stadtentwicklung“ am 20. März in Berlin. Im „Boxcamp Kreuzberg“ diskutierte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer mit Akteuren aus dem Sport-

bereich und Praktiker der Integrationsarbeit.

Der klassische Sportverein stößt angesichts der Vielfalt der Probleme mit Gewalt, Suchtmitteln, Jugendar-

beits- und Perspektivlosigkeit schnell an die Grenzen seiner Möglichkeiten, räumte Frank Kiepert-Petersen vom Landessportbund Berlin unumwunden ein. Projekte, die für Jugendliche mit Migrationshintergrund attraktiv sind, haben deshalb in der Regel



Schlagabtausch: Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer diskutierte über die integrative Rolle des Sports. (Foto: Himself)

ihre Wurzeln im Kiez, fungieren als lockerer Zusammenschluss außerhalb fester Strukturen. Das in Berlin verbreitete Quartiersmanagement hilft deshalb sportbegeisterten Kiezinitiativen beim Aufbau von Partnerschaften und vermittelt know-how.

## Vorsorge statt Nachsorge

Berlin-Neukölln, fast 300.000 Einwohner, Menschen aus 163 Ethnien, wurde durch den Brandbrief des Lehrerkollegiums der Rütli-Schule zum Synonym für Bildungsferne und Integrationsprobleme. Aber Neukölln bietet mehr als Randalen und Gewalt. Ein Netzwerk von Schulen, Jugendhilfe und Polizei als Unterstützung für Lehrer und die Jugendarbeit ist entstanden, um zur erfolgreichen Auseinandersetzung mit Schuldistanz, Jugendarbeitslosigkeit und interkulturellen Konflikten beizutragen. Es wird viel getan, den-

noch wachsen die Probleme schneller als die Lösungen. Mehr als 20 Aussteller einer Projektbörse, mehr als 250 Teilnehmer aus Schulen, Jugendarbeit, Verwaltung und Initiativen zeigten aber beim 1. Neuköllner Präventionstag am 12. Mai im Berliner Haus der FES, dass Resignation bei weitem nicht angesagt ist. Bezirksbürgermeister Buschkowsky wies auf die Bedeutung von Bildung für erfolgreiche Integration hin. Er plädierte für „Vorsorge statt Nachsorge“, damit die Kinder heute „freudig lernen lernen“.

## BILANZ DES ZUWANDERUNGSGESETZES

# Bessere Angebote statt Sanktionen

Seit dem 1. Januar 2005 ist das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft. Die Diskussionen über Einbürgerungstests und die Gewalt an Schulen haben den Blick der Öffentlichkeit verstärkt auf Fragen der Integration gelenkt. Wilhelm Schmidt, Bundesvorsitzender der AWO, kritisierte während einer Fachkonferenz des FES-Gesprächskreises Migration und Integration und der Arbeiterwohlfahrt am 8. Mai in

Berlin die Innenminister der Länder. Obwohl das neue Staatsangehörigkeitsrecht von 2000 eindeutige und ausreichende Kriterien enthalte, woll-

ten sie die Hürden für Einbürgerungen erhöhen. Es sei wichtiger die Integrationsangebote auszuweiten. Zentraler Bestandteil des Zuwanderungsge-

setzes sind die Integrationskurse. Sie bestehen aus 600 Stunden Sprachkurs und einem 30stündigen Orientierungskurs, in dem Grundkenntnisse der deutschen Geschichte und Demokratie vermittelt werden. Die Teilnehmer begrüßten, dass der Bund Verantwortung für die Integration übernommen hat. Die Praxis zeige jedoch, dass es noch einiges an der Qualität der Kurse zu verbessern gibt.



Der AWO-Bundesvorsitzende Wilhelm Schmidt beim Gesprächskreis Migration und Integration. (Foto: Liebe)

## Fehlende Erfahrungen

Am Beispiel von Erfahrungen aus Quartiersmanagementgebieten zeigt eine neue Studie des FES-Landesbüros Berlin, wie und wo sich Migranten aktiv in das Gemeinwesen einbringen und welche Probleme noch zu lösen sind. Anlass der Untersuchung war die Vermutung, dass Migranten für eine aktive Teilhabe, wie z.B. Elternarbeit an Schulen und Kitas oder in Entscheidungsgremien

auf Stadtteilebene, nur schwer zu gewinnen sind. Was aber oft als Verweigerung oder Desinteresse erscheint, stellt sich bei näherem Hinsehen als Unwissenheit aufgrund fehlender eigener Erfahrung, Unkenntnis über die Möglichkeiten der Mitbestimmung sowie mangelnde Artikulationsfähigkeit heraus. Hinzu kommt eine Scheu gegenüber staatlichen Bildungseinrichtungen, die

durch negative Erfahrungen verstärkt wird. Positiv bewertet wird das Engagement von Migranten in eigenen Organisationen und Initiativen. Hier gibt es gerade auch in den Quartiersmanagementgebieten eine Vielzahl von funktionierenden Strukturen bürger-schaftlichen Engagements. Es finden sich Elterninitiativen, Initiativen für Kultur und Bildung, Jugendclubs sowie Vereine, die sich

gegen Gewalt und Vandalismus engagieren. Einen wichtigen Aspekt stellen hierbei auch die Moscheevereine dar, die ähnlich wie die Kirchen nicht nur religiöse, sondern auch soziale Einrichtungen sind.

### DIE STUDIE

Alexandra Kast: Gesellschaftliche Teilhabe sichern – Partizipation von Migrantinnen und Migranten in der „Sozialen Stadt“ Berlin

## Ausgrenzung verhindern

In deutschen Großstädten haben bis zu 40 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Mit der Frage, wie vor diesem Hintergrund eine kommunale Integrationspolitik und Stadtteilarbeit gestaltet werden kann, beschäftigte sich eine Fachkonferenz des FES-Gesprächskreises Migration und Integration am 18. März in Bonn. Als eine Einwanderungsregion beschrieb Jochen Dieckmann, Vorsitzender der SPD Nordrhein-Westfalen, das Land NRW. Zuwande-

rung sei eine Chance für Wirtschaft und Gesellschaft, wie die erfolgreiche Integration der polnischen Zuwanderer ins Ruhrgebiet zeige. Heute müsse Integration als eine Querschnittsaufgabe aller kommunalen Einrichtungen begriffen werden. Dabei sei Integrationspolitik mehr als die Addition einzelner Politikfelder. Auf Segregationstendenzen in Städten Nordrhein-Westfalens ging Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier von der Ruhr Universität Bochum ein. Er wies

nach, dass dort, wo die meisten Ausländer wohnen, auch die meisten Kinder und die meisten Armen leben. Es entstehe eine neue Unterschicht. Kinder und Jugendliche aus diesen Stadtteilen haben unabhän-

gig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit geringe Bildungschancen; auch ihr Gesundheitszustand ist schlechter. Auf diese Entwicklungen müsse mit einer neuen Stadtentwicklungspolitik geantwortet werden.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Typisch Türkin? Porträt einer neuen Generation“ lautet der Titel des Buches von Hilal Sezgin in dem sie die junge Generation der in Deutschland lebenden Türkinnen porträtiert, von der Gemüseverkäuferin und Rapperin bis zur Ärztin, Anwältin oder Hausfrau. Sezgin's Botschaft lautet: Die typische Türkin gibt es nicht. Vielmehr ist eine Generation von Frauen herangewachsen, für die die Grenzen zwischen Integration und Tradition verschwimmen. Ende April hatten sowohl das FES-Forum Politik und Gesellschaft in Berlin als auch das Fritz-Erler-Forum in Stuttgart die Autorin zu Lesungen und Podiumsdiskussionen eingeladen. + + +

## Gar nicht politikverdrossen

Zum ersten Mal dürfen in Berlin bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im September bereits 16-Jährige ihre kommunale Vertretung mitbestimmen. Vor diesem Hintergrund hatte das FES-Forum Politik und Gesellschaft am 24. März Berliner Schüler/innen ab 16 Jahren zum „Aktionstag für Berliner Erstwähler/innen“ eingeladen. Felicitas Tesch, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, erläuterte Aufgaben und Arbeitsweisen des Abgeordnetenhauses und der Bezirksparlamente. Denn gut informiert zu sein, das betonte auch



Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit beendet sein Gespräch mit den Jungwähler/innen mit dem Appell: „Bitte gehen Sie wählen!“ (Foto: Liebe)

der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper, ist Grundlage politischen Handelns. Momper motivierte die Jugendlichen dazu, die angebotenen zehn Arbeitsgruppen zu nutzen. Dort gab es Gelegenheit, ein Jugendparlament zu entwerfen, im Planspiel BVV die Arbeit

der Bezirksverordneten unmittelbar zu erleben, Wahlkampfreportagen zu erstellen, Argumente und Diskussionstechniken gegen Stammtischparolen und Rechtsextremismus zu erarbeiten und Ideen für ein jugendgerechtes Berlin zu formulieren. Auch außerhalb der Arbeitsgruppen konnten sich

die 200 Schüler/innen, die aus 17 Berliner Schulen in die Stiftung gekommen waren, aktiv beteiligen. In der Diskussion mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, zeigten sie, dass sie gut informiert und gar nicht politikverdrossen sind. Sie diskutierten mit ihm über Abschiebung und Einbürgerung, öffentliche Sicherheit, die Auswirkungen von Hartz IV, den Werteunterricht an Berliner Schulen, den Flughafen Schönefeld, aber auch über ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz und über die Rente.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Unstrittig ist, dass Bildung wichtig ist, strittig aber ist, wie sich das in Euro und Cent niederschlagen soll“, sagte Prof. Dr. Klaus Klemm auf dem **BildungsForum in Hamburg**. Auf der Veranstaltung „Was ist uns Bildung wert?“ des Julius-Leber-Forums stellte Prof. Dr. Klemm die Ergebnisse seiner Studie zu Bildungsausgaben in Deutschland vor. Dabei hielt er fest, dass eine Steigerung der Bildungsausgaben nicht unbedingt zu einer Verbesserung des Bildungsangebots führen muss. + + +

+ + + Seit sechs Jahren arbeiten Bürgerschaft, Akteure der Agendabewegung, Senat und Abgeordnetenhaus an der Erstellung einer lokalen Agenda für Berlin. Dieser Prozess vollzog sich bis 2004 innerhalb der Agendabewegung ohne Vertreter der Politik und seither im Parlament ohne Beteiligung der Agendaaktivisten. Mit der **Veranstaltung des FES-Lan-**

**desbüros Berlin** sollte am 27. April die Sprachlosigkeit überwunden werden. Staatssekretärin Hella Dunger-Löper verwies darauf, dass Bürgerbeteiligung demokratische Prozesse nicht ersetzen könne. + + +

+ + + Unter der Fragestellung „**Der große Wurf? – Die ersten Monate der neuen Bundesregierung**“ fanden im April in drei Thüringer Städten Diskussionsabende mit den Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider, Iris Gleicke und Dr. Gerhard Botz statt. Eröffnet wurden die Veranstaltungen von dem Journalisten und Historiker Dr. Daniel Sturm, der eine Bilanz der bisherigen Regierungsarbeit zog. Als „harte Brocken“ identifizierte er die Föderalismus- und Gesundheitsreform. Daran – so Sturm – werde sich das Schicksal der Koalition entscheiden. + + +

Bürgerkonferenz der FES  
legt Votum zum Rechts-  
extremismus vor

# Das Wort hat der Bürger

— DEN URSACHEN VON RECHTSEXTREMISMUS und möglichen Gegenstrategien der Politik widmete sich eine Bürgerkonferenz im Rahmen des FES-Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“.



*Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse nahm das Bürgervotum von dessen versammelten Autor/innen entgegen.*

Ziel einer Bürgerkonferenz ist die selbständige Erarbeitung einer Handlungsempfehlung an die Politik durch eine zufällig ausgewählte Gruppe von Menschen. Für die Bürgerkonferenz zum Rechtsextremismus wurden rund 3000 zufällig ausgewählte Berliner/innen und Brandenburger/innen zur

Mitarbeit eingeladen. Aus den Anmeldungen wurde eine 18-köpfige Gruppe gelost. Seit Ende März hatte die Gruppe an drei Wochenenden ihr „Bürgervotum“ erarbeitet. Zur fachlichen Unterstützung ihrer Arbeit konnte die Gruppe am 22. April zwölf Expert/innen befragen, darunter die Bundes-

tagsabgeordnete Gabriele Fograscher, Prof. Dr. Richard Stöss von der Freien Universität Berlin, der Autor Dr. Rafael Seligmann und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Dr. Ayyub Axel Köhler. Im Ringen um einzelne Formulierungen zeigte sich in der Endphase der Bürgerkonferenz schließlich die gewonnene inhaltliche Kompetenz, Diskussionsfreude und der Wille, zu einem ebenso differenzierten wie praxisorientierten, einstimmigen Urteil zu kommen. Das Bürgervotum wurde am 22. Mai dem Schirmherrn der Bürgerkonferenz, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, übergeben. In ihrer

Ursachenanalyse betonen die Autor/innen die gesellschaftlichen Faktoren für die Entstehung von Rechtsextremismus, an erster Stelle Ausgrenzungstendenzen. Aber auch ein Vertrauensverlust in die Politik wurde als Nährboden für Rechtsextremismus genannt. In allen Kapiteln stellen die Bürger/innen zahlreiche konkrete Forderungen, darunter nach dem Erhalt kommunaler Jugendeinrichtungen, der Förderung interkultureller Bildung und Erziehung, der Förderung der Integration in Deutschland lebender Zuwanderer.

[www.fes.de/rechtsextremismus](http://www.fes.de/rechtsextremismus)

OPEN SPACE ZUM THEMA RECHTSRADIKALISMUS

## „Was ich schon immer gegen Rechtsextremismus tun wollte...“

„Hören, Reden, Handeln!“ Unter diesem Motto stand am 22. März der Open Space zum Thema Rechtsra-

dikalismus, zu dem das Forum Berlin und das Forum Politik und Gesellschaft 200 Berliner Schüler/innen ein-

geladen hatten. Sie waren zusammgekommen, um die Aussage „Was ich schon immer gegen Rechts-

extremismus tun wollte, aber bisher nicht anzufangen wagte“, zu diskutieren und in Handlungsempfehlun-

gen umzusetzen. Wie beim Open Space üblich, bestimmten die Teilnehmer/innen die Themen der Arbeitsgruppen selbst: Ursachen von Rechtsextremismus, Rechte im „Freundeskreis“, Rechtsextremismus in der Musik, Angst, Geschichte des Rechtsextremismus, Engagement gegen rechts, Pädagogenfrust und Wertevermittlung, Theater gegen rechts, Antisemitismus und andere Themen wurden diskutiert. Auffällig ist die Unsicherheit im Um-

gang mit rechtsgerichteten Jugendlichen. Nicht mehr alle



Konzentriert und zielgerichtet: Die Teilnehmer/innen des Open Space bestimmen ihre Themen selbst. (Foto: Liebe)

Rechtsradikale sind eindeutig als solche erkennbar, ihre Parolen sind häufig „auf völlig normal getrimmt“. Mit

der diffusen Ausbreitung rechter Gesinnung in der Gesell-

schaft wird für die Jugendlichen nicht nur die Abgrenzung, sondern auch die Abwehr erschwert.

Eine Gruppe Jugendlicher türkischer und deutscher Herkunft sprachen über ihre Erfahrungen von Ausgrenzung und Anderssein. Vorurteile und mangelnde Informationen übereinander verstärken sich wechselseitig, deshalb gilt es, persönliche Bezüge herzustellen. Am Ende der Veranstaltung bot ein türkischer Teilnehmer eine Führung durch Neukölln und Kreuzberg an, um Vorurteile abzubauen, insbesondere bei jenen, die noch nie da waren.

## Studie über Sozialprotest von Rechtsaußen

Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen haben in den vergangenen Jahren versucht, Anschluss an die gesellschaftlichen Debatten zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen zu erlangen und konnten damit immer wieder Mobilisierungserfolge erreichen.

Diese Instrumentalisierung der sozialen Frage durch die extreme Rechte und ihre Globalisierungskritik analysieren Dr. Thomas Grumke und Andreas Klärner in einer Studie, die im Rahmen des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ entstanden ist. Im deutsch-britischen Vergleich beleuchtet die Studie die rechtsextremen Szenen beider Länder seit 1990, klärt die Strategien der „Ethnisierung des Sozialen“ sowie der nationalistischen Kritik am internationalisierten Wirtschaftssystem.

In einer Podiumsdiskussion am 22. Mai in Berlin wurde die Studie von den beiden Autoren vorgestellt. Niels Annen, MdB und Leiter der Projektgruppe Rechtsextremismus beim SPD-Parteivorstand, Dr. Rainer Benthin von der Universität Jena sowie Anna Spangenberg, Leiterin des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg, kommentierten die Studie und diskutierten anschließend mit rund 80 Fachleuten.

Download: [www.fes.de/rechtsextremismus](http://www.fes.de/rechtsextremismus)

## FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Du richtest dein ganzes Leben nach der Szene aus,“ beschreibt Jörg Fischer, der bis zum Beginn der 90er Jahre als Funktionär in der rechten Szene aktiv war, das Lebensgefühl der Neonazis. Über seinen eigenen Ausstieg sagt er: „Es hat Jahre gebraucht, bis ich mir ein neues Weltbild erarbeitet hatte.“ Staatliche Ausstiegsangebote seien hierbei nur bedingt hilfreich. In einer **Diskussionsrunde des Fritz-Erler-Forums in Stuttgart** hielt Norbert Walz dem entgegen, dass seit dem Start des baden-württembergischen Aussteigerprogramms immerhin 192 Personen den Weg aus der Szene gefunden hätten. + + +

+ + + „Zukunft der Stadt – Soziale Stadt“ war der Titel einer Veranstaltung aus der Reihe „**Zukunftsforum NRW**“, zu der die FES am 10. Mai ins Wissenschaftszentrum NRW nach Gelsenkirchen eingeladen hatte. Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Frank Baranowski, skizzierte die aktuellen Herausforderungen einer sich ändernden Bevölkerungsstruktur und unterstrich die Erfolge, die bisher erzielt wurden. So habe Gelsenkirchen bereits seit mehr als einhundert Jahren Erfahrungen mit der Integration von Migrant/innen sammeln können, die die Stadt zu einem Vorbild für die Region hat werden lassen. Der Präsident des Instituts für Arbeit und Technik, Prof. Dr. Franz Lehner, hob hervor, dass das Revier sich in kürzester Zeit zu einem innovativen Forschungsstandort gewandelt habe, der auch mit einem attraktiven Kulturangebot Menschen anlocke. + + +

## Kinder und ihre Rechte schützen

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes wurde 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedet. Über dessen Umsetzung diskutierte am 30. und 31. März in Berlin die Fachtagung „Kinder ohne deutschen Pass – Staatenpflicht und Kinderrecht“, die die FES und das Forum Menschenrechte zusammen mit der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland veranstaltete.

Ziel der Tagung war es auch, notwendige Änderungen in der deutschen Politik anzumahnen. Denn in der

Konvention heißt es in Artikel 20, Absatz 2 über Flüchtlingskinder: „Können die El-



Den Abschluss der Veranstaltung bildete das Theaterstück „HIER GEBLIEBEN!“ vom GRIPS-Theater Berlin, dem eine ebenso authentische wie dramatische Geschichte zugrunde liegt: Es handelt von der 13-jährigen Tanja, die die Polizei aus dem Unterricht holte und die dann zusammen mit ihrer Familie in Abschiebehaft gebracht wurde. Doch die Klasse von Tanja setzt sich für ihre Mitschülerin ein und verhindert letztlich die Abschiebung. (Foto: National Coalition)

tern oder andere Familienangehörige nicht ausfindig gemacht werden, so ist dem Kind (...) derselbe Schutz zu gewähren wie jedem anderen

Kind, das aus irgendeinem Grund dauernd oder vorübergehend aus seiner familiären

Umgebung herausgelöst ist.“ Die damalige Bundesregierung hinterlegte zu dieser Klausel jedoch einen Vorbehalt, der es ermöglicht, Unterschiede

zwischen deutschen und ausländischen Kindern und Jugendlichen zu machen.

Einigkeit gab es unter den Tagungsteilnehmern über die Forderung, dass Kindern ohne deutschen Pass unter bestimmten Bedingungen ein Bleiberecht eingeräumt werden solle. Das gelte insbesondere für jene Kinder und Jugendlichen, die ihr Herkunftsland überhaupt nicht oder nicht mehr kennen. Ob die Vorbehalte der Bundesregierung gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention ohne weiteres aufgegeben werden könnten, blieb jedoch umstritten.

### STUDIE ZUM KINDESWOHL UND ELTERNRECHT

## Handeln in klaren Strukturen

In jüngerer Zeit in Berlin bekannt gewordene Fälle von vernachlässigten, verwahrlosten oder misshandelten Kindern haben Fragen nach frühkindlicher Förderung neu in die Debatte gebracht. Im Auftrag des FES-Landesbüros Berlin erstellte Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a.D. dazu ei-

ne Studie, die der Frage nachgeht, ob die den Eltern vorbehaltenen Fürsorge, Förderung und Erziehung der Kinder einer verbindlichen frühkindlichen staatlichen Förderung entgegensteht, oder ob das Recht der Eltern, allein über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, eingeschränkt werden darf.

Eine Vorverlegung des Einschulungsalters, wie von Peschel-Gutzeit angeregt, kann zwar ein Schritt zu einer verbindlicheren frühkindlichen Bildungsförderung sein, löst aber, so Jugendstaatssekretär Thomas Härtel, die Probleme vernachlässigter und misshandelter Kleinkinder nicht. Härtel

warb für ein breites Netzwerk staatlicher Anbieter und freier Träger, klare Kooperationsstrukturen von Schul- und Jugendbereich und für eine Übernahme der Erfahrungen aus dem Berliner Netzwerk zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

MEHR ZUM THEMA

[www.fes-landesbuero-berlin.de/doku/studie\\_fruehkindliche\\_foerderung.pdf](http://www.fes-landesbuero-berlin.de/doku/studie_fruehkindliche_foerderung.pdf)

## Ein langer Weg zum Kompromiss

Das „Nein“ ist kategorisch, vorerst: „Ich stimme dieser internationalen Vereinbarung so nicht zu. Die Resolution muss überarbeitet werden.“ Michaela, Schülerin des Kölner Rhein-Gymnasiums nimmt am Planspiel Globalisierung teil. Sie hat die Rolle des amerikanischen Präsidenten übernommen. Souverän verhandelt sie mit Fabian als Kofi Annan. Kein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat für Indien, Brasilien, Deutschland oder Nigeria, und schon gar nicht mit Vetorecht.

Was hier so realistisch klingt ist „nur“ gespielte Realität. Im Mai bot das FES-Forum Jugend und Politik in Bonn das zweitägige Planspiel Globalisierung für 40

Oberstufenschüler/innen an. Am ersten Tag standen Informationen im Vordergrund. Was versteht man eigentlich unter Globalisierung und was sind die dringlichsten globalen Probleme? In die Rollen der Akteure schlüpfen die Teilneh-



Alle Rollen besetzt: Eine Planspielteilnehmerin vertrat die Positionen des amerikanischen Präsidenten. (Foto: Lichtenscheidt)

mer/innen am zweiten Tag. Ziel ist es, auf der Ebene der Vereinten Nationen die eigenen Interessen durchzusetzen und über eine gemeinsame Zukunftsre-

solution zu verhandeln. Beteiligt sind Ländervertretungen ausgewählter Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer. Die globale Zivilgesellschaft ist in Form von Nichtregierungsorganisationen vertreten und die Wirtschaft

durch eine Lobbygruppe. Eine weitere Gruppe spielt die Presse. Die Jugendlichen lernen, warum zwischen Absichtserklärung und tatsächlicher Politik ei-

ne oft so unverständliche Lücke klafft und sehen, wie schwierig es ist, Interessenkonflikte auszutragen. Die entscheidenden Triebkräfte und Mechanismen globaler Politik werden konkret erfahrbar. Und am Ende hat sich das Problem mit dem UN-Sicherheitsrat doch noch geklärt – mit Ideenreichtum und Verhandlungsgeschick. Die USA müssen vorläufig nur 0,42 statt 0,7 % ihres Bruttoinlandsproduktes für die öffentliche Entwicklungshilfe ausgeben. Dafür kommen Indien, Brasilien, Deutschland und Nigeria ständig in den UN-Sicherheitsrat, und zwar jeweils mit einem halben Vetorecht.

### Grenzen zwischen Sein und Schein

Mit dem „Leben in inszenierten Welten“ setzte sich eine politische Jugendbildungswoche in der Akademie Frankenwarte auseinander. Schnell stellten die Schülerinnen und Schüler fest, dass die Grenzen zwischen Sein und Schein fließend sein können. Wann etwa empfinden wir eine Haltung oder Aktion als „bloß“ inszeniert und wann bescheinigen wir etwa einer symbolischen Geste Glaubhaftigkeit und Überzeugungskraft? Die Jugendlichen arbeiteten über Inszenierungsstrategien und Kontexte, über beabsichtigte und tatsächliche Wirkung.

Dabei spannten sie den Bogen vom Politainment zur jugendlichen Selbstinszenierung in der Clique oder im Klassenzimmer. Im Zuge eines zunehmenden Öffentlichkeitswahns taugt auch das Private zur Show. „Alles echt ist das nicht, was da über den Bildschirm flimmert“, wissen die Jugendlichen. In einer multimedialen Welt, das wurde den jungen Seminarteilnehmer/innen klar, sind ein kritisches Bewusstsein und entsprechendes Hintergrundwissen notwendiger denn je.

REGIONALTREFFEN EHEMALIGER UND AKTUELLER FES-STIPENDIATEN IN BIELEFELD

## Mehr Eigenverantwortung in Bildung und Hochschule?

Um mit Vertretern von Politik und Wissenschaft über Bildungs- und Hochschulpolitik zu diskutieren, trafen sich auf Initiative der FES-Hochschulgruppe Bielefeld am 15. Mai rund 20 aktuelle und ehemalige Stipendiaten aus Bielefeld, Münster und Osnabrück. Die ehemalige

Bildungsministerin des Landes NRW Ute Schäfer kritisierte in ihrem Vortrag vehement die Weichenstellungen der neuen schwarz-gelben Landesregierung im Bereich der Hochschulpolitik. Zu befürchten sei, dass Universitäten, die sich zunehmend um die Einwerbung

privater Mittel aus der Wirtschaft bemühen müssten, Aufgaben der Lehre, insbesondere auch im Bereich der Lehrerbildung, vernachlässigen würden. Eine diametrale Gegenposition kam im Vortrag des ehemaligen FES-Stipendiaten und heutigen Mitarbeiter der Bertelsmann-

Stiftung, Kärin Chatti, zum Ausdruck. Er propagierte die Finanzierung von Hochschulen auch durch gemeinnützige Stiftungen. Es müsse vor allem darum gehen, die Spendenbereitschaft großer Unternehmen, aber auch der privaten Haushalte zu mobilisieren.

MANAGERKREIS ZUR ZUKÜNFTIGEN FINANZIERUNG DER UNIVERSITÄTSMEDIZIN

## Untergang in Raten?

Spätestens mit der Einführung des Fallpauschalensystems ist der Wettbewerb unter deutschen Krankenhäusern härter geworden. Verstärkt treten private Träger als Konkurrenten zu öffentlichen und gemeinnützigen Trägern mit dem Anspruch auf, kosteneffizientere Leistungen zu erbringen. Eine Sonderstel-

lung nimmt dabei die Universitätsmedizin ein. Mit ihrem Fokus auf komplexe Fälle und dem hohen Ausbildungsanspruch stellt sich die Frage, ob das Fallpauschalensystem der Universitätsmedizin gerecht werden kann. Um dieser Frage nachzugehen organisierten die Berliner Wirtschaftsgespräche e.V., der

Partner des FES-Managerkreises für die Region Berlin-Brandenburg, am 13. März eine Podiumsdiskussion in den Räumen der Deutschen Bank in Berlin. Rüdiger Strehl, Vorstandsvorsitzender

des Verbands der Universitätsklinika, zeigte dabei die Probleme auf, die der Entwicklung einer international konkurrenzfähigen Universitätsmedizin in Deutschland im Wege stehen.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Basiswissen zu den Themen „Presserecht“ und „Interviewtechnik“ wurde im Rahmen der **JugendMedienAkademie** baden-württembergischen Schülerinnen und Schülern nahe gebracht. Für die jungen Medienmacher ist das Landespresseggesetz von Bedeutung, denn die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den einzelnen Bundesländern. Für das „Ländle“ gelten also andere Gesetze als in Bayern. Davon betroffen sind nicht nur die Tages-, sondern auch die Schülerzeitungen. An einigen Schulen, so stellte sich heraus, macht der Schulleiter Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung der Schülerzeitungen. In diesen Fällen konnte die JugendMedienAkademie einiges zur Aufklärung und Rechtssicherheit beitragen. + + +

## Radio von innen

In einem Radio-Workshop gab das Forum Politik und Gesellschaft 16 Schülern und Studenten, die bereits journalistische Erfahrungen gesammelt hatten, die Möglichkeit, in die Welt des Radios zu schnuppern. Es begann mit einer Führung durch den Radiosender Fritz!, wo

sie Einblick in alle Bereiche bekamen und das Erlebnis genießen konnten, einmal im Live-Studio zu stehen. Durch das Seminar führte Michael Schulz, ein ehemaliger Fritz!-Moderator, der nun Leiter des Schulradio-Networks ist. Er erklärte sowohl Schnitttechniken wie auch die

Unterschiede einzelner Radiosender und die Tricks der Informationsbeschaffung. Die Entstehung von Jingles und deren Einsatz standen auf dem Programm und es gab Tipps für den perfekten Übergang zwischen Berichterstattung und Musik. Einen Teil des Tages widme-

ten sich die Nachwuchsjournalisten auch der Produktion eines eigenen Schulradios. Am Schluss stand die Praxiserfahrung: eine Gruppe startete eine Straßenumfrage, die andere produzierte einen Jingle; Sprechübungen am Mikrofon rundeten den Workshop ab.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Demografische Entwicklung, Wertewandel und leere öffentliche Kassen zwingen auch die Sportvereine zum Umdenken. Im Grundsatzreferat einer **Sportfachkonferenz der FES in Berlin-Hellersdorf** am 6. Mai, erläuterte Prof. Dr. Horst Hübner vom Fachbereich Sportwissenschaft der Bergischen Universität Wuppertal die Anforderungen an eine kommunale Sportentwicklungsplanung, die als ganzheitliches Steuerungssystem eine bedarfsgerechte Optimierung der Angebots- und Organisationsstrukturen herstellen könne. Zum Abschluss wurden Grundsätze und Leitlinien für einen Sportentwicklungsplan Marzahn-Hellersdorf verabschiedet und der zuständigen Bezirksverwaltung übergeben. + + +

+ + + Die Träume von der Ersten Welt werden für junge Fußballer aus Afrika und Südamerika schnell zu Albträumen. Das Wissen, selbst mit geringerem Erfolg die Familie zu Hause unterstützen zu können, treibt junge Menschen nach Europa. Und Vereine in Europa sind immer auf der Suche nach preiswerten und guten Spielern, die aber auch ganz schnell wieder fallen gelassen oder in enger Abhängigkeit gehalten werden. Mit diesen Schattenseiten des Fußballgeschäfts beschäftigte sich das von der evangelischen Stiftung Alsterdorf organisierte **Filmfestival 11mm andere Welten** in Kooperation mit dem Julius-Leber-Forum Hamburg. Dazu wurden die beiden Dokumen-

tarfilme „Sold out – von der Straße ins Stadion“ und „Dream Catchers“ gezeigt. Im Anschluss diskutierten der Sportwissenschaftler Dr. Bernd Schulze, der Filmwissenschaftler Jan Tilman Schwab und der Regisseur von „Sold out“, John Buche mit dem Publikum über die harte Realität des globalisierten Fußballgeschäfts. + + +

+ + + „Fußball und Politik – der Ball ist rund und die da oben machen doch eh was sie wollen“ hieß eine Veranstaltung des FES-Landesbüros Thüringen über



die **Wechselwirkungen zwischen Politik und Fußball**. Rudi Gutendorf (Foto), offizieller Botschafter der WM 2006, Fußball-Urgestein und Weltenbummler, erklärte: „Dass sich Erfolge auf die Stimmung auswirken und Fußball ein bedeutender Faktor ist, kann ich nur bestätigen.“ + + +

ERHARD EPPLER ERHIELT DEN PREIS „DAS POLITISCHE BUCH“

## Auslaufmodell Staat?

Am 9. Mai übergab die Vorsitzende der FES, Anke Fuchs, den diesjährigen Preis „Das politische Buch“ an einen Nestor der deutschen Sozialdemokratie. Erhard Eppler wurde für sein bei Suhrkamp erscheinendes Buch „Auslaufmodell Staat?“ geehrt. Die aus Bibliothekarinnen, Bibliothekaren und einem Buchhändler bestehende Jury prämierte Erhard Epplers Appell „gegen leichtfertigen Staatsabbau und für ein Miteinander von Staat, Markt und Zivilgesellschaft im Rahmen eines reformierten demokratischen Rechts- und Sozialstaats“. In seiner Festrede würdigte der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, Epplers Lebenswerk und hob



Preisträger Erhard Eppler nahm von Anke Fuchs die Urkunde entgegen.

die besondere Aktualität des Preisbuchs im Blick auf die parteiinterne Programmdebatte hervor. Eppler be-

klagte in seiner Dankesrede die Abstinenz der Sprach- und Literaturkritik im Blick auf das politische Reden

und Schreiben, aber auch die geringe Anteilnahme der meisten Politiker am kulturellen Leben. Die den Festakt umrahmenden musikalischen Improvisationen des Solosaxophonisten Hartmut Dorschner passten zum Thema Staat in all seinen Facetten: Blasmusik in der Spanne zwischen obrigkeitlicher Marsch- und „anarchischer“ Straßenmusik.

„Nur einen Vorwurf mache ich der Politik: Dass sie nicht deutlich sagt, was sie kann und was sie nicht kann“, sagte Erhard Eppler in der ostthüringischen Stadt Greiz bei der von dem FES-Landesbüro Thüringen organisierten Veranstaltung „Prominente im Gespräch“.

Er las nicht nur aus seinem als „Das politische Buch 2006“ ausgezeichnetem Sachbuch, sondern stellte sich auch den kritischen Fragen der Greizer. Dass der Staat ein Auslaufmodell sei, verneinte Eppler, denn „wenn im 20. Jahrhundert die größte Gefahr zuviel Staat war, dann ist im 21. Jahrhundert die größte Gefahr zu wenig Staat.“ Insbesondere kritisierte er, dass der Markt anfangs in die Gebiete des Staates eingzugreifen: „Wenn Sicherheit zur Ware wird, dann gibt sich der Staat selber auf.“

## Welche Zukunft hat das Saarland?

Hat das Saarland als kleines und strukturschwaches Bundesland mittel- und langfristige Überlebenschance im föderalen System Deutschlands? Diese Frage stand im Zentrum einer Veranstaltung der FES-Abteilung Studienförderung in Saarbrücken am 16. Mai, an der rund 40 aktuelle und ehemalige Stipendiaten teilnahmen.

Heiko Maas, Vorsitzender der SPD im Saarland, skizzierte die möglichen Optionen, aber auch die notwendigen Voraussetzungen für eine Zukunftssicherung des Saarlands. Als strukturschwaches kleines Bundesland müsse es seine

Chance vor allem darin suchen, auf der Ebene von Wissenschafts- und Technologiepolitik Impulse zu setzen. So verfüge das Saarland im Bereich der Informatik und auch der Nanotechnologie über erhebliche Ressourcen in Wirtschaft und Wissenschaft, die es auszubauen gelte. Auch andere Positivbeispiele wie der Aufbau eines Industrieparks in Saarlouis, wo im Bereich der Automobilproduktion Ford mittlerweile über die produktivste Fertigungstechnik aller Ford-Werke im europäischen Vergleich verfüge, könnten zur Zukunftsfähigkeit des Saarlands beitragen.

## Uneinig in die Einheit

„Heute kann man den Eindruck gewinnen, als habe es kaum einen Skeptiker, geschweige denn einen Gegner der staatlichen Einheit gegeben“, sagte Daniel Sturm einleitend zur Präsentation seines Buchs „Uneinig in die Einheit – Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90“ am 19. Mai in Leipzig. Der Autor, dessen Buch im Bonner J. H. W. Dietz Verlag erschienen ist, ist Politikredakteur bei der Tageszeitung „Die Welt“. Sturm be-



Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee kommentierte aus seiner Sicht die Einschätzungen des Autors Daniel Sturm. (Foto: Waldeck)

schreibt in seinem Buch, wie die SPD seit dem Sommer 1989 über ihren deutschlandpolitischen Kurs debattierte. Willy Brandt und andere waren bestürzt über

die Auffassungen Oskar Lafontaines, der sich für das Fortbestehen zweier deutscher Staaten einsetzte. Die im Oktober 1989 in der DDR von einigen Pfarrern und Intellek-

tuellen gegründete SDP (später SPD) griff dagegen den Macht- und Wahrheitsanspruch der SED massiv an. Zudem bekannte sich die SDP als erste Oppositionsgruppe in der DDR zur deutschen Einheit. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, der sich in der Bürgerbewegung Neues Forum engagiert hatte, nannte das Buch ein herausragendes Zeugnis zur Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte.

### DAS „MÜNSTEREIFELER LITERATURGESPRÄCH“

## Zum sechzigsten Mal

Das 60. Münstereifeler Literaturgespräch gab Gelegenheit, über Geschichte und Ziele der 1987 begründeten Veranstaltungsreihe nachzudenken. Zum „runden“ Termin waren eng mit der Geschichte der Literaturgespräche verbundene Mitwirkende eingeladen; als Autoren Liane

Dirks und Klaus Modick, die auch die öffentlichen Autorenlesung bestritten. Der Chef des Piper-Verlags Wolfgang Ferchl und Bettina Hesse, Leiterin des vor zwei Jahren gegründeten Literaturverlags „Tisch 7“, debattierten über die Tiefen und Höhen verlegerischer Arbeit in

Zeiten immer schneller wachsender Informationsfluten. Ferchl argumentierte aus der Perspektive eines zu einem Großkonzern gehörenden erfolgreichen Traditionsverlags, Hesse schilderte die ganz anderen Herausforderungen eines selbständigen Verlags, der sich aufgrund guter Programmplanung und geschickten Marketings schnell zu einer Topadresse innerhalb der Kleinverlage entwickelt hat. Die Li-

teraturkritik war durch Hubert Winkels, DIE ZEIT, und Ina Hartwig, FRANKFURTER RUNDSCHAU, vertreten.

Begleitet wurde das Literaturgespräch von einer Fotoausstellung. Der in Münstereifel lebende, überregional für große Tageszeitungen und Magazine tätige Fotograf Herbert Hering-Heidt dokumentiert die Literaturgespräche seit mehr als 15 Jahren.

Autoren zu Gast in Münstereifel: Liane Dirks und Klaus Modick



## Demokraten im Unrechtsstaat

Während ehemalige Stasi-Offiziere und auch die PDS neuerdings sehr offensiv versuchten, sich eine eigene Geschichte der SBZ/DDR zurechtzubiegen, brauche es für die historische Wahrheit gerade Veranstaltungen wie die Bautzen-Foren der Friedrich-Ebert-Stiftung, sagte Andreas Weigel, MdB und Sprecher der sächsischen SPD. Das Forum stand am 4. und 5. Mai unter der Überschrift „Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front“.

Weigel wies vor den etwa 250 Teilnehmern auf die Verfolgung ostdeutscher Sozialdemokraten durch die sowjetischen und deutschen Kommunisten nach 1946 hin und betonte, dass innerhalb von acht Jahren 280.000 Sozialdemokraten aus der SED verbannt wurden. Der Historiker Hermann Weber sprach von einer Zwangs- und Betrugsvereinigung der Arbeiterparteien SPD und KPD zur SED im April 1946. Mit dem Ziel, die Fehler der Weimarer Republik nicht zu wiederholen und die Einheit der

Linken voranzutreiben, unterstützten Teile der SPD zunächst die Idee einer Vereinigung mit den Kommunisten. Doch eine demokratische Einheit mit paritätischer Machtverteilung stellte sich bald als Illusion heraus, erläuterte Weber. Neben SPD und KPD wurden 1945 von der sowjetischen Militärverwaltung auch eine Reihe neuer Parteien zugelassen, die den Eindruck demokratischer Pluralität vermitteln sollten, wie Peter Joachim Lapp in seinem Vortrag beschrieb. Besonderen Zulauf hatten die CDU

und die LDPD, die bis 1989 eine halbe Million Mitglieder aufwiesen. Doch auch diese Parteien wurden zunehmend auf die SED eingeschworen und 1949 in der Nationalen Front zusammengeschlossen. Für die Mitglieder der Blockparteien ergab sich eine gewisse Zwischenposition, die zum Großteil Anpassung, aber unter Umständen auch kritische Distanz zum System bedeuten konnte. Mitglieder von CDU oder LDPD waren somit zwar „mitschuldig, aber nie direkt verantwortlich“, so Lapp.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Ist das Bild des Islams in der westlichen Welt verzerrt und einseitig? Ute Vogt und Prof. Michael von Hauff haben das Buch **„Islamische und westliche Welt“** herausgegeben, in dem zwanzig Autoren das Beziehungsgeflecht zwischen islamischer und westlicher Welt analysieren und vielschichtig darstellen. In Konstanz und Biberach diskutierten auf Einladung des Fritz-Erler-Forums bei Buchpräsentationen Herausgeber, Politiker und Migrant/innen über Islam, Integration und westliche Werte. + + +

+ + + Wie die Stationen der deutschen Geschichte ihr Leben und Wirken geprägt haben, diskutierten die Autoren Peter Härtling und Werner Heiduczek am 24. März im Rahmen eines **Literaturgesprächs des FES-Forums Berlin**. Härtling lebte im Westteil der Republik, Heiduczek im Ostteil. Heiduczek berichtete von seinen Erfahrungen mit der Zensur und der Einschränkung

der Meinungsfreiheit. Härtling erzählte von der grenzenlosen Freiheit, die die Schriftsteller Anfang der 60er Jahre in der BRD verspürt hätten. Im Westen, kommentierte Heiduczek dies, hätten die Schriftsteller geglaubt, frei zu sein. Im Osten dagegen hätte man gewusst, dass man es nicht ist. + + +

+ + + „Wir brauchen die Frauen, und wir brauchen sie in Entscheidungspositionen“, betonte Astrid Klug, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, im Rahmen der Veranstaltung **„Frauen und Umwelt in der einen Welt – Täterinnen oder Opfer?“**. In dem Tagesseminar, zu dem das Julius-Leber-Forum zusammen mit dem Marie-Schlei-Verein eingeladen hatte, dokumentierte sie, dass Umweltpolitik immer auch Friedenspolitik ist. + + +

## „Gott grüß’ die Kunst!“



In der Mediengalerie im Berliner Haus der Buchdrucker eröffnete die Bibliothek der FES in Kooperation mit dem ver.di-Fachbereich Medien, Kunst

und Industrie Berlin-Brandenburg sowie dem Karl-Richter-Verlag am 2. Mai die Ausstellung „Gott grüß’ die Kunst!“. Zu sehen sind Illustrationen und Festschriften der gewerkschaftlich organisierten Drucker, Setzer und Hilfsarbeiterinnen. Über 70 Exponate dokumentieren die besondere Fest- und Feierkultur der Arbeiter und Arbeiterinnen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Im Mittelpunkt stehen Zeugnisse der Arbeiterkultur der Lithographen und Steindrucker. Unter den von

der IG Medien an die FES-Bibliothek übergebenen kompletten Bibliotheksbeständen bilden die illustrierten Sondernummern und Festschriften ein besonders wertvolles Teilsegment. Mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurden die Materialien katalogisiert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der begleitende Katalog skizziert die Gewerkschaftsgeschichte im graphischen Gewerbe, interpretiert die Lithographien und Gedenkblätter aus kunsthistorischer Sicht

und schildert die Odyssee der Bestände nach der nationalsozialistischen Machtergreifung. Alle Kunstwerke haben heute in der Bibliothek der FES in Bonn einen sicheren Hafen gefunden.

### DIE AUSSTELLUNG

Der Ausstellungskatalog „Gott grüß’ die Kunst!“ kostenlos über: [Hilke.Kaeding@fes.de](mailto:Hilke.Kaeding@fes.de)

Die Ausstellung ist bis zum 28.7.2006 geöffnet  
Mo 14-17 Uhr  
Di 17-19 Uhr  
Do + Fr 15-19 Uhr  
Haus der Buchdrucker,  
Dudenstr. 10, 10965 Berlin

## FES + + + TELEGRAMM

+++ Mit Lokaljournalismus und Kommunalpolitik befasste sich das „Bonner Medienforum zum journalistischen Beruf“ der FES-JournalistenAkademie. Jour-



nalisten und Kommunalpolitiker diskutierten am 30. März über die Rolle des Journalismus in der gesellschaftlichen Basis. Die einleitenden Vorträge hielten die Bonner Oberbürgermeisterin, Bärbel Dieckmann, (Foto) und der Chefredakteur des Bonner General-Anzeiger, Joachim Westhoff. Stellungnahmen gaben die Journalisten-Gewerkschaften dju und DJV, die Jour-

nalisten-Initiative „netzwerk recherche“ sowie die Bundeszentrale für Politische Bildung ab. + + +

+++ Mit der **Verleihung des Egon-Erwin-Kisch-Preises** ist der ehemalige FES-Stipendiat Bartholomäus Grill – viele Jahre Afrika-Korrespondent der ZEIT in Südafrika – für seine Reportage „Ich will nur fröhliche Musik“ ausgezeichnet worden. Grill beschreibt darin die Krankheit und den letzten Weg seines todkranken Bruders, der sterben wollte und sich dafür Hilfe in der Schweiz suchte. Bartholomäus Grill war von 1980 bis 1985 Stipendiat der FES. Als Afrika-Korrespondent der ZEIT bereiste er 1994 das vom Bürgerkrieg gekennzeichnete südostafrikanische Mosambik, um anlässlich des zehnjährigen Engagements der FES in dem Land eine Reportage zu schreiben, die sowohl die Arbeit der FES beschreibt wie auch die Aufbruchstimmung der Mosambikaner skizziert. + + +

Genfer Initiative und  
Jerusalem-Berlin-Forum

# Ansätze zur Lösung des Nahost-Konfliktes

— DIE FES HAT ES SICH ZUM ZIEL GESETZT, einen Beitrag zur Erreichung des Friedens zwischen Israel und den Palästinensern sowie einer umfassenden Sicherheitsordnung zwischen Israel, der arabischen Welt, dem Iran und der Türkei zu leisten.

Zivile Konflikt-  
bearbeitung/Vergangen-  
heitsbewältigung

So unterstützt sie bei-  
spielsweise zwei zivil-  
gesellschaftliche An-  
sätze israelisch-paläs-  
tinensischer ziviler  
Konfliktbearbeitung:  
die Genfer Initiative

gehend behandelt.  
Dass die Genfer Initia-  
tive einen wesentli-  
chen Schritt für die  
Diskussion im Nahost-  
Friedensprozess dar-  
stellte, zeigt die aktu-  
elle innerpalästinensi-  
sche Diskussion  
zwischen Hamas und  
Fatah um das sog. Ge-

sche Entscheidungs-  
träger um Unterstüt-  
zung zu bitten. Es han-  
delt sich dabei um den  
Entwurf eines israe-  
lisch-palästinensi-  
schen Friedensabkom-  
mens, der ausgehend  
von den im Januar  
2001 abgebrochenen  
Verhandlungen in Ta-  
ba von Expertenteams  
beider Seiten erarbei-  
tet wurde. Besondere  
Beachtung verdient  
die Vereinbarung –  
trotz aller Kritik im In-  
und Ausland – vor al-  
lem deshalb, weil sie  
konkrete Vorschläge  
für die Regelung aller  
Probleme und Haupt-  
streitpunkte enthält:  
territoriale Aspekte  
und Regelungen zur  
Sicherheit, die Frage  
der Siedlungen und  
der Flüchtlinge sowie  
den Status Jerusalems.  
Dabei versteht sich die  
Genfer Initiative als  
konkrete Ausformulie-  
rung einer Endstatus-  
phase der Road Map  
des Nahost-Quartetts  
und der von Präsident  
Bush im Juni 2002  
formulierten Zwei-  
Staaten-Lösung.  
Mit den beiden Initia-

toren der „Genfer Ini-  
tiative“, dem ehemali-  
gen israelischen Jus-  
tizminister Yossi Beilin  
und dem ehemaligen  
palästinensischen Kul-  
tur- und Informations-  
minister Yasser Abed  
Rabbo, arbeitet die  
FES bereits seit vielen  
Jahren zusammen:  
u.a. honorierte die FES  
im Mai 2002 die viel-  
fältigen Bemühungen  
der sog. israelisch-  
palästinensischen Koa-  
lition für den Frieden  
unter der Federfüh-  
rung von Beilin und  
Abbed Rabbo mit der  
Verleihung ihres jähr-  
lich vergebenen Men-  
schenrechtspreises in  
Berlin. In der derzeiti-  
gen Auseinander-  
setzung zwischen Hamas  
und Fatah ist Yasser  
Abbed Rabbo einmal  
mehr einflussreiche  
und moderate Stimme  
der Palästinenser.

■ Strategien für Jerusalem  
■ 2020

Die Frage um den zu-  
künftigen Status der  
Stadt Jerusalem ist ei-  
ne der zentralen und  
zugleich sensibelsten



Der damalige Bundes-  
präsident Johannes Rau  
hatte bereits 2004 ge-  
genüber Vertretern der  
„Genfer Initiative“ die  
Übernahme der  
Schirmherrschaft einer  
später realisierten inter-  
nationalen Nahostkon-  
ferenz durch die deut-  
schen politischen  
Stiftungen signalisiert.

als „blueprint“ eines  
möglichen israelisch-  
palästinensischen  
Friedensvertrages und  
damit eines breit an-  
gelegten Lösungsan-  
satzes einerseits, und  
das Jerusalem-Berlin-  
Forum andererseits,  
das mit der Erarbei-  
tung von Lösungssze-  
narien für die Zukunft  
Jerusalems einen Teil-  
aspekt der Endstatus-  
verhandlungen tiefer-

fangenen-Papier, in  
dem der zentrale Refe-  
renzpunkt eine Zwei-  
Staaten-Lösung auf  
der Grundlage der  
Grenzen von 1967 ist.  
Auf Einladung der FES  
kamen Vertreter der  
sog. „Genfer Initiative“  
bereits Mitte Januar  
2004 nach Berlin, um  
ihren informellen Frie-  
densplan der deut-  
schen Öffentlichkeit  
vorzustellen und politi-

und komplexesten Angelegenheiten des Nahost-Friedenprozesses. Zugleich gibt es eine ganze Reihe von konkreten Themen, was die Zukunft der Stadt Jerusalem aus Sicht ihrer Bewohner betrifft, beispielsweise Raumplanung, Wirtschaftsentwicklung, Mobilität und Lebensqualität. Mit diesen Fragen haben sich israelische und palästinensische Experten mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung fast zwei Jahre

lang beschäftigt, und herausgekommen sind vier anschauliche Szenarien, wie die mögliche Zukunft Jerusalems aussehen könnte. Sie reichen vom „worst case“-Szenario der „verbrannten Erde“, in dem die Stadt sich in einem bürgerkriegsähnlichen, anarchischen Zustand befindet, bis zum „best case“-Szenario, in dem die „Stadt der Brücken“ eine Schlüsselrolle bei der Beilegung des Nahostkonflikts spielt.

Das Projekt entstand im Rahmen des Jerusalem-Berlin-Forums (JBF), einer israelisch-palästinensisch-deutschen Initiative, die 2001 in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ins Leben gerufen wurde. Mit dem JBF haben sich Jerusalemer und Berliner Experten das Ziel gesetzt, realistische Zukunftsmodelle für die Stadt Jerusalem zu entwickeln, die in den Verhandlungen um den Status Jerusalems als konkrete Vor-

schläge dienen können. Grundannahme aller Teilnehmenden ist, dass Jerusalem eine offene, ungeteilte Stadt für alle seine Bewohner sein muss. Bei einer Zweistaatenlösung des Nahostkonflikts muss Jerusalem Hauptstadt der beiden Staaten Israel und Palästina werden. Im September 2006 werden die beiden Jerusalemer Teams ihre Szenarien im Rahmen einer Konferenz auch der deutschen Öffentlichkeit vorstellen.

PREISTRÄGER DER FES IN UNERMÜDLICHEM EINSATZ FÜR MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE

## „In diesem Kampf geht man nicht in Rente“

Zivile Konfliktbearbeitung/Vergangenheitsbewältigung

Am 9. Januar 2006 jährte sich der Friedensschluss im Sudan zum ersten Mal. Entscheidende Teile des Friedensabkommens zwischen Nord- und Südsudan wurden mittlerweile umgesetzt: Die Übergangsverfassung und die Verfassung des Südsudan wurden verabschiedet, das Parlament hat sich neu konstituiert und die Regierungen der Nationalen Einheit und des Südsudan wurden gebildet. Der wieder

eskalierende Darfurkrieg im Westsudan und die drohenden bewaffneten Konflikte im Osten und Norden des Landes stellen erneut eine Gefahr für die Einheit des Landes dar und verdeutlichen, welch langer Atem notwendig ist, um zu einem nachhaltigen Frieden zu gelangen. Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises der FES an den Rechtsanwalt Abel Alier und den Journalisten Mahgoub Mohamed Salih wurden bereits im September 2004 zwei nationale Symbolfiguren des Landes geehrt, die sich

seit Jahrzehnten für Frieden und Gleichheit aller Bürger einsetzen. „Es ist eine Lebensaufgabe, sich für Demo-

widrigsten Umständen liegen dabei bereits hinter ihm.

Die von ihm im Jahre 1953 gegründete erste



Flüchtlingseind im Sudan: Die FES-Preisträger haben sich ihren Einsatz für die Menschenrechte zur Lebensaufgabe gemacht. (Foto: EC/ECHO/IPHoldsworth)

kratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen“, so der heute 78-jährige Salih: „In diesem Kampf geht man nicht in Rente“. Über fünfzig Jahre journalistischer Arbeit unter

professionelle arabischsprachige Tageszeitung „Al Ayam“ ist inzwischen die meistverkaufte Zeitung des Sudan. Immer wieder hat Salih dabei mit kritischer Berichterstat-

zung auf die schlechte Lage der Menschenrechte im Sudan aufmerksam gemacht und dies mit zahlreichen Gefängnisaufenthalten und Verboten seiner Zeitung bezahlt. Als Mitglied im „Komitee der Zehn“, das als ein zivilgesellschaftlicher „Rat der Weisen“ zwischen allen politischen

Gruppen vermitteln will, sah er sich immer wieder Repressionen durch das autoritäre Regime in Khartoum ausgesetzt. Ebenso unermüdlich setzt sich der Rechtsanwalt Abel Alier für einen nachhaltigen Frieden im Sudan ein. Alier war nicht nur maßgeblich am Frie-

densabkommen von 1972 beteiligt, mit dem der erste Bürgerkrieg beigelegt wurde, als Vermittler genoss er auch seit Beginn des zweiten Bürgerkrieges 1983 das Vertrauen aller Konfliktparteien. „Auch Darfur zu be-frieden, bedeutet nicht, nur die Kämpfe zu stoppen. Man muss

die Ursachen des Konfliktes angehen, um einen dauerhaften Frieden in der Region zu erreichen. Fundamentale Freiheiten und Menschenrechte müssen endlich geachtet werden“, erklärt Alier.

„BEN WISCH“ UND DIE DEUTSCH-ALGERISCHEN BEZIEHUNGEN

## „Trouble-Shooter Number One“

Zivile Konfliktbearbeitung/Vergangenheitsbewältigung

„Trouble-Shooter Number One“, so hatte einmal der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter den am 24. Februar 2005 verstorbenen SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski genannt. Am 7. März 2006 würdigte die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Veranstaltung mit dem algerischen Außenminister Mohammed Bedjaoui und dem Leiter des Gesprächskreises Nahost/Nordafrika der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, die Verdienste Hans-Jürgen Wischnewskis. In Anwesenheit der Regisseurin Malika Laichour wurde in diesem Rahmen auch der

von der FES geförderte Dokumentarfilm „Khawa/Bruderschaft – Die europäische Unterstützung des algerischen Unabhängigkeitskampfes“ gezeigt, der Wischnewskis letztes Interview enthält. Mit Leidenschaft und Augenmaß – wie er sein Leben in seiner Autobiographie be-

bereits brachte ihm sein Engagement für die Länder des Nahen/Mittleren Ostens und Nordafrikas den respektvollen und freundschaftlichen Spitznamen „Ben Wisch“ ein. Wischnewski hatte wichtige Partei- und Regierungsämter inne: Bundesminister, Bundes-

Mitglied des Deutschen Bundestages gewesen. Als langjähriges Kuratoriumsmitglied war er auch der FES verbunden, deren Partnerschaft mit Algerien auf das Ende der fünfziger Jahre zurückgeht und die seit 2002 in Algier ein Büro unterhält. Die Vorsitzende der FES, Anke Fuchs, erinnerte auf der Veranstaltung daran, dass Wischnewski für viele der inoffizielle Vermittler zwischen der algerischen Befreiungsfront FLN (Front de Libération Nationale) und der Bundesregierung gewesen ist. Unvergessen, so Anke Fuchs, sei das erste Zusammentreffen der algerischen Exilregierung in der Kölner Wohnung Wischnewskis.



Gemeinsame Erinnerungen an „Ben Wisch“: der algerische Außenminister Mohamed Bedjaoui (rechts), Anke Fuchs und der Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Mützenich (Foto: Liebe)

schrieb – setzte sich Wischnewski stets für die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen ein. Früh

geschäftsführer der SPD, stellvertretender Parteivorsitzender und Schatzmeister. Insgesamt 33 Jahre ist er

# Keine Zukunft ohne Vergangenheitsaufarbeitung

Zivile Konfliktbearbeitung/Vergangenheitsbewältigung

In vielen Ländern sind Wahrheitskommissionen als Instrument zur Aufarbeitung der Vergangenheit geworden. Es liegen Erfahrungen aus nahezu allen südamerikanischen Ländern, aus Südafrika und Osttimor, und nun auch aus Marokko vor. Mit Einrichtung der Instance Equité et Réconciliation (IER) im Januar 2004 unterstützte Marokkos König Mohamed VI. ein Vorgehen, welches die während der Amtszeit seines Vaters Hassan II. begangenen Folterungen und Menschenrechtsverletzungen aufarbeiten sollte. Der Schwerpunkt der Arbeit der Wahrheitskommission sollte in der so genannten „bleiernen Zeit“ in den 60er und 70er Jahren liegen, in der oppositionelle Kräfte verfolgt, inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden. Über 22.000 Schreiben von Opfern und Hinterbliebenen verdeutlichen das Ausmaß des Geschehenen. Die IER hatte zum Auftrag, die Wahrheit über die Ge-

schehnisse festzustellen. Im Zuge dessen wurden Archivbestände des Militärs und der Sicherheitsdienste analysiert, Nachforschungen angestellt und Interviews mit Op-

fern und Zeitzeugen geführt. Ziel war dabei nicht die juristische Aufarbeitung, sondern die moralische Beschäftigung mit dem geschehenen Unrecht. War dieses zwar Bestandteil des kollektiven nationalen Gedächtnisses, hatte es bislang jedoch nie Eingang in die öffentliche Debatte gefunden. Bleibenden Eindruck hinterließen die direkt und ungekürzt im Fernsehen übertragenen Anhörungen von Opfern bzw. Hinterbliebenen, die ab Ende 2004 durchgeführt wurden. Mit der gnadenlosen Offenheit und

Intensität der persönlichen Zeugnisse hatte niemand zu rechnen gewagt. Diese Anhörungen gelten zu Recht als Kernstück des gesamten Wahrheits- und Versöhnungspro-

zesses. Ihnen kommt eine wichtige Rolle der Sensibilisierung und Aufklärung zu. Am 30. November 2005 hat die IER mit Veröffentlichung ihres Abschlussberichtes plangemäß ihre Arbeit beendet und sich als Institution aufgelöst. Der Bericht gibt zum einen Aufschluss über die notwendigen Maßnahmen zur individuellen und kollektiven Entschädigung in nahezu 10.000 Fällen. Um eine Wiederholung der schweren Menschenrechtsverletzungen auszuschließen und den gegenwärtigen Reformprozess zu

konsolidieren wurde, eine Vielzahl von Empfehlungen ausgesprochen.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen liegt nun in Händen des seit 1990 bestehenden Conseil Consultatif des Droits de l'Homme. Offen ist, ob es nach der moralischen nun auch eine strafrechtliche Befassung geben wird. Das FES-Büro in Marokko hatte die Arbeit der Versöhnungskommission mit zahlreichen Aktivitäten begleitet. In dem Bestreben, möglichst große Teile der Zivilgesellschaft zu beteiligen, führte das Büro Rabat eine Konferenz zum Thema „Gerechtigkeit im Transitionsprozess“ durch. Die FES erachtet aber auch den Brückenschlag nach Deutschland als wichtig, das sich bereits zweimal damit konfrontiert sah, ein Unrechtsregime aufarbeiten zu müssen. In Zusammenarbeit mit der deutschen Initiative eurient e.V. findet am 26. und 27. Juli in Leipzig ein deutsch-marokkanischer Erfahrungsaustausch statt.

FES fördert politisches  
Radioprogramm

# Irak: Umfassende Berichterstattung

ALS AMERIKAS PRÄSIDENT GEORGE W. BUSH am 1. Mai 2003 die Kampfhandlungen im Irak offiziell für beendet erklärte, war Saddam Hussein gestürzt und die alte Elite entmachtet.

## Presse- und Meinungsfreiheit

Welches System allerdings an die Stelle der alten Herrschaftsstrukturen treten sollte, blieb im Pulverdampf lange verborgen. Umso dringender waren deshalb eine umfangreiche Information der Bevölkerung und die Aus- und Fortbildung derjenigen, die den künftigen Irak gestalten sollten. Mit mehreren Projekten, darunter der Ausbildung von irakischen Beobachtern für die zahlreichen Wahlen in der Übergangsperiode und der Beratung im verfassungsgebenden Prozess, versuchte die FES seit Sommer 2004, hier einen Beitrag zu leisten. Besonders bekannt

wurde Niqash, ein politisches Radioprogramm in arabischer Sprache, das von mehr als 15 lokalen Sendern im Irak ausgestrahlt wird. Seit November



Wahlen unter besonderem Interesse: Die FES unterstützte unter anderem die Ausbildung von Wahlbeobachtern.

2004 berichtet Niqash (zu deutsch: Diskussion) umfassend und kritisch unter anderem über die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahlen im Irak sowie den Verfassungsprozess und die Regierungsbildung.

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung gestaltet die Organisation „MICT – Media in Cooperation&Transition“ mit Sitz in Berlin und Amman sowie einer

Vertretung in Bagdad/Irak die Sendungen. MICT hatte bereits zuvor in über 70 Sendungen über Lebensentwürfe, private und berufliche Ziele sowie Projekte junger Menschen in Bagdad anderthalb Jahre nach dem Fall des Regimes

berichtet. Um Niqash lokal und kulturell zu verankern, werden die Beiträge für die Produktion von über 30 Korrespondenten aus allen Provinzen des Irak geliefert und über das Netzwerk der lokalen Stationen landesweit gesendet. In Amman werden regelmäßig Workshops durchgeführt, in denen Konzepte mit den Journalisten diskutiert und Trainingseinheiten angeboten werden. In Ergänzung zum Radioprogramm betreibt MICT eine dreisprachige Webseite, die – neben interaktiven Elementen – vertiefende Hintergrundinformationen, Analysen und Berichte zu den Brennpunkten der politischen Debatte anbietet. [www.niqash.org](http://www.niqash.org)

KULTURPROJEKTE IN TON UND BILD

## 360 Grad Irak

### Presse- und Meinungsfreiheit

Großen Erfolg erzielte das Kultur- und Radio-

programm 360 Grad Irak, in dem zwei irakische Journalisten und Schriftsteller über einen Zeitraum von

drei Monaten aus sechs nahöstlichen Städten über kulturelle Aktivitäten berichteten und so den Stand

zeitgenössischer Kultur im Nahen und Mittleren Osten, im Iran und in der Türkei beschrieben. Journa-

listen aus verschiedenen Nachbarländern des Irak lieferten zusätzlich Beiträge und betreuten außerdem die beiden irakischen Reisenden für die Zeit ihres Aufenthaltes. Entstanden ist das Porträt einer jungen Generation zeitgenössischer Künstler, die mit den politischen

Verhältnissen in ihren jeweiligen Heimatländern hart ins Gericht geht und dabei neben Kultur- und Bildungspolitik auch den Umgang mit der Geschichte und mangelnde Weitsicht der politischen Eliten kritisiert. Die Sendungen wurden in verschiedenen Radiosendern im Irak

und Libanon ausgestrahlt. Anknüpfend an die von der FES geförderte Radioproduktion entstehen zur Zeit ein Buch und ein Film, die zum einen die Reise der irakischen Künstler und ihre Begegnungen dokumentieren und zum anderen Kulturschaffende,

Künstler und Kritiker aus dem Irak einladen, zu kontroversen Themen wie Vergangenheitsbewältigung, Islamisierung und nationale Identität Stellung zu nehmen und über die Lage der Künstler in der sich zuspitzenden Krise zu berichten.

MEINUNGSFORSCHUNG ALS INSTRUMENT DER DEMOKRATIEFÖRDERUNG

## Jordanien: Politbarometer als Kontrollinstanz

### Presse- und Meinungsfreiheit

In welchem Land des Nahen/Mittleren Ostens (Israel ausgenommen) gibt es regelmäßige politische Meinungsumfragen? Die Antwort lautet: Jordanien. Es ist neben den palästinensischen Gebieten das einzige souveräne arabische Land, in dem politische Meinungsforschung betrieben wird. 1993 veröffentlichte das Center for Strategic Studies (CSS) an der Jordan University die erste Meinungsumfrage zum Thema „Demokratie in Jordanien“, ein damals völlig neues und umstrittenes Projekt. Seitdem hat sich mit Beratung und Unterstützung des FES-Büros Jordanien die „Opinion Polling

Unit“ des Centers etabliert und ist bis heute Partner der FES. Kein anderes Meinungsforschungsinstitut im Nahen/Mittleren Osten hat so viel Erfahrungen mit politischen Meinungsumfragen gesammelt, kein anderes hat so viele regionale Umfragen durchgeführt und sein akkumuliertes Wissen an Partnerorganisationen in Ägypten, Syrien, im besetzten Palästina und im Libanon

weitergegeben. Auch im Jemen und im Irak hilft das CSS auf Anregung der FES beim Aufbau von Meinungsforschungskapazität. In Kooperation mit der FES verfolgt das CSS in Jordanien zwei kontinuierliche Projekte: In regelmäßigen Abständen wird der Grad der Zustimmung der Bevölkerung und der öffentlichen Meinungsführer zur Politik der jeweiligen Regierung ermittelt. 24 dieser

Umfragen hat das CSS bisher durchgeführt. Das zweite Projekt ist die jährliche Meinungsumfrage zur Demokratie. U. a. wird dort nach dem Demokratieverständnis der Bürger/innen, nach der Rolle des Parlaments, der Parteien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Teilhabe der Jugend und der Frauen, der Nutzung nationaler und überregionaler Medien etc. gefragt. Nach der letzten Umfrage gaben die Befragten erstmals der Demokratie auf einer Skala von 10 Punkten die Note 6.29. Andererseits befürchteten immer noch 77 % negative Folgen, wenn sie Kritik an der Regierung oder gar am Königshaus öffentlich äußern würden.



Was denkt Ammans Bevölkerung? Meinungsforschung in Jordanien erlaubt den Blick hinter die Fassaden nicht nur der Hauptstadt.

Regelmäßig publizieren die nationale Presse, das nationale Fernsehen aber auch überregionale Medien wie Al Jazeera die Ergebnisse dieser Umfragen. Sie werden von politi-

schen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, Akademikern, Journalisten und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern genutzt und finden Eingang in die internationalen Medi-

en. Die Umfrageergebnisse sind auf der Website [www.css-jordan.org](http://www.css-jordan.org) zugänglich. Indem sie zeigen, dass sich der Prozess der demokratischen Transformation nur

sehr langsam vollzieht, sorgen die Umfragen dafür, dass das Thema auf der Tagesordnung bleibt und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung.

MAROKKO

## Frischer Wind in den Medien

Presse- und Meinungsfreiheit

In der arabischen Welt sah es im Medienbereich jahrzehntelang düster aus: die staatlichen Sender beschränkten sich zu meist auf die Berichterstattung über den Präsidenten oder Monarchen, seine Besucher und Staatsbesuche sowie auf Hofberichterstattung über die Regierungspartei. Nicht zuletzt aufgrund

der attraktiven Satellitensender wie Al-Jazeera oder Al-Arabiya beginnt sich in der Region seit einigen Jahren nun aber ein Wandel abzuzeichnen. In Marokko, wo die Journalistengewerkschaft Syndicat National de la Presse Marocaine (SNPM) besonders aktiv und König Mohammed VI. zu vorsichtigen Liberalisierungsschritten bereit ist, hat sich die Lage für die Medienschaf-

fenden grundlegend verändert. So verabschiedeten die Journalisten einen Pressekodex und gründeten gemeinsam mit den Betreibern von Medienunternehmen und Vertretern der Zivilgesellschaft eine Art Presserat, der über die Einhaltung der journalistischen Standards wachen soll. Zur Beratung hatte die FES Fachleute sowohl aus Europa als auch aus Afrika nach Marokko

eingeladen. Auch im Vorfeld der Gründung einer Medienkommission war die FES beratend aktiv. Der Präsident dieser neuen marokkanischen Institution hat bereits seinen Antrittsbesuch in Benin gemacht, wo das Sekretariat des afrikanischen Verbandes der Medienkommissionen gebaut wird – dessen Gründung hatte die FES 1998 ebenfalls maßgeblich unterstützt.

FES FÖRDERT INTERNATIONALEN DIALOG

## Jemen: Isolierung aufbrechen

Presse- und Meinungsfreiheit

Der Jemen befindet sich in vielerlei Hinsicht in einer Randlage und ist entsprechend isoliert. Er ist anders als seine Nachbarstaaten keine reiche Ölmonarchie, sondern eines der ärmsten Länder der Welt, dabei jedoch



Adresse mit Charme: In diesem Haus hat das FES-Büro im Jemen seinen Sitz.

eine Republik mit demokratischen Ansätzen. Das Land am Rande der arabischen Welt spielt aus europäischer Sicht in der Region lediglich eine Nebenrolle. Anders als die arabischen Staaten am Mittelmeer, die auf vielen Ebenen enge Beziehungen zu Europa aufgebaut haben, ist der

Jemen über lange Zeit international relativ isoliert gewesen. Wenige Jemeniten haben Austausch mit dem Ausland, schon gar nicht mit Europa. Als einzige deutsche politische Stiftung ist die FES seit 1999 in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa mit einem Büro vertreten. Mit ihren Programmen unterstützt die Stiftung u.a. die bessere Einbindung des Jemen in regionale und internationale Strukturen und

Diskussionen. In zahlreichen Veranstaltungen und durch Besuchsprogramme ermöglicht die Stiftung ihren Partnern aus Regierung und Zivilgesellschaft, sich mit internationalen Themen zu befassen.

Ein Beispiel dafür ist der europäisch-arabische Mediendialog, der in der Hafenstadt Aden stattfand. Organisiert wurde er in Zusammenarbeit mit dem jemenitischen Journalistenverband und der

Deutschen Botschaft Sanaa. Bei dieser Veranstaltung tauschten sich arabische Journalisten mit ihren Kollegen aus Europa, in erster Linie aus Deutschland, aus. Inhaltlich ging es v.a. darum, wie Stereotype bei der Berichterstattung über die jeweils „andere“ Seite beseitigt werden können. Warum wird in Deutschland über den Jemen nur im Zusammenhang mit Entführungen berichtet? Warum konzentrieren

sich jemenitische Medien bei der Berichterstattung über Deutschland auf die als solche wahrgenommene anti-islamische Stimmung? Viele jemenitische Journalisten gestanden, dass sie sich zum ersten Mal mit derartigen Fragen vertieft auseinandersetzen. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten begrüßten sie, dass sie die Gelegenheit zum Austausch mit europäischen Kollegen bekommen hatten.

## FES PRÄSENTIERTE KARIKATUREN DER ARABISCHEN WELT

### „Listig, lustig, lästig“

#### Presse- und Meinungsfreiheit

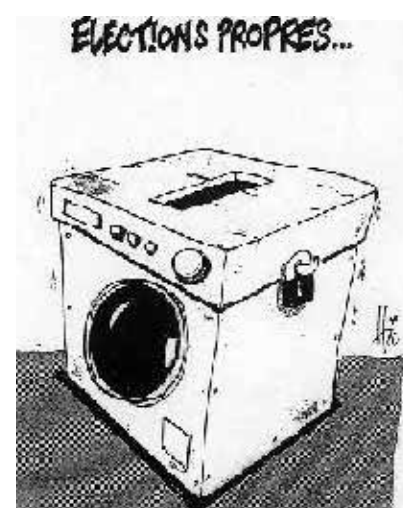
Der Konflikt um die Mohammed-Karikaturen hat aus dem Blickfeld verdrängt, dass in der islamischen Welt Karikaturen ebenso beliebt und wichtig sind wie im Westen. Witz und Courage stehen bei der Aufarbeitung politischer und gesellschaftlicher Missstände durch arabische Zeichner den europäischen Beispielen in nichts nach. Schon bei den Ägypten-Tagen 2002 hatte die FES erstmals Karikaturen gezeigt, später waren maghrebische Exemplare bei einer gemeinsam mit der

Deutsch-Maghrebischen Gesellschaft organisierten Ausstellung im Berliner Haus der FES zu sehen. Einer größeren Öffentlichkeit wurde die Vielfalt arabischer Karikaturen im Rahmen der Frankfurter Buchmesse im Herbst 2004 bekannt, bei der die arabische Welt Ehrengast war. Besonders umlagert waren die rund 80 von der FES ausgewählten Karikaturen aus dem Maghreb und Mischrek, die unter dem Titel „Listig-Lustig-Lästig?“ gezeigt wurden. Von einer „kleinen, aber köstlich giftigen Kollektion aktueller Karikaturen“ sprach die Neue Zür-

cher Zeitung. Deutlich wurde schon damals, dass Karikaturen als Ventil für gesellschaftlichen Unmut auch und gerade in der arabischen Welt unverzichtbar sind und die gesamte Palette von Themen wie die Unfähigkeit von Staat und Verwaltung, Wahlmanipulation, Korruption, Menschenrechte, Terror und Gewalt, Unterdrückung der Frauen oder mangelnde Pressefreiheit behandeln. Auch religiöse Themen und Islamismus oder das Aufeinandertreffen von Tradition und Moderne werden nicht ausgespart. Allerdings monieren arabische Karikaturen Missstän-

de eher listig und weisen mit einem Augenzwinkern auf Probleme hin. Dennoch sind sie für Politik und religiöses Establishment lästig – das Subtile an arabischen Karikaturen erzielt im Zweifel in der Gesellschaft eine nachhaltigere Wirkung als Frontalangriffe.

*„Saubere Wahlen“ – eine Karikatur des algerischen Zeichners Hichame Baba Ahmed, kurz HIC*



Das Israeli European Policy Network (IEPN)

# Gegen Missverständnisse und Informationslücken

— OBWOHL DIE BEZIEHUNGEN zwischen Israel und der Europäischen Union in den vergangenen Jahren enger geworden sind, ist das israelisch-europäische Verhältnis nach wie vor von Missverständnissen und Informationslücken geprägt.

## Dialogprogramme

Die Gründe dafür sind vielschichtig: zum einen die bittere historische Vergangenheit

gen Vertretern der Zivilgesellschaften, die gemeinsam mittels offenem, doch durchaus auch kritischem Dialog Modelle und konkrete Politikempfe-

teralen Beziehungen herauszuarbeiten und die Öffentlichkeit mit den positiven Besonderheiten vertraut zu machen.

Das zentrale Arbeitsinstrument dazu ist der sogenannte Aktionsplan der EU für Israel, der bis zum Ende 2007 inhaltlich so ausgestaltet sein soll, dass er die Grundlage für ein langfristiges bilaterales Nachbarschaftsabkommen bilden kann. Seit rund einem Jahr arbeiten israelische und europäische Forscher an einem kritischen Monitoring des Aktionsplans. Die Ergebnisse sind in einer Publikation zusammengefasst, die der Öffentlichkeit Mitte Juni in einer internationalen IEPN-Veranstaltung in Wien vorgestellt wurde. Bereits

im November 2005 erschien ein erster IEPN-Reader, der auf bemerkenswerte Entwicklungen im Verhältnis Israels und der EU verweist.

Das Team des IEPN umfasst rund 30 Experten aus zehn Staaten. Die israelische Gruppe wird von Dr. Roby Nathanson (Israeli Institute for Economic and Social Research), die europäische von Dr. Stephan Stetter (Universität Bielefeld) koordiniert. Die FES spielt eine bedeutende Rolle bei der Knüpfung des Netzwerks, bei der Mitentwicklung des Konzeptes und der Struktur des IEPN und vor allem auch bei der öffentlichen Vermittlung der Ergebnisse in Israel und in Europa.

Beispiel für unterschiedliche Betrachtungsweisen: Werden Israels Sicherheitsbedürfnisse in Europa richtig verstanden? – umstrittene Mauer an der Grenze zu den palästinensischen Gebieten. (Foto: EC/ECHO)



des jüdischen Volkes in Europa, zum anderen die Überlagerung der europäisch-israelischen Bindungen auch von aktuellen Ereignissen im Zusammenhang mit dem andauernden Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Gerade auf Grund dieser ambivalenten Beziehungen hat die FES vor rund drei Jahren das IEPN ins Leben gerufen, ein Netzwerk von europäischen und israelischen Forschern, Journalisten, Politikern und wichti-

lungen für die europäisch-israelischen Beziehungen erarbeiten. Diese werden sowohl in Israel und in Brüssel, aber auch in den EU-Mitgliedsstaaten an die politischen Meinungsträger vermittelt. So konnte auch das IEPN dazu beitragen, dass sowohl in der EU als auch in Israel seit einiger Zeit immer mehr Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft bemüht sind, den wirklichen Stellenwert und das Gewicht der bilateralen und auch multila-

## FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die **innen- und außenpolitischen Folgen der Wahlen zur 17. Knesset in Israel** erörterte der Kommentator der israelischen Tageszeitung Ha'aretz, Aluf Benn, im Gespräch mit Martina Doering, Berliner Zeitung, während einer Veranstaltung der FES in Berlin. Nach Meinung von Benn läutet der Sieg der zentristischen Kadima den Beginn einer „dritten Republik“ ein. Auf die Politik gegenüber der Hamas angesprochen rief der Gast dazu auf, die neue palästinensische Regierung nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten zu messen. + + +

# Stimme und Gehör verschaffen

## Dialog- programme

Im Jahr 1995 wurde die euromediterrane Partnerschaft, bekannt unter dem Titel „Barcelona-Prozess“, als regionales Strukturanpassungsprogramm der Europäischen Union mit zehn östlichen und südlichen Mittelmeeranrainern ins Leben gerufen. Die Partnerschaft stützt sich auf drei Körbe der Zusammenarbeit: Die politische und Sicherheitspartnerschaft mit dem Ziel eines Raums des Friedens und der Stabilität, die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft, einer Freihandelszone bis 2010 und die Partnerschaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich.

Der Dialog und Austausch mit den Zivilgesellschaften der beteiligten Partnerländer vollzieht sich in erster Linie über so genannte Euromed-Zivilforen. Bislang wurden Zivilforen organisiert in Barcelona (1995), Malta (1997), Neapel (1997, 2003), Stuttgart (1999), Marseille (2000), Valencia (2002), Chania (2003)

und Luxemburg (2005). Zwar versammelten sich dabei jeweils mehrere Hundert Vertreter von Gewerkschaften, Menschenrechts-, Umwelt-, Frauen- und Jugendgruppen, bis auf wenige Ausnahmen jedoch – und hier setzt die Kritik der maßgeblich beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteure an – wies insbesondere die Einladungspolitik zu den Zivilforen erhebliche Defizite bezüglich ihrer Transparenz auf. Wo weithin unklar bleibt, aus welchen Gründen jemand eingeladen wird oder nicht, fällt es schwer, eine Initiative zu schaffen, die auf Kontinuität und Ernsthaftigkeit mit der Befassung wichtiger Themen angelegt ist. Auf Initiative der Friedrich-Ebert- und der Heinrich-Böll-Stiftung wurde im Jahr 2002 ein Denkprozess angestoßen, um eine neue konzeptionelle und strukturelle Grundlage für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen am euromediterranen Prozess zu schaffen. Am Ende intensiver Beratungen und Dis-

kussionen stand die EuroMed Non-Governmental Platform ([www.euromedforum.org](http://www.euromedforum.org)), die Mitte 2004 eine Charta verabschiedete und im April 2005 in einer



Karte: PUBLIX

Hauptversammlung ihrer etwa 100 Mitgliedsorganisationen die notwendigen Statuten annahm. Die Plattform verfügt damit nun über einen legalen Status.

Die FES, die diesen gesamten Findungs- und Entstehungsprozess beratend und unterstützend begleitete, ist über ihre Vertretung in Rabat im Board of Directors vertreten und nimmt damit auch zukünftig entscheidenden Anteil an der Verwirklichung der Ziele der Initiative.

Sowohl beim „Forum for the Future“ in Rabat (2004) und Bahrain (2005), dem jährlich stattfindenden Treffen im Rahmen der transatlantischen „Broader Middle East

Initiative“, als auch bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs anlässlich der 10-Jahresfeier des Barcelona-Prozesses Ende 2005 in Barcelona war die Plattform wichtigster Vertreter der Zivilgesellschaften. Nie zuvor war es im Rahmen der euromediterranen Partnerschaft gelungen, auf derart hohem politischem Niveau Sichtweisen, Bedenken und Forderungen zivilgesellschaftlicher Gruppen Stimme und Gehör zu verschaffen.

## Kritische Auseinandersetzung notwendig

### Dialog- programme

Angesichts der Wahlerfolge islamistischer Parteien und Gruppierungen in den palästinensischen Gebieten und Ägypten, im Iran und Irak, aber auch auf der politischen Bühne in Marokko, stellt sich immer dringender die Frage, wie mit dem „Politischen Islam“ – so der Sammelbegriff für die Bewegungen – umgegangen werden kann.

Auf einer Fachtagung der FES Ende April, an der Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch der Stiftung Wissenschaft und Politik und anderer politischer Stiftungen teilnahmen, analysierten Experten anhand von 13 Fallbeispielen die gesamte Palette des Politischen Islam in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas. Wie wird in der Region mit islamistischen Bewegungen umgegangen, was macht sie für die Bevölkerung so attraktiv? Vor allem aber versuchten die Referen-

ten zu klären, welche politische Strategie zwischen Repression, Isolierung, Marginalisierung und Einbindung gegenüber islamistischen Bewegungen



*Woher stammen die politischen Erfolge islamistischer Bewegungen im Nahen Osten und in Nordafrika? Eine Fachtagung der FES suchte nach Antworten.*

gen am ehesten die politische Öffnung und Demokratisierung der Länder fördern kann, welche Veränderungen sich bei islamistischen Bewegungen durch Einbindung ins politische System bzw. die Übernahme von Regierungsverantwortung feststellen lassen und was dies für die staatliche Stabilität bedeutet.

Schon die Bandbreite der behandelten Länder machte deutlich, wie differenziert das Spektrum islamischer Kräfte ist, das von moderaten über radikale bis zu militanten und terroristischen Grup-

pen reicht. Es wurde aufgezeigt, dass eine Militarisierung der Gruppen häufig auf staatliche Unterdrückung und Verfolgung zurückzuführen ist.

Einmal an der Macht oder im Parlament eingebunden, werden die Vertreter des Politischen Islam tendenziell moderater oder zumindest pragmatischer in ihrem Verhalten. Zudem dominieren nationale Interessen über panislamische Ideologien, wie sich am Beispiel der Muslimbrüder zeigt, die zwar in mehreren Ländern der Region bestehen, aber durchaus unterschiedliche Handlungsstrategien verfolgen.

Noch steckt die Suche nach Antworten für deutsche und internationale Politik, wie mit

dem Politischen Islam umgegangen werden kann und sollte, in den Anfängen. Deutlich wurde jedoch schnell, dass Kontakte zu politischen islamischen Gruppen grundsätzlich erforderlich sind, wobei die Voraussetzung für eine Diskussion mit solchen Gruppen ist, dass sie international gültige Regeln für politisches Agieren akzeptieren. Dabei können Kontakte auch bereits dann sinnvoll sein, wenn die Gruppen noch nicht an der Regierung sind.

Zu den Empfehlungen der Tagung gehörte auch, dass islamistische Gruppen nicht per se anders zu behandeln sind als andere Gruppierungen und Parteien und ein kritischer Diskurs mit den autoritären Regimen der Region notwendig ist, wenn der Westen als glaubwürdiger Partner im Demokratisierungsprozess wahrgenommen werden will.

## Wünsche und Hoffnungen

### Dialog- programme

Identifiziert sich die Jugend des Maghreb mit ihrer Region? Diese Frage stand im September 2005 ganz am Anfang der Überlegungen der FES-Vertretungen in Algier, Rabat und Tunis. Inzwischen liegen Antworten von über 300 jungen Menschen des Maghreb vor, die sich im Rahmen eines Schreibwettbewerbs Gedanken über ihre Heimatregion gemacht haben. Ihre Region stellten die meisten der 15- bis 18-jährigen Jugendlichen

zwischen in ihren Texten als problembeladen dar: der nicht endende wollende Konflikt um die Frage der Westsahara mit all seinen Auswirkungen auf das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Marokko und Algerien, die widrigen sozialen Verhältnisse und das Unvermögen des Staates, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, und schließlich die Überzeugung, dass die Region reichlich wenig Zukunft bieten kann. Dabei kommen neben der Hoffnung auf Arbeit, Einkommen und Sicherheit auch Wün-

sche nach mehr Freiheiten, persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und dem besseren Kennenlernen der Nachbarländer zum Vorschein. Jeweils zehn nationale Gewinner des Schreibwettbewerbs bekommen nun ausgiebig Gelegenheit, die eigenen und die Nachbarländer kennen zu lernen. Unter professioneller Begleitung werden sie während der Sommerferien gemeinsam für drei Wochen ihren Maghreb „erfahren“: eine Jugendkarawane von Marokko über Algerien nach Tunesien. Das ge-

meinsame Reisen in den drei Ländern, eingerahmt von kulturellen wie gesellschaftspolitischen Programnteilen, wird ein praktisches und tiefes Verständnis für die Besonderheiten und Schönheiten, aber auch die Sichtweise auf die ganz spezifischen Probleme der Länder und seiner Menschen schärfen helfen. Langfristig sollen die aus dem Schreibwettbewerb gewonnenen Erkenntnisse ihren inhaltlichen Niederschlag in den Schulbüchern der Region finden.

## Wanderungen von Süd nach Nord

### Dialog- programme

Für viele Bürgerinnen und Bürger der EU, speziell ihrer südwesteuropäischen Mitgliedsstaaten, ist „Maghreb“ derzeit gleichbedeutend mit „Migration“. Nicht ganz zu Unrecht: Die koloniale Vergan-

genheit Frankreichs, die geographische Nähe, das enorme Reichtumsgefälle zwischen Nord und Süd, all dies trägt dazu bei, dass das westliche Mittelmeer zu einer großen Transitzone geworden ist. Die FES analysiert in mehreren Ländern des Maghreb die aktuellen Entwicklungen, ihre Gründe und Konsequenzen. Eine Gruppe von Experten aus Algerien, Marokko und

Tunesien untersucht die ökonomischen und sozialen Folgen, die mit Wanderungsströmen von Arbeitskraft und Kapital einhergehen. Für diese Untersuchung wurden europäische Experten aus Frankreich, Spanien und Deutschland als „ständige Begleiter“ in den Analyseprozess integriert. So wird gleichzeitig an einem euromediterranen Netz von kritischen

Wissenschaftlern gestrickt. Die Ergebnisse werden Ende Juli auf der Sommeruniversität der tunesischen NGO Acma-co (Association Club Mohamed Ali de la Culture Ouvrière) präsentiert und danach veröffentlicht. Damit ergänzen sie eine Reihe von früheren Publikationen aus den Maghreb-Ländern, in denen die Migration thematisiert wurde.

### MEHR ZUM THEMA

FES Tunis: L'immigration dans l'espace euro-méditerranéen, 2003  
FES Marokko: Le Maroc et les Migrations, 2005

IRAN

## Dialog in schwierigen Zeiten

### Dialog- programme

Teheran im Februar 2006: Während die westlichen Medien nach der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen über wütende, unversöhnliche Proteste in islamischen Staaten berichten, sitzen der Leiter eines Teheraner Kulturhauses, eine bekannte Psychologin, die Leiterin der Organisation „Frauen und Gesundheit“, eine Weiterbildungsbeauftragte für Lehrer und rund 20 weitere Interessierte bei einem Seminar im Imam-Ali-Museum zu-

sammen. Bei der Fortbildung, die die Pädagogin Fatemeh Sadr Tabatabai leitet, geht es um Dialogfähigkeit. Auf Initiative des ehemaligen iranischen Präsidenten Khatami hatte die UNO das Jahr 2001 zum Jahr des Dialogs der Kulturen erklärt. Fatemeh Tabatabai, die in Düsseldorf studiert hat, hatte das Buch „Miteinander Denken – Das Geheimnis des Dialogs“ der deutschen Wissenschaftler Martina und Johannes F. Hartkemyer in Farsi übersetzt. Das ebenfalls auf Khatamis Initiative gegründete Dialoginstitut

in Teheran (ICDAC – Institute for Dialogue among Civilizations) übernahm den Titel in seine Schriftenreihe. Eine Dialoginitiative wurde gegründet, und schließlich erreichte die FES eine Anfrage nach Unterstützung. Ziel des Dialogprojekts ist die Ausbildung von Multiplikatoren für verschiedene Bereiche der iranischen Zivilgesellschaft wie Gesundheitswesen, Schule, Hochschule und Weiterbildung, Kultur und Politik. Inzwischen wurden mehr als 100 Personen ausgebildet. Kooperationspartner ist die Imam-Moussa-

Sadr-Stiftung. Das Dialogverfahren, in den USA entwickelt, wird auch bei gesellschaftlich-politisch brisanten Fragen wie Ökologie, interkulturelles Zusammenleben oder Terrorismus angewandt. Es geht bei der Methode vor allem darum, eingefahrene Dialogmuster zu durchbrechen und Bewertungen durch Beobachtungen zu ersetzen. Die bisherigen Fortbildungen fanden ein positives Echo: Die Presse berichtete ausführlich, Expräsident Khatami empfing die Gruppe und sagte seine persönliche Unterstützung zu.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Ralf Stegner besuchte im April Israel und die palästinensischen Autonomiegebiete, um seine sicherheitspolitischen Überlegungen mit Politikern und Experten aus dem Partnerspektrum der FES zu diskutieren. Im politischen Club der FES Israel hielt Stegner einen Vortrag über Menschenrechte und Terrorbekämpfung. Der Minister hob hervor, dass Europa an seiner Unterstützung

des palästinensischen Volkes festhalten wolle, aber dadurch nicht die Hamas stärken könne und wolle. Für eine direkte Zusammenarbeit mit einer von der Hamas geführten Regierung gäbe es in Europa keine Mehrheit, solange sich deren Politik nicht an den Kriterien des Nahostquartetts orientiert. (Bild Mitte, mit Rami

Nasrallah, Leiter des International Peace and Cooperation Centers bei einem Besuch am Sicherheitszaun in Jerusalem) + + +

+ + + Im Rahmen der Reihe „Shalom we Bitachon – Die Debatte um Frieden und Sicherheit in Israel“ fand zusammen mit der **Deutsch-Israelischen Gesellschaft** am 6. März in Berlin eine Veranstaltung mit David Glass, Rechtsberater der SHAS, statt. Die SHAS, eine ultra-orthodoxe Partei der orientalischen Juden, ist seit den Wahlen zur Knesset vom 28. März Teil der neuen Regierungskoalition. Für Glass sind angesichts des Wahlsiegs der Hamas drei Szenarien für die palästinensischen Gebiete denkbar: die militärische Option, die zum Bürgerkrieg führt, die pessimistische Option, in der sämtliche Dialogansätze vollständig zum Erliegen kommen und die optimistische Option, die von einer Neuausrichtung der Hamas durch die politische Verantwortung ausgeht. Er unterstrich die Notwendigkeit, sich mit seinen Feinden auseinander zu setzen, statt immer neue Konferenzen Gleichgesinnter zu veranstalten. + + +



Jemen: Internetcafé der FES besonders für Frauen

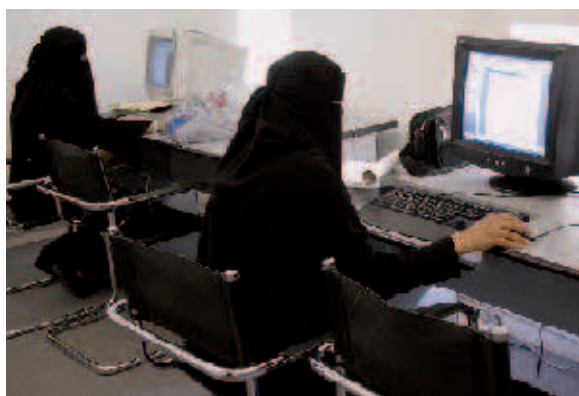
## Surfen in der Wüste

— DER ZUGANG ZUM INTERNET – für die meisten Westeuropäer eine ganz alltägliche Sache: im Jemen dagegen kann sich kaum jemand einen privaten Internetzugang zu Hause leisten und Internetcafés entstehen hauptsächlich in größeren Städten.

### Stärkung der Zivilgesellschaft

Hinzu kommt, dass die Kosten mit umgerechnet weniger als einem halben Cent pro Minute zwar für deutsche Verhältnisse niedrig sind, bei einem durchschnittlichen Arbeitslohn zwischen 80 und 100 Euro pro Monat für Jemeniten wiederum viel Geld bedeuten. Ein weiteres Problem ist, dass es die starke Geschlechtertrennung besonders jungen Studentinnen schwer macht, Zugang zum World Wide Web zu erlangen. Es ist nicht üblich, dass junge Frauen Cafés aufsuchen, in denen sich hauptsächlich Männer befinden, vor allem nicht alleine

und schon gar nicht abends oder nachts. Aber gerade für Studentinnen ist der Zu-



Zugang zum Internet: im Jemen bislang für Frauen keine Selbstverständlichkeit

gang zu den Informationen aus dem Internet besonders wichtig, denn Bücher sind teuer und es gibt nur wenig hinreichend ausgestattete Bibliotheken an den Universitäten. Darum bietet das Büro der FES im Jemen bereits seit 1999 ein kos-

tenloses Internetcafé in seinen Räumlichkeiten in der Altstadt von Sanaa an, mit fünf

Computern, einem Drucker – und mit immer mehr Erfolg. Das Café ist an drei Tagen in der Woche nur für Frauen geöffnet und an zwei Tagen für alle Studenten. Die Student/innen müssen sich nur am Empfang kurz registrieren las-

sen und können anschließend das Internet nutzen. Während in den Anfangsjahren nur etwa 35 Studentinnen durchschnittlich pro Monat das Café aufsuchten waren es 2004 und 2005 bereits fast 60 und in den ersten Monaten des Jahres 2006 kamen mehr als 90 Studentinnen monatlich. Arwa, eine 21-jährige Politikstudentin berichtet:

„Meine Familie erlaubt mir, alleine hierher zu kommen, weil sie weiß, dass es die Tage nur für Frauen im Café gibt. Ich habe jetzt auch eine eigene E-Mail-Adresse und kann mir Texte für meine Seminare ausdrucken. Das ist so wichtig für mein Studium.“

## Das deutsche Grundgesetz auf Arabisch

### Stärkung der Zivilgesellschaft

Im Rahmen eines Verfassungsberatungsprojektes, das die FES – erstmalig in der arabischen Welt – in Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen aus der irakischen Zivilgesellschaft durchführte, wurde das deutsche Grundgesetz erstmalig vollständig in arabischer Sprache herausgegeben. Mit dieser Verfassungsberatung konnten wichtige Impulse für die irakische Verfassungsdiskussion über Freiheit, Demokratie und Föderalismus geliefert und eine öffentliche Debatte im Irak über

die Verankerung dieser Werte in die neue irakische Verfassung angestoßen werden. Angesichts der breiten Reform- und Verfassungsdiskussion in der arabischen Welt wird das deutsche Grundgesetz in arabischer Sprache nicht nur im Irak, sondern in Zukunft auch in weiteren arabischen Staaten ein äußerst hilfreiches Instrument für die politische Bildungsarbeit sein. Gleichzeitig verbessert die Verfügbarkeit des deutschen Grundgesetzes in arabischer Sprache in Deutschland substantiell die Möglichkeiten deutscher Integrationspolitik.

## Politik mitbestimmen

### Stärkung der Zivilgesellschaft

Superwahljahr in den palästinensischen Autonomiegebieten: Zum Jahreswechsel 2005/06 fanden Präsidentschaftswahlen sowie die landesweit ersten Kommunalwahlen statt. Die im März 2006 folgenden Parlamentswahlen waren die ersten nach zehn Jahren. Für viele junge Menschen – etwa 20 % der Bevölkerung sind im Alter von 17 bis 24 Jahren – war dies der erste Gang zur Wahlurne. Die FES konzipierte daher gemeinsam mit dem langjährigen Partner HDIP (Health, Development, Information and Policy Institute) ein Programm zur Aufklärung und Mobilisierung dieser großen

Bevölkerungsgruppe. In insgesamt nahezu 300 Veranstaltungen sowie Sommercamps



Erstwähler des Jahres 2006: Studenten in Ost-Jerusalem (Foto: EC)

in der Westbank und im Gazastreifen diskutierten Jugendliche über den Stellenwert freier Wahlen und ihre Vorstellung von demokratischen Werten und Strukturen. Durch Planspiele lernten sie politische Abläufe und Funktionen politischer Gremien kennen. Das Thema Wählerregistrierung wurde hef-

tig diskutiert. Als Ergebnis erklärten sich insgesamt rund 350 Jugendliche bereit,

während der Registrierungsperiode in Zweiergruppen in ihren Gemeinden von Haus zu Haus zu gehen, um die Bevölkerung über die bevorstehenden Wahlen zu informieren. Um vor allem auch die weiblichen Haushaltsmitglieder zu erreichen, bestanden die Gruppen aus je einer Frau und

einem Mann. Auch nach den Wahlen geht die Arbeit weiter. Ein Netzwerk der damals geschulten jungen Leute organisiert regelmäßig Veranstaltungen zur politischen Bildung: Wie gewährleistet man Parteienpluralismus und Meinungsvielfalt? Wie können junge Leute in der Politik mehr Gehör finden? Wie demokratische Werte mit traditionellen Vorstellungen vereinbaren? Nur ein Projekt ist bisher gescheitert: ein Zusammentreffen von Jugendlichen aus Gaza und der Westbank – ein Wunsch, der bisher aufgrund der strengen Einreiseregulungen Israels nicht realisiert werden konnte.

### SCHULUNG WEIBLICHER GEMEINDERATSMITGLIEDER

## Gewählt – und nun?

### Stärkung der Zivilgesellschaft

Die Kommunal- und Parlamentswahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten brachten eine bisher nie da gewesene An-

zahl von Frauen in die entsprechenden Gremien. Mit jeweils über 10 % Frauenanteil ist ein Anfang gemacht. Grund für den Erfolg war eine Gesetzesänderung, die erstmals Quoten (auf kommunaler Ebene) bzw. feste Plätze in der nationale Liste für das Parlament vorsah. Der Einstieg wurde den Frauen nicht leicht gemacht. Zunächst wäre die Verabschiedung der entsprechenden

Gesetze im Parlament fast gescheitert. Nur dank intensiver Lobbyarbeit der Dachorganisation palästinensischer Frauenverbände (WATC) und durch die FES-Vertretung in Palästina konnten die

Gesetze durchgebracht werden.

Nach der Wahl gingen die Schwierigkeiten für die Frauen weiter. Vor allem die Kommunalpolitikerinnen waren weitgehend unerfahren im politischen Geschäft. Während sich Männer schnell in Netzwerken organisieren, finden sich Frauen innerhalb der kommunalen Gremien oft als Einzelkämpferinnen wieder, fühlen sich von Informationen ausgeschlossen und ohne Gehör. Zuweilen müssen in den Stadträten zunächst grundlegende Dinge geklärt werden wie z.B. das Abhalten von Gemeinderatssitzungen zu Zeiten, zu denen auch die Frauen teilnehmen

können – also nicht am späten Abend, an dem sich Frauen nicht mehr auf der Straße zeigen können.

Familiärer Druck, soziale Kontrolle, mangelnde Kenntnisse und Erfahrungen, aber auch finanzielle Aspekte hindern Frauen in den palästinensischen Gebieten daran, sich politisch zu engagieren. Um dies zu verändern, müssen Frauen und Männer gemeinsam traditionelle Vorstellungen auf den Prüfstand stellen. Gleichzeitig ist es wichtig, Frauen Kompetenzen und Fähigkeiten an die Hand zu geben, damit sie sich auf der politischen Bühne durchsetzen können. Dabei kann

die Friedrich-Ebert-Stiftung sie unterstützen. Gemeinsam mit WATC führt die Stiftung seit 2005 ein Trainingsprogramm für neugewählte Gemeinderätinnen durch. Neben der Vermittlung von Fach- und Managementkompetenzen wird so auch die Netzbildung untereinander und mit erfahreneren Politikerinnen gefördert. Ein wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt der Schulungen ist das gendersensible Budgetieren des Kommunalhaushalts: Wie kann eine gerechtere Mittelvergabe erreicht werden? Die Leiterin von WATC, Rose Shomali, bleibt jedoch hier nicht stehen: „Um diese

Themen in den Kommunen zu verankern, müssen wir die Männer gewinnen. Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu erzielen darf nicht nur „Frauensache“ sein.“ Mit fünf Weiterbildungs- und Begegnungszentren für Frauen in der Westbank und in Gaza will die Frauenorganisation WATC, mit Unterstützung der FES, zudem Frauen die Möglichkeit geben, Internet- und Computerkurse sowie andere berufsqualifizierende Schulungsmaßnahmen zu besuchen und gleichzeitig Beratung in Rechtsfragen und die Möglichkeit zum persönlichen Austausch zu erhalten.

## Frauenkalender für die arabische Welt

Stärkung der Zivilgesellschaft

Mit einer Kombination

von Nützlichkeit und Information, will der Frauenkalender des FES-Referats Mittlerer und Naher Osten schon seit 2002 einen Beitrag zur Frauenarbeit im arabischen Raum leisten. Der Kalender bietet neben internationalen Abkommen, Frauenrechtskonventionen und Frauennetzwerken auch z. T. landesspezifische Informationen sowie solche über NRO-Kontakte und deren Arbeitsschwerpunkte. Die erste Ausgabe wurde von Dr. Aida Seif El Dawla, einer bekannten ägyptischen Menschenrechts- und Frauenaktivistin, entworfen.



Thema des Kalenders war 2004 „Gewalt gegen Frauen“, 2005 „Frau und Kultur“ und 2006 „Frauen in der Rechtsprechung“. Diese letzte Ausgabe nahm je zwei Länder aus den Subregionen der arabischen Welt als Fallbeispiele: Marokko und Tunesien aus dem Maghreb, Libanon und Ägypten aus dem Mashreq, Kuwait und Bahrain aus dem Golfgebiet.

Der Frauenkalender wird über die Büros des FES in Tunesien, Algerien, Marokko, Libanon, Jordanien, Palästina, Jemen und Sudan verteilt. Für die künstlerische Gestaltung der letzten drei Kalender war Tharwat El Bahr zuständig.

FES fördert Sozialen Dialog  
und Schulung von  
Betriebsräten

# Israel: Gewerkschaftsar- beit mit großer Bandbreite

**HISTADRUT IST DAS HEBRÄISCHE WORT FÜR ORGANISATION.** Wenn jedoch in Israel von „der Histadrut“ gesprochen wird, dann weiß jeder sofort worum es geht: Seit 1920 hatte die Histadrut als Gewerkschaft, als Wirtschaftskonzern, als Krankenversicherung und als Bildungs- und Kulturinstitution der Arbeiterbewegung eine zentrale Rolle inne.

## Wirtschafts- und Sozialpolitik

Seit 1994 ist die Histadrut „nur“ noch eine Gewerkschaft, die u.a. den Anforderungen der ökonomischen Internationalisierungstendenzen gerecht werden muss. Seitdem kommt den Betriebsräten eine immer größere Bedeutung zu. Seit einigen Jahren beteiligt sich die FES aktiv an der Schulung von Betriebsräten. Fast am laufenden Band werden die Kollegen – Frauen und Männer aus dem ganzen Land, Juden wie Araber, Säkulare wie Religiöse, Emigranten wie alteingesessene Israelis – mit den Inhal-

ten und der Methodik effizienter Betriebsrätarbeit vertraut gemacht. Neben den „klassischen“ Themen, wie Arbeitsbeziehungen, Verhandlungsführung, sowie Volks- und

erster Linie auf das deutsche Modell betrieblicher Mitbestimmung eingegangen, das auch in Israel auf große Bewunderung stößt.

Die Förderung des So-

wurde zwischen der FES und der neuen Histadrutspitze vereinbart, in Zukunft noch mehr Gewicht auf die Professionalisierung junger Gewerkschafter zu legen. Die FES fördert seit Jahren israelisch-deutsche Workshops und Seminare für Auszubildende und deren gewerkschaftliche Interessensvertreter. Diese gelten heute als Modell deutsch-israelischer Begegnungsmaßnahmen, da sie konkrete Ansätze zukunftsorientierter Beziehungen der beiden Völker anbieten, ohne dabei die schmerzvolle gemeinsame Geschichte auszublenden.



Israelische TeilnehmerInnen einer von der FES unterstützten Betriebsräteschulung.

Betriebswirtschaft, bringt die FES vor allem auch die internationale Komponente ins Spiel. Dabei wird in

zialen Dialoges ist auch ganz im Sinne des neuen Vorsitzenden der Histadrut, Ofer Eini. Deshalb

## FRAUENPARLAMENT IN ISRAEL

# Gegen soziale Ungerechtigkeiten

## Wirtschafts- und Sozialpolitik

Pessimismus dominierte das 33. Frauenparlament, das sich

mit der Situation von Frauen auf dem israelischen Arbeitsmarkt befasste. Die Rednerinnen beschrieben hierbei eine für einen

Industriestaat wie Israel höchst problematische Situation: Oftmals auf Stundenbasis angestellt, sind für viele Frauen die

Arbeitsbedingungen in Israel sehr schlecht. Sie werden zu unbezahlten Überstunden gezwungen und bringen am Ende des Mo-

nats nur einen geringen Lohn nach Hause. Bestehende Arbeitsschutzgesetze werden in vielen Fällen nicht eingehalten, da es für Arbeitgeber oft billiger ist, eventuelle Strafen in Kauf zu nehmen, als ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den ih-

nen zustehenden Mindestlohn zu bezahlen. Die Aufmerksamkeit auf soziale Ungerechtigkeiten zu lenken, ist Aufgabe des israelischen Frauenparlaments. Es sieht sich als eine Plattform für kritische und feministische Debatten über

den politischen und gesellschaftlichen Diskurs in Israel. Seit der Gründung 1999 werden mit ideeller, organisatorischer und finanzieller Unterstützung durch die FES jährlich sechs Frauenparlamente abgehalten, die sich mit The-

men wie Staatshaushalt, Erziehungs- und Sozialpolitik bis hin zu Terror und Krieg, Berichterstattung der Medien und Korruption beschäftigen

MEHR ZUM THEMA

[www.fes.org.il](http://www.fes.org.il)

## LIBANON

# Gewerkschaften im Abseits

### Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die ersten libanesischen Gewerkschaften wurden in den 20er Jahren gegründet und zeichneten sich – im Gegensatz zu den Gewerkschaften vieler anderer arabischer Länder – vor allem durch eine freie, demokratische und unabhängige Geschichte aus. Anfang der 1970er Jahre wurde der Gewerkschaftsdachverband „Confédération Générale des Travailleurs au Liban“, kurz CGTL, gegründet, der damals 18 Gewerkschaften umfasste. Während des Bürgerkrieges war der Dachverband die einzige Organisation, die alle konfessionellen Gruppen und politischen Strömungen repräsentierte und wurde somit zum Symbol

der nationalen Einheit. Allerdings dauerte es nicht allzu lange bis auch der libanesische

ten seither die Arbeit des Dachverbandes. Seit Ende 2003 versucht die FES den all-



*Ein Land im Umbruch: Zivilgesellschaftliche Gruppierungen und OppositionspolitikerInnen aus dem Partnerspektrum der FES bewirkten im Rahmen der sog. Zedernrevolution im Frühjahr 2005 den Rückzug syrischer Truppen aus dem Libanon und die planmäßige Durchführung von Parlamentswahlen.*

Gewerkschaftsverband zu einem Schauplatz für konfessions- und machtpolitische Balanceakte wurde. Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich der CGTL endgültig zum Spielball der Politik. Nötige Reformen wurden verschleppt und der Dachverband verlor an Einfluss. Parteipolitische und persönliche Konflikte überschatteten

gemeinen Reformwillen zu unterstützen, z.B. durch Vermittlungen zwischen dem Dachverband und den einzelnen Gewerkschaften. Allerdings gestaltete sich die Zusammenarbeit nicht immer einfach und trotz der Reformversuche hat es der CGTL bisher nicht geschafft, wieder zu einem sozialpolitischen Akteur zu

werden. Daher konzentriert sich die Gewerkschaftsarbeit der FES gemeinsam mit dem 2001 mit Hilfe der FES gegründeten unabhängigen Trainingsinstitut LTUTC (Lebanese Trade Union Training Center) auf Fortbildungsmaßnahmen für Einzelgewerkschaften. Anfang des Jahres 2006 zeichneten sich noch weitere Veränderungen ab. Die Dominanz der beiden libanesischen Parteien Hizbullah und Amal verhindert zur Zeit eine von der ILO geforderte Reform des Dachverbandes – es wird sogar der Ausschluss aus dem Internationalen Gewerkschaftsverband diskutiert. Die FES wird deshalb zukünftig Entwicklungen in Richtung eines alternativen Gewerkschaftsdachverbandes unterstützen.

## Arbeitskräfte auf Abruf

### Wirtschafts- und Sozialpolitik

Aus Sicht der südlichen Mittelmeerländer ist die Globalisierung eine Bedrohung, die



Partner des FES in Tunesien: Die Wochenzeitschrift „Realités“

die über Jahrtausende gewachsenen euro-mediterranen Beziehungen in ihrer Substanz bedroht. Die

Überlagerung des Barcelona-Prozesses durch die Europäische Nachbarschaftspolitik, die nicht den Interessen der südlichen Mittelmeerländer entspreche, verstärkt den Eindruck, Europa wende dem Mittelmeer den Rücken zu und orientiere sich verstärkt gen Osten, von den neuen EU-Mitgliedstaaten über die östlichen Nachbarn bis nach China und Indien. So die Einschätzungen von Teilnehmern einer Expertenrunde, zu der die FES und die tunesische Wochenzeitschrift *Réalités* seit fast zehn Jahren Vertreter Europas und der südlichen Mittelmeeranrainer einmal im Jahr einladen. Es sei jedoch in Europas eigenem strategi-

sehen Interesse, eine besondere Beziehung zu den südlichen Mittelmeeranrainern zu pflegen. Denn in diesen Ländern stünden viele junge, relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung, die Europas „demographisches Defizit“ ausgleichen könnten. Sollte dieser Generation der Weg nach Europa dagegen versperrt werden, seien erhebliche soziale Probleme unvermeidlich. Die mögliche politische Destabilisierung müssten europäische Entscheider bereits heute berücksichtigen. Die europäischen Experten riefen dagegen dazu auf, eine konkrete Analyse der gemeinsamen Interessen und Möglichkeiten vorzunehmen. Die Länder

des südlichen Mittelmeerraumes müssten ihre Anstrengungen verstärken, ihren Platz in der sich stets verändernden globalen Wirtschaft neu zu finden. Die Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik erlaubten maßgeschneiderte, länderspezifische Programme, die für Länder wie Tunesien oder Marokko von Vorteil seien. Das Forum International de *Réalités* hat sich in Tunesien als einer der wichtigsten Orte der öffentlichen Diskussion internationaler Politik etabliert. Vertreter der Regierung sind stets aktiv beteiligt, in diesem Jahr war z.B. der tunesische Außenminister zu Gast.

### FES + + + TELEGRAMM

+++ „Marokko im Jahr 2025“ lautete die Überschrift einer mehrstufigen Dialogreihe, zu der das FES-Büro in Rabat Vertreter/innen aller relevanter parlamentarischer und außerparlamentarischer Parteien zusammengebracht hatte. Szenarien für die Felder Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion wurden dabei entwickelt, ohne die Optionen außer Acht zu lassen, wie diese zu erreichen bzw. zu verhindern wären. Für den Prozess war es dabei von höchster Bedeutung, dass es gelang, sowohl die im Parlament vertretene islamistische Partei PJD als auch die einflussreiche islamistische Bewegung „Wohlstand und Gerechtigkeit“ zu beteiligen. +++

### VORANKÜNDIGUNG

Unter dem Motto „Vielfalt in der Einheit – Einheit in der Vielfalt“ veranstaltet die FES vom 17. bis 19. September 2006 in Berlin die „Tage der Arabischen Welten“. Anlass für diese Veranstaltung sind die fünfzig- bzw. sechzigjährigen Unabhängigkeitsjubiläen zahlreicher Länder der Region. So erlangten Marokko, Tunesien und der Sudan im Jahr 1956 ihre Unabhängigkeit, während Syrien und Jordanien bereits zehn Jahre früher die Fesseln der Kolonialmächte hinter sich ließen.

## Gaza nach dem Abzug

Seit dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen haben knapp 300 Warenlieferungen aus Ägypten den ägyptisch-palästinensischen Grenzübergang Rafah passiert. In der Gegenrichtung gelangten bisher nur zwei Warenlieferungen aus dem Gazastreifen nach Ägypten. Dies geht aus dem letzten Report des Nahostquartett-Abgesandten, James Wolfensohn, hervor. De facto hat sich die Lage nach dem israelischen Abzug verschlechtert. UN, Weltbank und internationale NGOs fordern bereits seit geraumer Zeit, dass der Gaza-Streifen seine Handelsbeziehungen zu Ägypten ausbaut und sich ökonomisch unabhängig von Israel entwickelt. Der Gaza-Streifen ist zwischen 1948 und dem Sechstagekrieg 1967 ägyptisch verwaltet worden; daher hat es immer wieder Versuche gegeben, die wirtschaftliche Verflechtung mit seinem ägyptischen Nachbarn zu verstärken.

Vom 25. Februar bis 3. März organisierte

die Vertretung der FES in den Palästinensischen Autonomiegebieten zusammen mit der FES-Ägypten ein Treffen von Wirtschaftsexperten beider Seiten. Vertreter von Handelsministeri-



*Weit von der Normalität entfernt: palästinensische Händler hoffen auf verstärkten Austausch mit den Nachbarländern (Foto: EC/C. Gofas).*

en, Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen sprachen über Möglichkeiten des stärkeren Austauschs, z.B. in Form von Industrie- und Handelsmessen. Weiter könnten Handelsbeziehungen durch eine Art Freihandelszone mit Produktnormen und Zollbefreiungen vereinfacht und palästinensische Waren über ägyptische Transitwege in die Golfregion transportiert werden. Dies alles sind Punkte, die bereits in zahlreichen Verträgen aus der Zeit vor der Intifada fest-

gehalten wurden – neben der ägyptischen und palästinensischen Seite auch von Israel unterzeichnet.

Um die konkreten Handelsmöglichkeiten auszuloten, kommen

im Sommer ägyptische und palästinensische Wirtschaftsvertreter auf einer dreitägigen Konferenz in Gaza zusammen, die von der palästinensischen Organisation für Wirtschaftsförderung Pal-Trade und der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgerichtet wird. Kurz vor seiner Abreise hatte Wolfensohn noch einmal betont, dass sich die Wirtschaft im Gazastreifen nur erholen kann, wenn neben dem Rafah-Grenzübergang auch der Hafen und der Flughafen wieder betrieben werden. Ra-

fah wird von europäischen Sicherheitskräften überwacht, nach internationalen Vereinbarungen sollen hierüber Waren nach Gaza eingeführt werden. Alle anderen Vereinbarungen, wie die Zusage, Exporte aus Gaza über Kerem Shalom nach Ägypten abzuwickeln, wurden von Israel nicht eingehalten. Gleichwohl wurde von palästinensischer Seite betont, dass es keine Alternative zur Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zu Israel gebe. Die Friedrich-Ebert-Stiftung verfolgt deshalb den Ansatz parallel und gegenüber allen Seiten transparent auch die israelisch-ägyptischen Beziehungen zu intensivieren. So besuchte im September 2005 die erste ägyptische Wirtschaftsdelegation seit Beginn der zweiten Intifada auf Initiative der FES Israel. Auf diese Weise wird die ägyptische Vermittlerrolle im Nahost-Konflikt auch im wirtschaftlichen Bereich gestärkt.

14. deutsch-französische  
Strategiegespräche in Paris

## Prüfsteine für das „Europäische Modell“

— ALS PRÜFSTEIN FÜR DAS „EUROPÄISCHE MODELL“ bezeichnete der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, die Krise um die nuklearen Ambitionen des Iran. Dieses Modell sieht eine diplomatische und damit friedliche Lösung des Konflikts zwischen der internationalen Gemeinschaft und Teheran vor und will unter allen Umständen eine militärische Option vermeiden.

Um die europäische Lösung durchzusetzen, bedarf es nach den Worten Erlers der Geduld, Standhaftigkeit und Einigkeit. Es geht nicht nur um den Iran, sondern um die universelle Geltung des Vertrages über die Nichtverbreitung atomarer Waffen; die iranische Krise könne leicht zum Sprengsatz für diesen Vertrag werden. Das Wichtigste sei, dass kein Keil zwischen die mit dem Iran verhandelnden Mächte getrieben werde.

Erler äußerte sich auf den 14. deutsch-französischen Strategiegesprächen, die am 4. und 5. Mai in Enghien-

les-Bains bei Paris stattfanden. Diese Gespräche finden zweimal jährlich abwechselnd in Deutschland

und Frankreich statt und werden vom Pariser Büro der FES gemeinsam mit dem Institut für internationale und strategische Beziehungen (IRIS)

veranstaltet. Vor Erler hatte der strategische Berater im französischen Außenministerium,

Philippe Carré, für den Fall mangelnder Kooperationsbereitschaft des Iran vor einer „Rutschbahn“ in irakische Verhältnisse gewarnt. Hingegen sah der Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt, eine veränderte Situation gegenüber der Irakkrise; heute sei die transatlantische Lage wesentlich besser und Europäer und Amerikaner zögen im Falle

Iran an einem Strang. Neben Iran wurde auch die bevorstehende europäische Mission im Kongo unter dem Gesichtspunkt der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) behandelt. Der Leiter des Zentrums für internationale Friedenseinsätze in Berlin, Winrich Kühne, plädierte in diesem Zusammenhang für eine wesentlich größere Zahl von Wahlbeobachtern, um einem erneuten Ausbrechen der Krise vorzubeugen. Der französische General Christian Charles Falzone betonte, die ESVP sei nicht „die Fortsetzung der französischen Afrikapolitik mit anderen Mitteln“, eine Einschätzung, der Erler insofern zustimmte, als er eine zunehmende Konvergenz der deutschen und französischen Interessen auf dem schwarzen Kontinent konstatierte.



Erläuterte die deutsche Haltung zur Irankrise: Staatsminister Gernot Erler vor dem Cercle stratégique franco-allemand in Paris (daneben Pascal Boniface, Direktor des IRIS und Philippe Carré, strategischer Berater im Außenministerium).

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Wie kann unfairer Steuerwettbewerb in der EU bekämpft werden? Welche Grundlagen gibt es für eine einheitliche Unternehmenssteuer? Unter der Überschrift „**Zukunftsfragen der Unternehmensbesteuerung im Binnenmarkt**“ setzten sich am 3. Mai die Mitglieder der AG Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion mit Experten Brüsseler Forschungszentren im FES-Europabüro Brüssel auseinander. + + +

## Wettbewerb nach unten verhindern

„Wir müssen das Europäische Sozialmodell mit Leben erfüllen“, so lautete die Eingangsthese der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB, beim ersten trilateralen Parlamentarier-Dialog am 23. März in Prag. Sozialdemokratische Abgeordnete und Experten aus Tschechien, der Slowakei und Deutschland waren der Einladung der FES-Prag gefolgt, um erstmals gemeinsam über die Zukunft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu diskutieren. Dabei stand die Verständigung über gemeinsame Werte und

politische Lösungsansätze im Mittelpunkt, um den sozialen Zusammenhalt in Europa zu stärken und „einen Wettbewerb nach un-



Prager Runde: der erste tschechisch-slowakisch-deutsche Parlamentarierdialog bei der FES.

ten“ zu verhindern. In diesen Zielen waren sich die hochrangig vertretenen tschechischen und slowakischen Teilnehmer mit den deutschen Gästen einig, denn auch in den neuen EU-Mit-

gliedsstaaten wie Tschechien und der Slowakei wächst der Reformdruck, die „Kluft des Wohlstandes“ einzudämmen.

Nötig sei daher, so die übereinstimmende Meinung der Teilnehmer aus allen drei Ländern, eine „Globalisierung sozialer Sicherheit“. Damit unvereinbar sei die von konservativer Seite in

Tschechien und der Slowakei propagierte Flat-Tax, aber auch eine Politik der Steuerdumpings zur Erzielung einseitiger Wettbewerbsvorteile. Spannend, weil kontroverser, verlief die Diskussion über aktuelle Fragen der EU-Politik wie z.B. die Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die die Tschechen aufheben, die Deutschen dagegen (noch) beibehalten wollen, und die Konkretisierung der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Ein Kompromiss im Grundsätzlichen deutete sich hier mit dem diskutierten Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ an.

## „Rosinenpicken“ als Ausweg?

Die Gründe für die Ablehnung der europäischen Verfassung durch die Franzosen seien einerseits die Unzufriedenheit mit einem wenig transparenten und zu sehr wirtschaftsliberalen Europa, andererseits die schlecht erklärten Erweiterungen der

Union gewesen. Dies erklärte der Europaparlamentarier und frühere Europaminister Pierre Moscovici auf einer Veranstaltung des deutsch-französischen FES-Gesprächskreises „Politik und Gesellschaft“ zum europäischen Verfassungsreferendum am

2. März in Paris. Kein Zweifel bestand in der Runde daran, dass sich in der Ablehnung der Verfassung eine europäische Krise manifestiere. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Angelica Schwall-Düren mahnte an, in der Frage der Verfassung po-

sitive Signale für die Staaten zu setzen, die noch nicht ratifiziert hätten. In diesem Sinne äußerte sich auch die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn, die darauf hinwies, wie wichtig es sei, den Bürgern Antworten auf ihre Ängste zu geben. Der Europa-

abgeordnete Benoît Hamon forderte, das französische „Nein“ zum Anlass zu nehmen, über ein langfristiges soziales Europa nachzudenken, statt nach kurzfristigen Abschwächungen der liberalen Welle zu suchen. Alle Beteiligten waren sich einig, dass die erneute Abstimmung der französischen Bürger über den

gleichen Verfassungstext keine Option darstellen könne. Auch eine komplette Neuverhandlung erscheine nicht realistisch. Zwischen diesen beiden Extremen zeigte Moscovici weitere mögliche Lösungswege auf. Eine Möglichkeit sei das „Rosinenpicken“, also die Übernahme der zustimmungsfähigen Teile des Vertra-

ges. Angelica Schwall-Düren favorisierte aber die von ihm ebenfalls aufgezeigte Möglichkeit eines Sozialvertrages, welcher eine sozialere Gestaltung der Verfassung ermögliche. Im zweiten Teil des Treffens forderte der französische Parlamentarier Jean-Louis Bianco zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ge-

meinsame europäische Anstrengungen in den Bereichen Ausbildung, Beschäftigungspolitik, Forschung und Innovation. Aus Sicht von Schwall-Düren müssten auch im fiskalischen Bereich gemeinsame Ziele festgelegt werden, etwa in der Finanzierung der Sozialsysteme oder der Besteuerungsgrundlagen.

PODIUMSDISKUSSION IN BRÜSSEL ÜBER EUROPAS AUßENPOLITISCHE STÄRKE

## Mit „sanfter Gewalt“

Die EU ist ein globales ökonomisches Schwerpunkt: mit 20% Anteil am Welthandel und einem Viertel des globalen Wohlstands ist sie der größte Wirtschaftsblock der Welt und der größte Geber von Entwicklungshilfe. Außenpolitisch sucht die EU aber nach wie vor noch ihre Rolle. Welchen Stellenwert hat die EU in der Welt? Welche Werte vertritt die EU außerhalb ihrer Grenzen? Mit welchen zivilen wie auch militärischen Mitteln kann die EU diesen Werten zur Geltung verhelfen? Mit diesen Themen beschäftigten sich zwei Konferenzen des Europabüros Brüssel: eine Podiumsdiskussion am 25. April gemeinsam mit dem Think-Tank

„Friends of Europe“ und eine internationale Konferenz am 4. und 5. Mai mit GRIP, einem belgischen Forschungsinstitut und dem belgischen königlichen Institut für In-

soren und Forscher aus Nahost, Senegal, Pakistan, den USA und der EU.

Die Außenpolitik der EU ist bisher nahezu ausschließlich durch zivile Instrumente ge-

dem Balkan, im Kaukasus, in Afghanistan und auch im Irak. Dieses Engagement wurde von allen Teilnehmern als wichtiger Kontrast zur „hard power“ der USA gesehen. Es sei wichtig, so die einhellige Meinung, dass die EU ihre Werte mit mehr Selbstbewusstsein ausdrückt. Angesichts des Ausgangs der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden ist aber der im Verfassungsvertrag vorgesehene „europäische Außenminister“ vorerst in weite Ferne gerückt. Nur ein in den Verträgen verankerter Außenminister kann Europas Politik mit dem notwendigen Durchsetzungsvermögen vertreten.



Als naiv bezeichnete Eneko Landaburu (im Bild vorn), Generaldirektor für Außenbeziehungen der Europäischen Kommission, die Erwartung, die EU könne nur durch ihre „soft power“-Politik globaler außenpolitischer Akteur werden. (Foto: FES)

ternationale Beziehungen. Sprecher waren unter anderem Robert Cooper, ehemaliger Berater von Tony Blair, der belgische Verteidigungsminister André Flahaut sowie Profes-

kennzeichnet, so z.B. die breit gefächerten Dialoge mit China, Indien und Brasilien sowie die Beiträge der EU zum Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen auf

Erwartungen an die  
UN Peacebuilding  
Commission

# Ein neues Element in der UN-Architektur

— IMMER WENN AUF DER WELT DIE ALARMGLOCKEN SCHRILLEN, wird auf die Vereinten Nationen geblickt, denen bei der Beilegung von Konflikten und beim Aufbau staatlicher Strukturen eine Schlüsselrolle zufällt.

Doch etwa die Hälfte der in den vergangenen zwanzig Jahren befriedeten Konflikte sind binnen fünf Jahren wieder ausgebrochen. Die Konflikte in Ländern wie z.B. Haiti oder Osttimor zeigen deutlich, dass Sicherheit und Frieden auf Dauer nicht erzwungen werden können, sondern durch den Aufbau leistungsfähiger Institutionen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse entwickelt werden müssen. Aufbauhelfer vom Kosovo bis Afghanistan haben immer wieder beklagt, dass der UNO ein „institutionelles Gedächtnis“ fehle, das die Erfahrungen der unterschiedlichen Gliederungen der Weltorganisation bei Krisenprävention, Friedenserhaltung, Wiederaufbau und langfristiger Entwicklung bündeln kann. Um diese Lücke zu schließen, haben die UN-Generalversammlung und der UN Sicherheitsrat die Gründung einer Peace-

building Commission beschlossen. Einerseits soll sie ein Forum für UN-Mitgliedsländer sein, in dem diese die

jeweiligen Prozesse der Friedenskonsolidierung kontinuierlich begleiten und bei der Entwicklung von geeigneten Strategien mitwirken können. Andererseits soll sie als „runder Tisch“ fungieren, an dem die in und außerhalb der UN an einem Post-Konflikt-Prozess beteiligten Akteure zusammenkommen. Der Beschluss der Gründung der Kommission, das erste substanzielle Ergebnis des UN-„Weltgipfels“ im September 2005, wurde weitgehend positiv be-

wertet, doch müssen noch eine Reihe von Problemen diskutiert werden – nicht zuletzt auch die Frage, wie die

Zivilgesellschaft beteiligt werden kann. Die FES hat sich bereits 2005 mit zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen intensiv an der UN-Reformdebatte beteiligt. 2006 führt sie dieses Engagement mit einem Schwerpunkt auf die Gründungsphase der Peacebuilding Commission fort. Der erste Schritt war eine gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführte Veranstaltung im Dezember 2005 in New

York, auf der UN-Botschafter und Vertreter des UN-Sekretariats, von Regierungen und NGOs ihre Erwartungen an die Arbeit der Peacebuilding Commission formulierten. Im Frühjahr 2006 wurde auf einer Konferenz in Bonn diskutiert, wie die Genderperspektive in der Arbeit der Peacebuilding Commission verankert werden kann. Thelma Ekiyor vom „Center for Conflict Resolution“ der Universität Kapstadt wies dort darauf hin, dass die Umsetzung der UN-Resolution 1325 auch dazu dienen könnte, Jahrzehnte des Ausschlusses von Frauen zu korrigieren: „Die Kommission kann nur erfolgreich arbeiten, wenn die Beteiligung von Frauen als Thema menschlicher Sicherheit betrachtet wird.“

## MEHR ZUM THEMA

Catherine Guicherd: Picking up the pieces: What to expect from the Peacebuilding Commission, FES briefing paper, Januar 2006 [www.fes.de/globalization](http://www.fes.de/globalization)

## Denksport für Think-Tanks

Angesichts der anhaltenden Krise Europas sei es eine ernsthafte Aufgabe für „Think-Tanks“ wie die politischen Stiftungen der Frage nachzugehen, ob der Vertrag von Nizza eine ausreichende Grundlage für die Zukunft der EU biete. Diese „Denksportaufgabe“ stellte der Bundestagsabgeordnete Michael Roth bei einem Vortrag am Pariser Institut für internationale und strategische Fragen (IRIS) am 14. März, der mit Unterstützung des Pariser FES-Büros zustande kam. Roth plädierte für eine Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses, denn 14 Staaten mit über 50 Pro-

zent der EU-Bevölkerung hätten bereits ratifiziert. Allerdings sah er wenig Chancen, dass sich vor den französischen Wahlen im Jahr 2007 noch etwas bewege. Dennoch dürfe man die Zeit nicht ungenutzt vergehen lassen sondern solle Ideen entwickeln, wie das festgefahrene europäische Schiff wieder flott gemacht werden könne. Insbesondere gehe es darum, den Bürgern das Gefühl zu geben, dass Europa doch eine Antwort auf die Chancen und Risiken der Globalisierung sein könne.

LATEINAMERIKANISCHE JOURNALIST/INNEN BEI DER WELTHANDELSORGANISATION

## Genfer Einblicke

„Es war eine großartige Erfahrung, zusammen mit anderen Journalisten und Experten der WTO, ILO und NGOs die wirtschaftliche und auch soziale Dimension der Globalisierung zu diskutieren“, meinte Hinde Laura Pomeraniec von der argentinischen Tageszeitung „Clarín“. Sie war eine der 19 Journalist/innen aus insgesamt 15 lateinamerikanischen Ländern und Spanien, die vom 15. bis 19. Mai das FES-Informationseminar zum Welthandel in Genf besuchten. Zunächst erklärten Experten des WTO-Sekretariats komplexe Themen wie die Agrarverhandlungen der laufenden Doha-Entwicklungsrunde, das Abkommen über den

Schutz Geistiger Eigentumsrechte (TRIPS) oder den Streitschlichtungsmechanismus.



Regelmäßige Informationsrunden: die Journalistenseminare der FES-Genf haben bereits Tradition.

Den Höhepunkt stellte das Treffen mit WTO-Generalsekretär Pascal Lamy dar: Was passiert, wenn die Verhandlungen der Doha-Entwicklungsrunde scheitern? Wie ist die Strategie der USA, in zunehmendem Maße bilaterale Handelsabkommen abzuschließen, mit dem multila-

teralen Regelwerk der WTO vereinbar? Wie werden die Interessen von Entwicklungslän-

dern in der WTO berücksichtigt? Lamy antwortete den Journalist/innen offen und kritisch und betonte vor allem die Notwendigkeit des Abschlusses der laufenden Doha-Runde: „Eine Organisation, die nicht fähig ist, sich innerhalb von 15 Jahren neue Regeln zu geben,

scheint mir nicht zeitgerecht zu sein.“

Bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurde die soziale Dimension der Globalisierung thematisiert. Experten der ILO, der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und des UN-Menschenrechtskommissariats (OHCHR) diskutierten mit den Journalist/innen über die Regelung internationaler Migration, das Zusammenspiel von bilateralen, regionalen und multilateralen Handelsverträgen und den Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Handel.

fes.geneva@economy.ch

# Menschenrecht auf soziale Sicherheit?

Wer die Debatten um die Reform sozialer Sicherungssysteme verfolgt, kann ermessen, welche Aufgaben und Probleme sich den Stellen, die sich daran machen, hier einen universellen, menschenrechtlichen Ansatz zu definieren. Genau dies, nämlich die Erarbeitung eines „General Comments“ (Allgemeine Bemerkungen) zum „Right to Social Security“, hat sich der 18-köpfige UN-Ausschuss für den Sozialpakt unter der Federführung von Prof. Eibe Riedel (Deutschland) und Maria Virginia Bras Gomes (Portugal) zur Aufgabe gemacht. Nach fast zweijähriger Vorarbeit mit Unterstützung des FES-Büros Genf durch Expertengespräche auf verschiedenen Ebenen wurde am 15. Mai ein umfangreicher Entwurf vorgelegt und unter Beteiligung insbesondere der ILO und der International Social Security Association/ISSA von internationalen Experten im „Palais des Nations“ in Genf diskutiert. Nach Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind

weniger als 20 Prozent der Weltbevölkerung in soziale Sicherungssysteme eingebunden,

eine wachsende Mehrheit insbesondere in „informellen“ Wirtschaftssektoren verfügt über keinerlei Schutz gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Arbeitslosigkeit und über keine Altersvorsorge.

Während einerseits Armut, Ressourcenknappheit, aber auch Strukturanpassungsprogramme den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen limitieren, sind auch die Sozialsysteme in fortgeschrittenen Ländern durch Veränderung der Arbeitsverhältnisse, Sozialreformen und Privatisierungsprogramme komplexen Veränderungen unterworfen. Vor die-

sem Umfeld universell gültige Minimalstandards zu definieren, die als „Menschen-

recht“ anerkannt werden, erscheint als ein kaum lösbares Unterfangen.

Kann unter einem menschenrechtlichen Ansatz jedes soziale Risiko subsumiert werden? Wie korres-

pondiert das „Recht auf soziale Sicherheit“ mit dem „Recht auf Entwicklung“? Wie kann „Hilfe zur Selbsthilfe“ gefördert werden? Was ist die Rolle des Staates? Wie kann Politik betrieben werden, die soziale Sicherheit durch Zugang zu Arbeit, Beschäftigung und produktivem Einkommen fördert? Die Stellungnahmen der eingeladenen Experten, aber auch die Diskussionsbeiträge der UN-Kommission machten deutlich, dass bis zur Verabschiedung des 20. General Comments „Right to Social Security“ noch ein weiter Weg zu gehen ist.

## FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die EU steht vor wachsenden Anforderungen bei der **Durchführung von Friedens- und Stabilisierungsmissionen**. Für den Erfolg dieser Missionen ist nicht nur die militärische, sondern auch die zivile Seite entscheidend: Polizisten über Richter bis hin zu Verwaltungsfachleuten spielen dabei zentrale Rollen. Die Frage, wie sich die EU auf diese Anforderungen vorbereiten sollte, stand im Zentrum einer Veranstaltung, die die FES in Zusammenarbeit mit dem Londoner Institute for Public Policy Research am 17. Mai in London durchführte. Vertreter europäischer Agenturen für zivile Friedenseinsätze – wie der Leiter des Berliner ZIF Winrich Kühne – nahmen daran ebenso teil wie Politiker, Ministerialbeamte und Akademiker aus Deutschland und Großbritannien. + + +

## Noch viel Gesprächsbedarf

Als im vergangenen Jahr Frankreich und die Niederlande gegen die Annahme der EU-Verfassung stimmten, feierten nicht nur die dortigen Europaskeptiker. Die Ablehnung befreite, so die Sicht der britischen Regierung, sie selbst davon, in ein ähnliches Referendum im eigenen Land zu gehen.

Um so erstaunter reagierte Medien und Politik auf der Insel

nun, als aus Deutschland Signale kamen, die deutsche EU-Präsidenschaft 2007 dazu zu nutzen, das Projekt wieder auf den Weg zu bringen. Angesichts dieser unterschiedlichen Sicht der Dinge lud die FES-London die SPD-Europapolitikerin Angelica Schwall-Düren Mitte Mai zu einem Streitgespräch nach London. Auf der in Zusammenarbeit mit dem La-

bour-Think-Tank „Institute for Public Policy Research“ durchgeführten Veranstaltung diskutierte Schwall-Düren mit dem ehemaligen Europa-Minister Denis MacShane und britischem Publikum über die Zukunft der Verfassung. Während die deutsche Bundestagsabgeordnete für die Fortsetzung der Suche nach einem dem Verfassungsentwurf entsprechenden Rah-

men für die europäische Politik plädierte, schlug der britische Unterhausabgeordnete in eine völlig andere Kerbe: Die Verfassung sei tot, die Kontinentaleuropäer sollten ihre „nekrophilen Rituale“ beenden und sich stattdessen darauf konzentrieren, das europäische Projekt durch konkrete Fortschritte in relevanten Politikfeldern voranzutreiben.

## Ratlosigkeit und Widersprüche

Ehrenmorde, Zwangsehen, parallelgesellschaftliche Strukturen und überdurchschnittliches Schulversagen haben in vielen europäischen Ländern wachsende Zweifel am Integrationswillen von Muslimen entstehen lassen. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung des FES-Arbeitsbereiches für interkulturellen Dialog und des Büros London in Berlin wurden am 4. Mai die Erfahrungen Deutschlands, Großbritanniens, der Niederlande und Frankreichs bei der Integration junger

Muslimen in das jeweilige Bildungssystem verglichen. Überall zeigten sich ähnliche Probleme, vor allem bei männlichen Jugendlichen. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, wie breit das Spektrum der Interpretation der Ursachen dieser Schwierigkeiten nach wie vor ist. Während die einen das Bildungsversagen vor allem als Ausdruck von Ausgrenzung und Gleichgültigkeit durch die Aufnahmeländer sahen, interpretierten die anderen es als Ausdruck einer speziellen Integrations-

verweigerung bestimmter Zuwanderergruppen. Die Veranstaltung spiegelte auch die Ratlosigkeit und die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Debatten angesichts einer Integrationsproblematik wider, auf die Westeuro-

pa nicht vorbereitet war: weder durch die Schönwetter-Rhetorik des Multikulturalismus noch die angewandte Gleichgültigkeit einer Politik, die die Realität von Zuwanderung jahrzehntelang schlicht zu ignorieren versuchte.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die wachsende religiöse Vielfalt Europas stellt die Bildungssysteme vor völlig neue Herausforderungen. Eine der kompliziertesten ist die des **Religionsunterrichts für muslimische Schüler**. Denn hier geht es auch darum, einen Beitrag zur Schaffung eines modernen, in der Lebenswelt Europas verankerten Islam zu leisten. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der FES-London und der deutschen Botschaft stellte Mitte Mai der Loccumer Religionspädagoge Prof. Friedhelm Kraft die entsprechenden Schulversuche in Deutschland vor und verglich sie mit den anders ausgerichteten britischen Ansätzen. Ein von der FES-London herausgegebenes Papier Prof. Krafts fasst die deutschen Ansätze zusammen. + + +

## An der Wiege der Civil Rights Movement

Die politisch ungelöste Frage der mittlerweile mehr als zwölf Millionen illegalen, meist mexikanischen Einwanderer in den USA motiviert die „White Supremacist“-Gruppen wie die National Socialist Movement oder die Hammerskins zu oft gewalttätigen Aufmärschen und Übergriffen. Neben Neo-Nazi-Parteien, dem Ku-Klux-Klan und Skinhead-Gruppen gibt es auch fundamentalistische christliche Bewegungen, die sich durch Rassismus und Antisemitismus auszeichnen. Seit 2000 ist die Anzahl dieser Gruppen in den USA um 33 % auf mehr als 800 gestiegen.

Auf Einladung des Southern Poverty Law Center (SPLC) fand ein

Workshop der FES-Washington Anfang Mai in Montgomery, Alabama statt. Montgomery, die Wiege der Civil Rights Movement, liegt im Herzen der Südstaaten der USA. Hier hat sich Rosa Parks im Dezember 1955 geweigert, ihren Platz für einen Weißen frei zu machen und damit eine Bewegung in Gang gesetzt, die sich mit Martin Luther

King an der Spitze für Grundrechte der schwarzen Minderheit in den USA einsetzte. Das rein privat finanzierte SPLC setzt sich seit 35 Jahren für die Rechte von Minderheiten ein, führt Trainingsprogramme für Polizisten durch und spürt gesuchte Rechtsextremisten im Internet auf. Der jährlich stattfindende gemeinsame

Workshop brachte in diesem Jahr zum fünften Mal mehr als 20 Experten von verschiedenen Menschenrechtsgruppen, Stiftungen, Vereinen und Universitäten aus den USA, Kanada, Niederlande, Belgien, Großbritannien und Deutschland zusammen, die über die aktuelle Situation des Rechtsextremismus in ihren Ländern informierten, Projekte diskutierten und gemeinsam über Strategien der Bekämpfung rechtsradikaler Gewalt berieten.

### MEHR ZUM THEMA

FES-Büro Washington  
[www.fesdc.org](http://www.fesdc.org)  
 Southern Poverty Law Center  
[www.splcenter.org](http://www.splcenter.org),  
[www.tolerance.org](http://www.tolerance.org)

## Rechtsextremismus Online

Rechtsextreme Ideologien verbreiten sich heutzutage per Mausklick. Rechtsextreme Musik, rassistische Cartoons und Flyer für den nächsten Neonazi-Aufmarsch lassen sich aus dem Internet ziehen. Das FES-Büro Washington hatte da-

her am 1. Mai zu einer Expertendiskussion zum Thema Racist-Extremism Online eingeladen, zu der mehr als 70 Multiplikator/innen von Think-Tanks, U.S.-Regierungsbehörden, Universitäten und Stiftungen kamen. Dietmar Molthagen

vom FES-Projekt gegen Rechtsextremismus zeigte auf, dass Websites, die wegen ihrer Inhalte in Deutschland verboten wären, zu 80 % in den USA registriert sind. Websites mit extremistischem Inhalt aus dem Netz zu nehmen

ist, wie Steven Shapiro von der American Civil Liberties Union erklärte, aufgrund der unumstößlich im ersten Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten verankerten Meinungsfreiheit in den USA nicht möglich. Kenneth Stern

vom American Jewish Committee sieht die Gefahr von rechten Websites weniger im Rekrutierungsinstrument, sondern in der Funktion als schnelles, professionelles Netzwerk für die Verbrei-

tung von konspirativen Theorien und Hasstiraden. Solche Seiten sind allerdings, so Stern, auch eine unschätzbare Quelle an Informationen über die verschiedenen rechtsextremen Grup-

pen, ihre Motive, Anführer, Mitglieder, Ziele, Aktivitäten. Der für den Pulitzer-Preis nominierte Autor Daniel Levitas klärte über rechte Organisationen in den USA auf und prangerte das vieler-

orts akzeptierte rechte Potential in Politik und Gesellschaft an.

#### MEHR ZUM THEMA

American Jewish Committee  
www.ajc.org  
American Civil Liberties Union: www.aclu.org

FES FÖRDERT DEUTSCH-BALTISCHEN DIALOG

## Kommunikative Brücke über die Ostsee

Schon zum fünften Mal kamen Mitte Mai rund 30 Personen aus den drei baltischen Staaten und Deutschland zusammen, um den

deutsch-baltischen Dialog fortzusetzen. Ein kleiner Kreis von Politikwissenschaftlern und politischen Analysten trifft sich mit Parlamentariern, mit Botschaftern und einflussreichen Journalisten oder Ministern und Europaabgeordneten und stellt seit 2003 eine kommunikative Brücke zwischen dem alten Westeuropa und

dem im Wandel begriffenen Mittelosteuropa dar. Inhaltlich und organisatorisch wird dieser Dialog getragen von der FES-Vertretung in den baltischen Ländern, der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik sowie von drei politikwissenschaftlichen Instituten in Tallinn, Riga und Vilnius.

Beide Teile der neuen Europäischen Union müssen noch unendlich viel voneinander und übereinander lernen. So wurde zum Beispiel die europäische Verfassung zwar zu allererst von Litauen ratifiziert, aber kein litauischer Parlamentarier konnte den Text in seiner Landessprache lesen und nur wenige kannten ihn tatsächlich. Dennoch lautete die Schlagzeile in der litauischen Presse am Morgen des 12. November 2004: „Litauens Parlament hat

als erstes Mitglied der EU dem Verfassungsvertrag mit überwältigender Mehrheit zugestimmt.“ Das sollte die politische Botschaft an das alte Europa sein: Litauen ist Vorzeigeeuropäer.

So, wie nicht geführte Diskussionen über die Verfassung einen deutlichen Unterschied zur politischen Kultur in den alten Ländern markieren, so finden sich ähnlich unterschiedliche Sichtweisen auch bei anderen strategischen Themen. Die deutsch-baltischen Dialoge sind inzwischen schon so etwas wie ein Clearinghouse zur Verbesserung des politischen Managements der EU.

Der jüngste Dialog in Berlin hat diesen eigenen Charakter noch dadurch unterstrichen, dass hier politische Denker und Analysten auf Repräsentanten der Außenministerien

aller beteiligten Länder trafen und vier Themenkomplexe lebhaft diskutierten:

- Politisches Management der EU,
- Entwicklungen und Einschätzungen der Beziehungen EU – Russland,
- Europäische Nachbarschaftspolitik und Synergien des politischen Handelns,
- Energieproduktion und effiziente Nutzung.

Diesmal wurde besonders deutlich, dass die Dialog-Länder den Blick auf das gemeinsame Binnenmeer, die Ostsee, richten. Gemeinsam ist dabei die wachsende Sorge um deren ökologische Belastbarkeit, die nicht nur mit den zusätzlichen Risiken der neuen Gas-Pipeline fertig werden muss, sondern auch mit dem immensen Wachstum des Transportsektors.

## Jahr der Entscheidungen

Das Jahr 2006 ist für die Staaten Südosteuropas von großer Bedeutung. Bulgarien und Rumänien erhielten die Zusage, zum 1. Januar 2007 der EU beitreten zu können. Mit Serbien setzte die Europäische Union die Gespräche über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aus, da es der serbischen Regierung nicht gelungen war, den seit dem Jahr 2001 untergetauchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher, General Ratko Mladic, ans UN-Kriegsverbrechertribunal auszuliefern.

Nur ein paar Wochen später entschied sich die Republik Montenegro per Referendum für die Auflösung der Staatenunion mit Serbien. Im Februar dieses Jahres eröffneten der UN-Beauftragte Marri Ahtisaari und dessen Stellvertreter Albert Rohan die Verhandlungen zum künftigen Status des Kosovo. Bosnien und Herzegowina wird – so die Einschätzung von Experten – zunehmend zu einem Problemfall für die EU: Weit mehr als genug Stoff also für eine Konferenz, die vom 7. bis 9. April in

der Evangelischen Akademie Tutzing stattfand. Seit einigen Jahren organisiert hier die FES gemeinsam mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) einmal jährlich eine Konferenz zu aktuellen politischen Fragen der Staaten Südosteuropas. So diskutierten u.a. Teilnehmer wie Zarko Korac, Präsident der Sozialdemokratischen Union Serbiens, Alush Gashi, Fraktionsvorsitzender der Demokratischen Liga des Kosovo, Romana Vlahutin von der Kroatischen Botschaft in Belgrad,

Franz-Lothar Altmann von der SWP, Björn Kühne vom Stabilitäts-



pakt für Südosteuropa oder Igor Radojic, Parlamentspräsident der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina.

*Stabilisierung des Wiederaufbaus: der Balkan muss konkrete Fortschritte in vielen Bereichen erreichen. (im Bild: Wiederaufbau einer Brücke im serbischen Novi Sad) (Foto: ECIZ, Zestic-FoNet News Agency)*

## Unbekannter Wirtschaftsfaktor

Auch in Serbien entwickelt sich die Wirtschaft weg von Großbetriebsstrukturen hin zu Klein- und Mittelunternehmen. Während sich dieser Wandel rasant vollzieht, scheint es, dass die Mehrzahl der politischen Akteure noch immer im „Großbetriebsdenken“ verharret und Vereinbarungen und Regelwerke kaum auf die Bedürfnisse von Kleinst-, Klein-

oder Mittelunternehmen ausrichtet. Aus Anlass einer gemeinsamen Veranstaltung mit einer Delegation deutscher Klein- und Mittelunternehmer, die in Serbien Geschäftskontakte aufbauen wollen, behandelte ein „Runder Tisch“ der FES am 4. April in Belgrad das Thema „Klein- und Mittelbetriebe als wirtschaftlicher Faktor“. Vertreter der deut-

schon Unternehmerdelegation diskutierten mit dem Vizeminister für Außenhandel und –wirtschaft, einer Vertreterin der nationalen Wirtschaftskammer, einem erfolgreichen Unternehmer Serbiens und Repräsentanten der Sozialpartnerorganisationen. Während von Regierungsseite auf die positiven Wirtschaftsdaten im vergangenen Jahr verwiesen wurde, zeigten die

Vertreter der Gewerkschaften ihre große Skepsis gegenüber den Privatisierungsvorhaben, die sehr oft auch von Korruptionsskandalen überschattet sind.

Den Gewerkschaften ist bislang nicht gelungen, einen Fuß in die Tür der Privatwirtschaft zu bekommen. Faktisch sind die privaten Klein- und Mittelunternehmen gewerkschaftsfrei.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien

# Ein Rechtsstaat braucht ein Fundament

— GELEGENHEIT MACHT DIEBE – diese einfache Formel weist auf den Kern des Korruptionsproblems in Rumänien und anderen postkommunistischen Ländern. Die Versuchung, sich zu bereichern, ist für schlecht bezahlte Lehrer, Ärzte und Polizisten ebenso groß wie für weit besser bezahlte Bürgermeister, Minister, Richter und Staatsanwälte.

Begründet ist das Korruptionsproblem in Rumänien in der weit hin gegebenen Aussicht, straffrei davon zu kommen, wenn man es schlaue genug anfängt. Dazu gehört es, sich des Schutzes von Netzwerken zu versichern, die aus potenziellen Überwachern Mitwisser und Teilhaber machen. Es hat sich gezeigt, dass der politische Wettbewerb und die Gewaltenteilung des demokratischen Regierungssystems nicht ausreichen, um diese Korruptionsnetzwerke ernsthaft zu gefährden. Es bedarf zusätzlicher Kontrollmechanismen, die aber in den postkommunistischen Gesellschaften unterentwickelt sind. Zivilgesellschaftliche Gruppen, an denen es zumindest in Rumänien nicht mangelt, ähneln Hunden, die belLEN, aber nicht beißen. Vor diesem Hintergrund konzentriert die FES ihre Arbeit in Rumänien darauf, zwei

Kräfte zu stärken, die den Freiheitsraum der politischen Elite beschneiden und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit in Regierung und Verwaltung

stärken könnten: die Bürgerschaft und die Basis der politischen Parteien – in diesem Fall der sozialdemokratischen Partei.

Auf die Zielgruppe „Bürgerinnen und Bürger“ richten sich fünf Programme:

- eine Seminarreihe, die vor allem staatsbürgerliches (Selbst-)Bewusstsein vermitteln will
- eine Seminarreihe, die sich an Schüler/innen ab dem achten Schuljahr richtet

- ein Seminarprogramm, das Schüler/innen für die Mechanismen der Korruption und die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung sensibilisiert

und gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wird

- eine Initiative zur Etablierung dauerhafter Bürgerlobbys auf lokaler Ebene
- ein Mobilisierungsprogramm, das Unternehmer sowie Vertreter von Gebietskörperschaften, Verbänden und Bildungseinrichtungen dazu anleitet, wirtschaftliche Entwicklungschancen zu erkennen und sich ihrer eigenen gemeinsa-

men Gestaltungskraft bewusst zu werden. Allen diesen Programmen liegt die Überlegung zugrunde, dass Menschen, die den Staat nicht mehr als Obrigkeit begreifen, von diesem ihrem Staat gleichsam „Besitz ergreifen“ und für sein gutes Funktionieren Sorge tragen werden. Der Wille des demokratischen Souveräns muss sich dauerhafter und „staatsnäher“ artikulieren als nur in periodisch abgehaltenen Wahlen. Hierbei kommt den politischen Parteien eine überragende Bedeutung zu. Die FES hat mit Hilfe einheimischer und ausländischer Expertise einen Grundkurs für Nachwuchspolitiker/innen entwickelt, der die Ausbildung im parteipolitischen „Handwerk“ mit der Vermittlung eines demokratischen politischen Rollenverständnisses und der Ziele sozialdemokratischer Gesellschaftsgestaltung verbindet.

## Republik Moldau: Europa im Blick

Für eine rasche Annäherung seines Landes an die Europäische Union sprach sich der Präsident der Republik Moldau, Vladimir Voronin, am 15. Mai in der Friedrich-Ebert-Stiftung aus. Moldau gilt als das ärmste Land Europas, das sich mit dem sowjetischen Erbe besonders schwer tut. Bis in das Jahr 2001 gab es keinerlei Wirtschaftswachstum. Das Bruttoinlandsprodukt war im Vergleich zu 1991 um 60 Prozent gesunken. Der Druck durch Steuerbelastungen und die Korruption haben jedwede unternehmerische Initiative gelähmt.

Vor 470 Zuhörern, zu denen auch der Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler zählte, betonte der Präsident: „Wir haben verstanden, dass die europäische Integration keine außenpolitische Option ist, sondern in erster Linie eine Option für einen bestimmten Weg der Modernisierung innerhalb unseres Landes.“ Bezüglich des Transnistrien-Konflikts wies er darauf hin, dass es sich dabei nicht um einen interethnischen Kon-



Die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnete zusammen mit dem Staatspräsidenten eine Gemäldeausstellung mit Werken zeitgenössischer Künstler aus Moldau (von links Vladimir Voronin, Staatspräsident der Republik Moldau; Igor Corman, Botschafter in Deutschland; Anke Fuchs). (Foto: Diebold)

flikt handele. In Transnistrien habe sich ein autoritärer, bewaffneter Clan etabliert, der sich dank Militärpräsenz und politischer Unterstützung Russlands an der Macht halten könne. Dadurch seien die bilateralen Kontakte zu Russland gestört.

## UMWELTJOURNALISMUS IN KASACHSTAN

# Kaviar wertvoller als Öl?

Erdöl und Kaviar – Kasachstan verfügt über beide Exportgüter. Doch ist dem einen Gut die saubere Umwelt von größter Bedeutung, so zerstört das andere sie meist. Der Staat wägt ab zwischen Nutzen der Einnahmequellen und Aufwand für den Umweltschutz – ein spannendes Thema für

Journalisten. Deshalb veranstaltete die FES dazu in Kasachstan zwei Medienseminare in den Städten Atyrau und Aktau am Kaspischen Meer.

Beiden Städten gemein ist der enorme Bauboom – wohl das deutlichste Zeichen dafür, dass Geld in die Städte fließt, was sicherlich in erster Linie dem Erdöl und weniger dem immer rarer werdenden Kaviar zu verdanken ist. Sowohl über die Fischwirtschaft als auch über die Ölindustrie berichten die Medien regelmäßig.

Dabei wird das illegale Fischen des Störs als größeres Problem wahrgenommen als die Bedrohung durch die Erdölverschmutzung. Nach den Möglichkeiten und Grenzen der Berichterstattung befragt, reichte die Palette der Antworten der Teilnehmer vom relativ unkritischen „Wir tun das, was der Chefredakteur erwartet“, bis hin zum resignierten „Wirklich kritisch können wir nicht berichten“. Die Journalisten sind sich ihrer beschränkten Möglichkeiten be-

wusst, nur zum geringeren Teil jedoch unzufrieden mit der eingeschränkten Pressefreiheit. Es überwiegt Pragmatismus. Man konnte sich nicht einigen, ob Kaviar oder Öl die wertvollere Ressource sei. Die These, Kaviar sei die bessere, weil, bei ausreichendem Schutz der Störe, theoretisch unendlich zur Verfügung stehend, stieß eher auf Skepsis. „Dazu muss man sehr langfristig denken, und das tut hier keiner“, so das Fazit eines Journalisten.



Kleine Menge, hoher Preis: Kaviar als wichtiger Wirtschaftsfaktor in Kasachstan (Foto: Schlager)

USBEKISTAN

## Zeitgeschichte als politische Aufklärung

Die Zeitgeschichte in der Rolle der politischen Aufklärung beleuchtete die zweite Geschichtswoche, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Goethe-Institut und dem Deutschen Volkshochschulverband in Usbekistan im Mai veranstaltet wurde. Wenn in Zentralasien über das 20. Jahrhundert gesprochen wird, so redet man vor allen Dingen über die Sowjetunion, und damit über die Wurzeln des modernen Usbekistans. War die fast siebzigjährige Macht der Räte gut oder schlecht für das

Land? Darüber unterhielten sich auf einer Podiumsdiskussion im Theater der jungen Welt in Taschkent sechs Historiker und

tretender Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, vertreten. Von usbekischer Seite wurde die Geschichte

sich heraus, wie schwierig sich die Aufarbeitung der Geschichte in einem Land gestaltet, das multi-ethnisch und multi-religiös ist. Jedes Volk innerhalb Usbekistans habe eine ganz unterschiedliche Sicht auf die Vergangenheit gab ein junger Teilnehmer zu bedenken. Doch, so Dagmar Schipanski, „ohne Herkunft keine Zukunft“ und Joachim Gauck fügte hinzu, dass es einem Volk besser gehe, wenn es Scham und Trauer zulassen könne: „Ich misstraue allen Völkern, die nur über Helden und Großtaten sprechen.“



*Gesprächspartner mit deutscher Perspektive: Dagmar Schipanski und Joachim Gauck auf dem usbekischen Podium zu Fragen der Zeitgeschichte.*

Politiker. Von deutscher Seite waren Dr. h.c. Joachim Gauck, Professorin Dagmar Schipanski und Prof. Udo Wengst, stellver-

Zentralasiens im Allgemeinen als außergewöhnlich und kaum erforscht beschrieben. In der Diskussion mit dem Publikum stellte

PARLAMENTARISCHER AUSTAUSCH IN SÜDOSTASIEN

## Sicherheitspolitik transparenter machen

„Parlamente und ihre Abgeordneten müssen enger zusammenarbeiten und eine aktive Rolle insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik einnehmen“, mit diesen Worten eröffnete Prinz Norodom Ranariddh als Parlamentspräsident Kambodschas den von der FES-Singapur, dem Cambodian Insti-

tute for Cooperation and Peace (CICP) und dem Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) organisierten Workshop zur „Parlamentarischen Kontrolle des Sicherheitssektors“. Vom 7. bis 11. Februar trafen sich im kambodschanischen Siem Reap zum ersten Mal Parlamentarier,

Militärangehörige, Akademiker, Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Südostasien und Europa zu einem Erfahrungsaustausch über sicherheitspolitische Themen. In allen demokratischen Verfassungen genießen Parlamente Kontrollbefugnisse. Jedoch stellen die Auf-

sicht und Kontrolle des Sicherheitssektors die Abgeordneten mitunter vor schwierige Aufgaben. So sind die Verflechtungen von Militär, Politik und Wirtschaft in vielen Ländern Südostasiens wenig transparent und für Außenstehende kaum zugänglich. Oftmals fehlt auch die Sachkenntnis, um na-

tionale Sicherheitspolitik oder die Notwendigkeit der Beschaffung bestimmter militärischer Ausrüstungsgegenstände bewerten zu können. Bei einer solchen Ausgangslage

erwies sich der Blick über die nationalen Grenzen als lehrreich. „Altgediente Profis“ wie Norbert Gansel, MdB a.D., der ehemalige rumänische Verteidigungsminister

Ioan Mircea Pascu und Vize-Admiral a.D. Dirk Horten gaben aus ihrem Erfahrungsschatz praktische Tipps preis. Junge, engagierte Abgeordnete aus Indonesien, Kambodscha, den

Philippinen und aus Thailand revanchierten sich mit eigenen Fallbeispielen, wie sie ihrem Sicherheitssektor auf die Schliche kommen.

## DRITTER ASIATISCH-EUROPÄISCHER DIALOG DER KULTUREN

# Unvermutete Einsichten

Wie gehen Asien und Europa mit den Herausforderungen des multikulturellen Zusammenlebens um? Sind Islam und Demokratie vereinbar? Mit diesen Fragen beschäftigte sich vom 27. Februar bis 1. März in Kuala Lumpur, Malaysia, der dritte asiatisch-europäische Dialog der Kulturen, zu dem das FES-Regionalbüro in Singapur mehr als 40 Vertreter von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft eingeladen hatte.

Manch Unvermutetes kam zutage, als die Teilnehmer offen und kritisch über ihr Staatsverständnis, über ihre politischen Visionen und über die individuellen Freiheiten und Grenzen in der westlich-europäischen und islamischen Welt Asiens diskutierten. Der Auffassung, dass Islam und Demokratie nicht zu vereinbaren seien, widersprach der

iranische Theologe Mohammed M. Shabestari. Er machte deutlich, dass aus historischer und juristischer Sicht islamisches

Recht „weltliches“ Recht sei, von Menschen gemacht, um „Gerechtigkeit“ im menschlichen Zusammenleben zu erzielen. Aus diesem Grund hätten Muslime die Freiheit, islamisches Recht so zu reformieren, dass es mit veränderten gesellschaftlichen Lebensumständen und menschlichen Bedürfnissen übereinstimmt. Ohne der Religion ab-

schwören zu müssen, so Shabestari, erlaube der Islam seinen Gläubigen, demokratische Staaten auf der Grundlage von Säkularität

und Menschenrechten zu errichten. Entgegen der Erwartung, dass die Staaten Europas nur ihre eigene Rechtsordnung zuließen, erläuterte Mathias Rohe, Islamwissenschaftler, Richter am Oberlandesgericht und Professor für Bürgerliches und Internationales Recht an der Universität Erlangen, dass deutsche Gerichte in bestimmten musli-

mischen Familienangelegenheiten Regeln des islamischen Scharia-Rechts anwenden können und dies im Alltag auch durchaus tun.

Im multikulturellen Zusammenleben stehen Asien und Europa vor ähnlichen Problemen. So fühlen sich chinesisch- und indischstämmige Malaysier in dem islamisch geprägten Land benachteiligt. Vor diesem Hintergrund plädierte der malaiische Politologe Fazil Irwan für eine „Kultur der Anerkennung“. Analoges forderte der Politikwissenschaftler Professor Thomas Meyer im europäischen Kontext. Die Integration kulturell vielfältiger Gesellschaften verlange eine „Politik der Anerkennung“, die vor allem die gleichberechtigte Teilhabe aller an den gesellschaftlichen Ressourcen und Chancen sichere.

## Dauerhafter Friede braucht faire Teilhabe

Es war ein symbolischer Zeitpunkt: Am 15. August 2005, zwei Tage vor dem 50. Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik Indonesien, unterschrieben die Zentralregierung und die ehemalige Befreiungsbewegung in der Provinz Aceh (GAM) in Helsinki eine gemeinsame Absichtserklärung. Seitdem hat die GAM den bewaffneten Kampf aufgegeben. Das indonesische Militär und die Polizei haben ihre Präsenz in der Provinz stark reduziert, die meisten GAM-Mitglieder wurden amnestiert. Der Frieden scheint von Dauer zu sein, so dass die inter-

nationale Aceh Monitoring Mission (AMM) unter Führung der Europäischen Union bereits beginnt, ihre Beobachter abzuziehen. Eine große Herausforderung stellt die Integration ehemaliger Kämpfer/innen in das zivile Leben dar. Ihre wirtschaftliche Wiedereingliederung fördert die Regierung durch die Vergabe von Arbeitsplätzen, Ackerland oder direkter Finanzhilfe. Die soziale und politische Integration wird jedoch nicht ausreichend unterstützt. Um aber den Frieden in Aceh auf Dauer zu sichern, muss den ehemaligen GAM-Mitgliedern die

Mitwirkung am politischen Prozess ermöglicht werden. Auch die Interessen von Frauen fanden keinen Eingang in die gemeinsamen Vereinbarungen. Die politische Beteiligung von Frauen wird im stark vom Islam geprägten Aceh durch vielfältige Faktoren erschwert. Aktive politische Teilhabe wird durch politische Bildung möglich. Deshalb führt die FES in Aceh Trainingskurse zu Demokratie und Menschenrechten durch, zu deren Teilnehmer/innen u.a. Mitglieder der von ehemaligen Rebellen gegründeten Association for Peace and Democracy

in Aceh (PPDA) gehören. Die Trainingskurse richten sich in gleichem Maße an Männer und Frauen und thematisieren u. a. auch die Gleichberechtigung sowie die Rolle von Frauen in der Demokratie. Mittelfristig sollen die Teilnehmer/innen der ersten Kurse nach dem Train-the-Trainer-Prinzip selbstständig die Bildungsarbeit weiter ausüben. Die FES wird sich dann der Ausbildung junger Politiker/innen zuwenden, die in den zukünftigen regionalen Parteien demokratische Werte verwirklichen können.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Manche Begegnungen verdienen die Bezeichnung „historisch“. Das **Treffen zwischen Egon Bahr und General Vo Nguyen Giap** im April in Hanoi zählt dazu. Auf unterschiedliche Art und Weise haben beide zur Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder beigetragen. Der eine, indem er als Architekt der „Neuen Ostpolitik“ die Grundlagen für die deutsche Wiedervereinigung gelegt hat. Der andere, indem er als genialer Strategie die vietnamesische Armee 1945 in Dien Bien Phu zum entscheidenden Sieg über die französische Kolonialmacht führte. Bei ihrem Zusammentreffen in der vietnamesischen Hauptstadt, wo Bahr auf Einladung der FES zu Gast war, ging es aber auch um aktuelle Herausforderungen. Bahrs Rezept für das 21. Jahrhundert lautete: Zusammenarbeit. Der 94-jährige General Giap pflichtete ihm bei und zeigte sich begeistert vom Vorbild der Europäischen Union. + + +

+ + + Um als rohstoffarme Exportnation besonders im Wettbewerb mit dem aufstrebenden Nachbarland China zu bestehen, ist Südkorea auf eine nachhaltige Steigerung seiner Innovationsfähigkeit angewiesen. „Wenn China mit Tempo 120 wächst“, meinte Seouls Bürgermeister Lee Myung-Bak im Gespräch mit dem ehemaligen Bundesminister Wolfgang Clement in Seoul, „dann muss Korea mindestens noch Tempo 110 halten.“ Bürgermeister Lee hat die Vision, die Dreizehnmillionenmetropole Seoul wirtschaftlich wettbewerbsfähiger und darüber hinaus zum Zentrum für Forschung und Entwicklung in Nordostasien zu machen. Hierbei kann er auf das intellektuelle Potential von 58 Universitäten zurückgreifen. 2004 rief er das **„Seouler Forum für die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“** ins Leben, mit dem ein Netzwerk zwischen Universitäten und Unternehmen geschaffen werden soll. Die Seouler Stadtregierung und die FES unterstützten am 10. März ein internationales Seminar des Forums. + + +

Das neue regionale Sicherheitsprojekt der FES in Lateinamerika

# Vertrauen aufbauen

— IN SÜDAMERIKA WIRD DERZEIT DIE NOTWENDIGKEIT einer Stärkung der vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Staaten immer deutlicher: Bolivien und Chile streiten weiter um einen Zugang zum Meer; zwischen Chile und Peru rumort es wegen ungeklärter Hoheitsgebiete vor der Pazifikküste.

Hinzu kommt die zunehmende Einmischung Venezuelas in innenpolitische Angelegenheiten anderer Staaten. Das neue regionale Sicherheitsprojekt der FES in Santiago de Chile ([www.seguridadregional-fes.org](http://www.seguridadregional-fes.org)) bringt deshalb gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt Vertreter aus Militär, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu einem Dialogforum zusammen. Bei dem zweiten Internationalen Seminar wurde den

lateinamerikanischen Partnern vorgestellt, wie in Europa im Zuge des Ost-West-Konflikts die Notwendigkeit zur Kooperation deutlich geworden war, die schließlich im KSZE-Prozess mündete. In Südamerika existieren auf dem Papier zwar zahlreiche Kooperationsabkommen, diese werden jedoch selten in Realität umgesetzt. Unter den Seminarteilnehmern aus Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador und Peru wurde gerade die

Autonomie der Streitkräfte für die schwache Ausprägung einer regionalen Sicherheitskooperation verantwortlich gemacht. Im Rahmen des Dialogs wurde auf militärischer Seite auch der Unwille gegenüber Souveränitätseinbußen deutlich. Da die Region weniger von zwischenstaatlichen Konflikten als von asymmetrischen Bedrohungen wie Drogen- und Waffenhandel geprägt ist, fehlt es bisher beispielsweise an der Be-

reitschaft zu einer gemeinsamen Rüstungskontrolle. Doch gerade die Instabilität der Grenzregionen und die hohe Anzahl illegaler transnationaler Aktivitäten macht die Stärkung der Zusammenarbeit unabdingbar. Zugleich wurde von den Vertretern der einzelnen Staaten deutlich gemacht, dass vertrauensbildende Maßnahmen nicht nur militärischer, sondern auch politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur sein müssten.

## KOLUMBIEN – ECUADOR

### Zwiste und Interessen

Ende 2005 trübte sich die Beziehung zwischen den lateinamerikanischen Nachbarstaaten Ecuador und Kolumbien. Die ecuadorianische Regierung protestierte mehrfach gegen die Verletzung ihres Luftraums durch kolumbianische Militärflugzeuge bei Operationen gegen den Drogenhandel oder der Verfolgung von

Truppen der Guerilla. Auch die Besprühungen von Kokafeldern an der Grenze schädigten

Bewohner und Landwirtschaft auf der ecuadorianischen Seite. Die vielen Flücht-

linge aus Kolumbien machten humanitäre Sonderleistungen nötig und belasteten die Sozialpolitik Ecuadors. Das regionale Sicherheitsprojekt der FES-Büros in Ecuador und Kolumbien organisierte vom 2. bis 5. April in einem kleinen kolumbianischen Dorf, Villa de Leyva, Gespräche, bei denen verantwortliche aktive und



*Abwehrhaltung: Die beiderseitigen Interessen an der Grenze zwischen Kolumbien und Ecuador müssen besser in Einklang gebracht werden. (Foto: Revista Semana)*

Generale im Ruhestand, Vertreter der beiden Auswärtigen Ämter und der Verteidigungsministerien, Politiker und Fachleute aus den Nachbarländern versuchten, ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen besser zu verstehen. Ein ecuadorianischer Experte fasste die Standpunkte seines Landes zusammen: Die inneren Probleme Kolumbiens hätten nega-

tive Folgen für Ecuador, verletzen seine Souveränität und versuchten das Land in ein ungewolltes Engagement im kolumbianischen Konflikt zu zwingen. Kolumbianer argumentierten dagegen, dass Ecuador zwangsweise unter den Folgen des vom Drogenhandel finanzierten kolumbianischen Konflikts leiden werde. Die Guerillaorganisation FARC habe

zudem ein kontinentales Projekt, das auch die Nachbarländer nicht verschone. Ein Universitätsprofessor und General a.D. stellte fest, dass Ecuador eine große Chance habe, bei der Lösung des kolumbianischen Dramas zu helfen. Insofern sollte es sich nicht als Opfer, sondern als aktiver Kooperationspartner bei der Bekämpfung eines Infektionsherdes verstehen.

Schlussfolgerung der zweitägigen Diskussion war, dass nicht nur militärisch-polizeiliche Programme, sondern Sozialinvestitionen in landwirtschaftliche und Infrastruktur-Projekte nötig seien. Statt des bisherigen Vorrangs von Fragen der „nationalen Sicherheit“ müssten Orientierungen zur Verbesserung der „menschlichen Sicherheit“ absolute Priorität erhalten.

## CHILE

## Erste Präsidentin tritt ihr Amt an

Am 11. März 2006 wurde im Kongress von Valparaíso ein Stück Geschichte geschrieben: In einer feierlichen Zeremonie wurde Michelle Bachelet in Anwesenheit von 30 Staats- und Regierungschefs als erste Frau in das höchste Staatsamt Chiles vereidigt. Die Sozialistin hatte sich im Januar im zweiten Wahlgang gegen den Kandidaten der Rechten, Sebastián Piñera, durchgesetzt. Das Regierungsbündnis „Concertación“, eine Parteienallianz aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten, stellt damit zum vierten Mal in Folge seit dem Ende



Wo immer die neue Präsidentin bei den Feierlichkeiten zu ihrer Amtseinführung auftauchte, wurde sie von einer jubelnden Menge empfangen.

der Diktatur die Regierung. Mit Michelle Bachelet zieht erstmals ein Opfer des Putsches gegen Salvador Allende und eine Aktivistin gegen das Militärregime in den Regierungspalast Moneda ein. Sie wurde, bevor sie ins Exil nach Deutschland

floh, inhaftiert und gefoltert. Die neue Präsidentin verkörpert zudem in ihrer eigenen Vita den gesellschaftlichen Wandel, den sie im konservativen Chile im Wahlkampf propagiert hat: Sie ist geschieden, allein erziehende Mutter dreier Kinder, Agnostikerin

und stammt, trotz ihrer weit reichenden politischen Erfahrungen als frühere Gesundheits- und Verteidigungsministerin, nicht aus dem inneren Zirkel des politischen Establishments. Als Schwerpunkt der neuen Regierung kündigte Bachelet eine Reform der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik an. Dabei soll die Problematik der extremen sozialen Ungleichheit in Chile angegangen werden. Auch außerhalb Chiles ist die Wahl Bachelets mit hohen Erwartungen verbunden. Mit ihrem Sieg setzt sich die Reihe von Wahlsiegen der Linken in Lateinamerika fort. So be-

steht im Cono Sur nun die Hoffnung, dass sich Chile stärker Richtung Lateinamerika orientieren wird. Bislang stand Chile mit seinem exportbasierten Entwicklungsmodell und der Konzentration auf bilaterale Freihandelsabkommen, insbesondere

mit den USA, dem nur langsam fortschreitenden Integrationsprozess skeptisch gegenüber. Vor diesem Hintergrund brachte das Stiftungsbüro in Santiago vom 9. bis 11. März führende Persönlichkeiten progressiver Parteien aus Argentinien, Bolivien,

Brasilien, Chile, Paraguay, Uruguay und Venezuela zu einem Seminar zu den Herausforderungen der Integration in Lateinamerika zusammen. Das Seminar, auf dem auch die Kontroversen über Ziele und Modelle der regionalen Integration innerhalb

der lateinamerikanischen Linken deutlich wurden, ist Teil des von den FES-Büros im Cono Sur geförderten Dialogs der progressiven Parteien.



CHILE: FES-EXPERTEN BERATEN BEIM ÜBERGANG ZU EINEM GEMISCHTEN SYSTEM

## Rentenversicherung vor der Reform

Michelle Bachelet ist nicht zuletzt wegen ihres Versprechens gewählt worden, mehr soziale Gerechtigkeit in Chile zu schaffen. Ein zentrales Reformfeld ist dabei das vor 25 Jahren eingeführte private Rentenversicherungssystem. Schon in der ersten Amtswoche wurden die Sozialrenten angehoben und das Alter für eine kostenlose staatliche Gesundheitsfürsorge von 65 Jahren auf 60 Jahre herabgesetzt. Bald soll außerdem dem Kongress ein Gesetzentwurf zur Reform des Rentensystems vorgelegt werden. Die Regierung hat dabei klar Position bezogen: Das einst von der Weltbank als beispielhaft empfohlene chilenische System individueller Kapitalfonds habe nach 25 Jahren die

wichtigsten seiner Versprechen nicht erfüllt. In steigendem Maß muss der Staat Zuschüsse leisten, wenn die eingezahlten Beiträge nicht zur Finanzierung einer Mindestrente ausreichen. Gleichzeitig steigt die Zahl alter Menschen, die wegen längerer Ausfallzeiten überhaupt keine Ansprüche geltend machen können. 35 % der arbeitenden Bevölkerung sind heute von der Altersvorsorge ausgeschlossen. Die chilenischen Erfahrungen weisen darauf hin, dass selbst unter positiven Voraussetzungen ein ausschließlich kapitalgedecktes privates Rentensystem Verlierer produziert. Verlierer sind Frauen und andere Arbeitnehmer, die Ausfallzeiten bei der

Beitragsleistung aufweisen. So wird Kindererziehung nicht honoriert, sondern mit geringeren Renten bestraft. Die Herausforderung an die chilenische Politik in der nächsten Legislaturperiode ist der Aufbau eines gemischten Systems mit einer starken staatlichen Komponente, das die Fehler der Vergangenheit vermeidet und die soziale Ungerechtigkeit der Gegenwart verringert. Um in Abstimmung mit den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräften Vorschläge zu erarbeiten, hat die chilenische Präsidentin eine Beraterkommission einberufen. Vier der 15 Mitglieder sind Experten, mit denen die FES in Chile bereits seit mehreren Jahren eine Debatte

zur Rentenreform vorbereitet hat. Die neue Präsidentin hat diese wichtige Rolle der Stiftung hervorgehoben und um die Fortsetzung dieser Anstrengungen gebeten.

*Am Abend des 4. April empfing Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva die FES-Vorsitzende Anke Fuchs zu einem Gespräch im „Palácio do Planalto“ (Arbeits-sitz des Präsidenten) zu einem Gespräch über die politische Situation in Brasilien und Lateinamerika im „Superwahljahr“. Präsident Lula würdigte die fast 30 Jahre währende Präsenz der FES in Brasilien und bedankte sich ausdrücklich für die geleistete Arbeit.*



FES UNTERSTÜTZT DIE ENTWICKLUNG NEUER SICHERHEITSKONZEPTE

## Jugendbanden in Mittelamerika

Allein im Januar 2006 erfasste die Kriminalitätsstatistik in Guatemala 516 Tote und erreichte damit eine neue Rekordmarke. Manuel Zelaya, der neu gewählte Präsi-



*Bis zur letzten Konsequenz: Jugendliche in Mittelamerika finden in Banden oft einen Familienersatz (Foto: R. Aguja/ Diario La Hora, Guatemala).*

dent von Honduras, kündigte bei seiner Amtseinführung am 27. Januar dieses Jahres einen grundlegenden Wechsel in der Strategie zur Bekämpfung der Jugendbanden an: Statt auf das

bisher geltende „Null-Toleranz“-Prinzip werde er künftig auf Dialog und Resozialisierung setzen. In seinem Land haben diese „Maras“ genannten Banden über 80.000 Mitglieder (Maras: südamerikanische Ameisenart, die massenhaft in Gebiete einfällt, um sie zu zerstören). Auch in El Salvador und Guatemala sieht man inzwischen in der repressiven Politik nicht mehr das Allheilmittel, um dem Jugendbandenproblem entgegenzuwirken. Arbeitslosigkeit, Armut, zerrüttete Familienverhältnisse und geringe Bildung bieten ein nicht versiegendes Nachwuchs-Reservoir für die regional vernetzten Jugendbanden. Als eine Art Familien-

ersatz bilden die Mitglieder Solidargemeinschaften und treten bis zur letzten Konsequenz füreinander ein. Die durchschnittliche Rest-Lebenserwartung eines neu in eine Bande aufgenommenen Mara-Mitglieds liegt unter drei Jahren. Ein Mitglied, das diese Zeit überstanden und sich durch Brutalität ausgezeichnet hat, steigt in der Hierarchie auf. Die für alle sichtbaren Tätowierungen erzählen die eigene Lebensgeschichte. Neben den gängigen Einnahmequellen wie Auftragsmorden, Erpressung von Familienbetrieben, Raub an Taxi- und Busfahrern und Diebstählen, hat in den letzten Jahren der Handel mit Drogen zu-

Mit der Entwicklung und der Erprobung von Sicherheitskonzepten auf lokaler Ebene, die statt der „harten Hand“ eine Beteiligung breiter Teile der Bevölkerung an der Lösung der Sicherheitsfrage vorsehen, versucht die FES einen Weg zu unterstützen, der zumindest in der zweitgrößten Stadt El Salvadors, Santa Tecla, Anlass zu ersten Hoffnungen gibt. Jugendliche, Frauenorganisationen und Unternehmer bilden eine Kommission, die gemeinsam mit Vertretern aus Landesministerien, der Polizei, des Bürgermeisteramtes, sowie der lokalen Justiz zusammenarbeitet, um das Problem der Gewalt in den Griff zu bekommen.

### Das nordamerikanischste Land Lateinamerikas

Das Gesamtamerikanische Freihandelsabkommen ALCA brauche den Mercosur und Venezuela nicht, verkündete der mexikanische Präsident Vicente Fox auf dem 4. gesamtamerikanischen Gipfel im November 2005 in Mar del Plata, Argentinien. Die Reaktion der Länder des Gemeinsamen Marktes des Südens (Mercosur) ließ nicht auf sich warten: die bedeutendsten Länder lehnen die Gesamtamerikanische Freihandelszone ab.

Seit Amtsantritt von Präsident Fox hat Mexiko seine traditionelle Rolle als Vermittler zwischen seinen südlichen Nachbarn und den USA verloren. Zwar hat das Land Freihandelsabkommen mit über 40 Ländern abgeschlossen,

doch wichtigster Handelspartner sind weiterhin die USA – die Außenhandelsquote liegt hier bei 85 Prozent.

Wie sollte Mexiko – das einzige OECD-Land Lateinamerikas – seine außenpolitische Rolle definieren, um seine Interessen besser durchsetzen zu können? Diese und andere Fragen wurden auf dem internationalen Forum der FES über „Mexiko als regionaler und globaler Akteur“ im April dieses Jahres in Mexiko-Stadt von Politikern und Intellektuellen aus Mexiko, Lateinamerika und Europa diskutiert. Das Schwanken zwischen Nord- und Südamerika wurde auf dem Forum als Folge eines grundlegenden Problems des mexikanischen Selbstverständnisses diskutiert.

Positionspapier westafrikanischer Gewerkschaften zum Freihandelsabkommen mit der EU

# Mit Handel gegen die Armut

WESTAFRIKA IST DIE ÄRMSTE REGION DER WELT. 13 der 16 Länder Westafrikas werden zu der UN-Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder gezählt. Die Länder sind vom Export unverarbeiteter Agrargüter, wie beispielsweise der Rohbaumwolle, abhängig.

Gleichzeitig müssen aufgrund des schwachen Industriesektors viele Güter importiert werden. Die Zolleinnahmen stellen neben den Zuwendungen der Entwicklungshilfe für viele Staatshaushalte den größten Einnahmeposten dar. Das zur Zeit verhandelte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS wird erhebliche Veränderungen beim Handel und auch bei den Bemühungen um eine vertiefte regionale Integration mit sich bringen.

Das Freihandelsabkommen wird auch die Arbeitswelt Westafrikas verändern. Daher trafen sich auf Einladung des Nigeria Labour Congress und der FES vom 9. bis 12. Mai Handelsexperten und Generalsekretäre westafrikanischer Gewerkschaftsdachverbände in Abuja, Nigeria, um eigene Standpunkte zu Fragen des internationalen Handels und der regionalen Integration festzulegen. In einem Positionspapier mahnen sie an, den internationalen Handel so zu gestalten, dass er arbeitsmindernd und



Karte: PUBLIX

entwicklungsfördernd wirkt. Die Gewerkschafter fordern u.a. eine vertiefte regionale Integration, eine kohärente Handels- und Investitionspolitik sowie die Unterstützung der westafrikanischen Un-

ternehmen bei der Verbesserung der Produktqualität. Das Positionspapier übergaben sie dem stellvertretenden Generalsekretär der Regionalorganisation ECOWAS.

## ZWEITER POLITISCHER DIALOG ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND SÜDAFRIKA IN BERLIN

### Gute Beziehungen

Südafrika gewinnt in internationalen Beziehungen immer mehr an politischem Gewicht. Vielen gilt das Land nach Brasilien, China und Indien

schon als gewichtigste Stimme aus dem Süden. Bei Reformanstrengungen zur Steuerung der Globalisierungsprozesse tritt die südafrikanische Regierung oftmals als Sprachrohr für die Interessen schwächerer

Länder auf. Weitgehende Übereinstimmung in grundlegenden politischen Fragen zeigte sich in den Gesprächen, die eine Delegation der südafrikanischen Regierungspartei African National Congress (ANC) vom 7.

bis zum 9. Mai in Berlin mit Regierungsvertretern und Abgeordneten im Rahmen des zweiten deutsch-südafrikanischen Dialogs führte. Der ANC sucht über die offiziellen Regierungskonsultationen hinaus auch di-



Erfolgreiche Gespräche: die ANC-Delegation stieß in Berlin auf positive Resonanz.

rekten Kontakt mit Politikern und politischen Parteien anderer Länder. Im Rahmen dieses von der FES geförderten Politikdialogs wurde über den Kampf gegen den Terrorismus, die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte, Fragen der Migration, die Reform

der Vereinten Nationen, sowie internationale Agrarreformen diskutiert. Der südafrikanischen Delegation gehörten u.a. die Ministerin für Landwirtschaft und Landangelegenheiten Angela Thoko Didiza, der Handels- und Industrieminister Mandisi

Mpahlwa, der stellv. Außenminister Aziz Pahad und der stellv. Justizminister Johnny de Lange an. Auf deutscher Seite nahmen an den Gesprächen u.a. Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, der Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler

und der Staatssekretär im Finanzministerium Dr. Thomas Mirow teil. Es herrschte auch Einigkeit darüber, dass Ungleichheit und Armut die Entstehung und Verbreitung von Terrorismus begünstigen und daher stärker bekämpft werden sollten.

#### STUDIE DER FES-SÜDAFRIKA

## Nachteilige Investitionsabkommen?

Bilaterale Investitionsabkommen sind gerade bei Entwicklungs- und Transformationsländern ein beliebtes Mittel, um ausländische Investitionen anzuziehen und Entwicklung voranzutreiben. Dass diese Investitionsabkommen häufig jedoch große Risiken beinhalten, die sich negativ auf die Entwicklung des Landes

auswirken können, wurde während einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung Südafrika gemeinsam mit dem South African Institute of International Affairs (SAIIA) veranstalteten Roundtable-Diskussion deutlich. Der kanadische Handels- und Investitionsexperte Eric Luke Peterson hatte in seiner Untersuchung der von

Südafrika abgeschlossenen bilateralen Investitionsabkommen herausgefunden, dass diese insgesamt sehr zum Vorteil der Investoren und zum Nachteil des Landes formuliert worden sind. So könnten ausländische Investoren unter anderem Maßnahmen zur Verringerung der durch die Apartheid verursachten wirt-

schaftlichen Ungleichheit wie Black Economic Empowerment (BEE) als Anlass für Schadensersatzforderungen nehmen.

#### DIE STUDIE

„South Africa's Bilateral Investment Treaties: Implications for Development and Human Rights“ von Luke Eric Peterson auf der Homepage der FES Südafrika: [www.fes.org.za](http://www.fes.org.za)

### Pressefreiheit in Togo

Togo verfügt über eines der fortschrittlichsten Pressegesetze Afrikas. Und auch sonst wird viel über demokratische Reformen in diesem kleinen westafrikanischen Land diskutiert, denn die Europäische Union macht die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit von Fortschritten in Sachen Demokratie abhängig. Doch viele Togoer bezweifeln die Ernsthaftigkeit der Reformanstrengungen, schließlich dauert der Demokratisierungsprozess schon über 15 Jahre. Und trotz aller Demokratierhetorik werden weiterhin Journalisten eingeschüchert und verfolgt. Der Verband der unabhängigen Journalisten Togos

(UJIT), unterstützt von der FES, nutzte daher den internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai für eine Zwischenbilanz. Im Rahmen einer Veranstaltung mit über 100 Journalisten und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie staatlicher Institutionen trug Francis Amouzou Pédro, der Präsident des togoischen Medienobservatoriums (OTM), seinen offiziellen Bericht zum Stand der Pressefreiheit vor und kritisierte dabei auch einige kürzlich getroffene Entscheidungen der staatlichen Medienkontrollkommission, die beispielsweise religiösen Radiosendern die Ausstrahlung von politischen Sendungen untersagte.

## Nachwuchselite trifft Staatsoberhaupt

Über „Kulturelle Identität, Entwicklung und politische Entscheidungsfindung“ diskutierte Bundespräsident Horst Köhler mit Teilnehmern des Youth Leadership Training Program der FES anlässlich seines Staatsbesuchs in Madagaskar vom 6. bis 9. April. „Ihr seid die Zukunft Afrikas“, betonte der Bundespräsident und unterstrich die Notwendigkeit von Ausbildungsprogrammen und Weiterbildungsmöglichkeiten. Thematisiert wurden in der mehr als zweistündigen Diskussion ebenso mangelnde In-

vestitionen wie die unsichere Rechtsituation und die Probleme



*Junge Madagassen aus dem FES-Trainingsprogramm überreichten Bundespräsident Horst Köhler eine Plastik aus wiederverwertetem Altmetall und erklärten ihn zum Ehrenmitglied des YLTP-Jahrgangs 2006.*

der jungen Menschen, sich in einer traditionellen Werten verpflichteten Gesellschaft zu behaupten. Um junge Erwachsene auf ihre Rolle als zu-

künftige gesellschaftliche und politische Entscheider vorzuberei-

ten, hat die FES erstmals im Jahre 2005 ihr so genanntes Youth Leadership Training Program (YLTP) ins Leben gerufen. Für das zehmonatige

Ausbildungsprogramm werden 25 junge Frauen und Männer ausgewählt, die aus verschiedenen Organisationen und Bereichen der madagassischen Gesellschaft stammen. Am Ende ihrer Ausbildung sollen die Teilnehmer mit den grundlegenden Konzepten und Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Politik vertraut und in der Lage sein, diese Kenntnisse, im Zusammenspiel mit einem modernen Führungsstil, in ihrem beruflichen und sozialen Umfeld einzusetzen.

### FES + + + TELEGRAMM

+ + + Moderne Umweltpolitik und Energiesicherheit standen im Mittelpunkt eines Vortrags von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, zu dem das FES-Büro Washington in Kooperation mit dem American Council on Germany am 12. Mai eingeladen hatte. Die Veranstaltung fand in New York anlässlich der 14. Sitzung der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung statt. Der Minister machte deutlich, dass moderne Umwelt- und eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nicht im Gegensatz zueinander stünden, sondern Volkswirtschaften ihre



Chancen verbesserten, wenn sie auf Energie- und Ressourceneffizienz setzten. + + +

+ + + „Was hält Europa zusammen“, fragte Prof. Heinrich-August Winkler auf einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der FES-Budapest am 13. Mai. Er beschrieb die Grundlage eines „aufgeklärten europäischen Wir-Gefühls“: Es beruht auf dem Bewusstsein dessen, was Europa seit mehr als einem Jahrtausend im Guten wie im Bösen verbindet. Die Antwort auf die Frage der politischen Grenzen Europas liegt, so Winkler, in der vorbehaltlosen Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens. Die politische Kultur von Kandidatenländern sollte als Beitrittskriterium weitaus stärker berücksichtigt werden als dies in den gegenwärtigen Beitrittsverhandlungen der Fall ist. + + +

## Internationale Politikanalyse

### Aus der Reihe „Europäische Politik“

Collignon, Stefan – *Europa reformieren – Demokratie wagen*

Kuhne, Helmut – *Die wachsende Europa-Skepsis der Deutschen: Ursachen und Dimensionen im europäischen Vergleich*

Giddens, Anthony – *Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells*

Arbeitskreis Europa – *Gesamteuropäische Aufgabenföderation: neuer Schwung für die Nachbarschaftspolitik der EU*

### Aus der Reihe „Frieden und Sicherheit“:

Flechtner, Stefanie – *Hauptsache im Einsatz? Zur Konzeption der europäischen Sicherheitspolitik*

### Aus der Reihe „Politikinfo“:

Kahl, Jürgen – *Japan zwischen Aufschwung und Verunsicherung: Wie weit trägt die Reformpolitik nach Koizumi?*

Arbeitskreis Europa – *Bessere Rechtsetzung – das neue Mantra?*

Dauderstädt, Michael – *Lohnnebenkosten: Nicht Beschäftigungsbremse, sondern Kollektivkonsum*

Bestellungen bitte an:  
**Helga Stavrou**  
 E-Mail: [info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de); Fax: +49 (228) 883-625

Alle Texte der „Internationalen Politikanalyse“ online unter:  
[www.fes.de/indexipa.html](http://www.fes.de/indexipa.html)

## Diverse Publikationen

Boehme-Neßler, Volker – *Von der innovativen Wertschöpfungskette zum Lead Market – die öffentliche Hand als Innovationsnachfrager*: weiterführende Ansätze für die Berliner Innovationsstrategie; eine Studie von Volker Boehme-Neßler, Sandra Hildebrandt, Klaus Semlinger; Landesbüro Berlin

Brennecke, Reinhard – *Erfolgsfaktor Öffentlichkeitsarbeit*: ein Leitfaden für die PR-Arbeit von Vereinen und Verbänden; ein Trainingsbuch – Reihe „Trainingsbücher“ der Akademie Management und Politik

Tagungsbericht – *Emanzipation und Kinderbetreuung: demografiepolitische Ansätze für Mecklenburg-Vorpommern*; Rostock, 28. Mai 2005 – Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Hilbert, Josef – *Dienstleistungen in Deutschland: besser als ihr Ruf, dennoch stark verbesserungsbedürftig!* Anregungen für eine zukunftsfähige Dienstleistungspolitik aus dem Arbeitskreis Dienstleistungen der FES und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – Arbeitskreis Dienstleistungen

Kast, Alexandra – *Gesellschaftliche Teilhabe sichern: Partizipation von Migrantinnen und Migranten in der „Sozialen Stadt“ Berlin* – Landesbüro Berlin

Bröning, Michael – *Politischer Islam in Westafrika*: eine Bestandsaufnahme – Referat Afrika, Afrikanische Studien Nr. 30

Rehburg, Meike – *Hochschulreform und Arbeitsmarkt*: die aktuelle Debatte zur Hochschulreform und die Akzeptanz von konsekutiven Studienabschlüssen auf dem deutschen Arbeitsmarkt – Stabsabteilung

Rulff, Dieter – *Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft* – Referat Berliner Akademiegespräche/ Interkultureller Dialog

*Weltethos und Weltfriede* – Berliner Akademiegespräche/ Interkultureller Dialog

Tagung des Steuerungskreises „Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell“ der FES – *Sozialer Ausgleich in den alten und neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union*, Dokumentation der Tagung – Abteilung Arbeit und Sozialpolitik

Dowe, Dieter (Hrsg.) – *Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis 2006 der Heinrich-August-und-Dörte-Winkler-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung*: Laudatio von Bischof Wolfgang Huber und Preisrede von Christian Nottmeier „Theologie und Politik in der ersten deutschen Demokratie: Adolf von Harnack und Reinhold Seeberg“ – Gesprächskreis Geschichte Nr. 66

Borgwardt, Angela (red. Bearb.) – *Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus*: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage; Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. Dezember 2005, Forum Berlin

Rathgeber, Theodor – *UN norms on the responsibilities of transnational corporations* – Dialogue on globalization, 22: Occasional papers

*Worin unsere Stärke besteht: weltweite Kooperationen in Zeiten der Globalisierung* – Gewerkschaftspolitik, DGB-Bildungswerk

Bendt, Heinz – *Weltweite Solidarität: die Arbeit der globalen Gewerkschaftsorganisationen im Zeitalter der Globalisierung* – Globale Gewerkschaftspolitik, Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Dokumentation einer Fachkonferenz – Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potenziale nutzen: *berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund* – Gesprächskreis Migration und Integration

Bürsch, Michael – *Leitbild lebendige Bürgergesellschaft*: Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – Betrifft: Bürgergesellschaft

Grumke, Thomas – *Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik*: eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990 – Forum Berlin

Altgeld, Thorsten – *Prävention und Gesundheitsförderung*: ein Programm für eine bessere Sozial- und Gesundheitspolitik – Gesprächskreis Sozialpolitik

Radermacher, Reiner und Katharina Meier – *Brasilien: vom Hoffnungsträger zum kleineren Übel?* Die Regierung Lula im letzten Jahr ihrer Amtszeit – FES-Analyse

Diskussionspapier – *Sozialpolitik europäisch denken: europäische Integration und nationale Sozialpolitik* – Gesprächskreis Sozialpolitik

*Ein Wegweiser durch die OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung*: Angebote, Aufbau, Inhalte, 1 CD-ROM

Bestellungen bitte an: [presse@fes.de](mailto:presse@fes.de)

## Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

### Referat Asien und Pazifik:

Herberg, Mirko – *20 Jahre nach „EDSA People Power“: die Philippinen zwischen Putsch und Kriegsrecht*

Rodic, Vesna – *Neuwahlen in Thailand: ein Etappensieg für die Demokratie*

Schmidt, Felix, Daniel Reichart und Cordula Fluhr – *Zwischen Kontinuität und Fortschritt: der 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams im April*

### Referat Afrika:

*The future of the textile and clothing industry in Sub-Saharan Africa*: proceedings; international conference Friedrich-Ebert-Stiftung – ITGLWF – SACTWU

### Referat Lateinamerika und Karibik:

Langer, Michael – *Ecuador im Wahljahr 2006: viele Kandidaten – wenig Programm*

Ruminski, Hilmar – *Wahlen in Peru: ein Gewinner, aber kein Sieger*

### Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika:

Öhm, Manfred – *Sudan: bringt der Teilfriede von Abuja ein Ende der Gewalt in Dafur?*

Timm, Angelika – *Knessetwahlen 2006: Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven*

Alle Kurzberichte online unter: [www.fes.de/globalization](http://www.fes.de/globalization)

### Textbeiträge in dieser Ausgabe des FES-Info:

Erfried Adam; Michele Auga; Svenja Blanke; Hans Blumenthal; Ruth Brandherm; Max Brändle; Knut Dethlefsen; Alfred Diebold; Micky Drill; Henning Effner; Michael Ehrke; Felix Eickelberg; Matthias Eisel; Helmut Elischer; Jan Niklas Engels; Samir Farah; Katrin Fohmann; Katja Franke; Andrä Gärber; Peter Gey; Martin Gräfe; Steffen Grammling; Rainer Gries; Constantin Grund; Torsten Halbauer; Matthias Hampe; Stefanie Hanke; Frank Hantke; Peter Häussler; Jana Hilgenfeld; Ernst Hillebrand; Kathrein Hölscher; Heinz Albert Huthmacher; Georg Ismar; Marianne Joachim; Britta Joerissen; Uwe Kessler; Ursula Koch-Laugwitz; Anja Köhler; Peter König; Reinhard Krumm; Helmut Kurth; Hajo Lanz;

Gunther Lehrke; Anette Lohmann; Gero Maas; Florian Mayer; Ralf Melzer; Kathrin Meißner; Helmut Mörchen; Dietmar Molthagen; Barbara Obele; Peter Oesterdiekhoff; Knut Panknin; Elisabeth Petersen; Alfred Pfaller; Yesko Quiroga; Werner Rechmann; Daniel Reichart; Jan Renker; Elmar Römpczyk; Kerstin Roeske; Axel Schmidt; Felix Schmidt; Günther Schultze; Elisabeth Schumann-Braune; Anne Seyfferth; Jochen Steinhilber; Ernst Stetter; Rudolf Traub-Merz; Winfried Veit; Achim Vogt; Gisela von Mutius; Achim Wachendorfer; Helmut Weber; Anja Wehler-Schöck; Frederic Werner; Almut Wieland-Karimi; Petra Wilke; Andreas Wille; Lothar Witte; Gaby Wittpohl; Nicole Zeuner

### Impressum

Herausgeber:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Kommunikation und Grundsatzfragen  
✉ D-53170 Bonn  
📦 Godesberger Allee 149  
D-53175 Bonn  
Telefon: 0228 883-213/214

Internet:  
[www.fes.de](http://www.fes.de)  
E-Mail: [presse@fes.de](mailto:presse@fes.de)

Redaktion: Peter Donaiski  
Pressestelle Berlin  
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin  
Telefon: 030 26935924  
Telefax: 030 26935951  
E-Mail: [peter.donaiski@fes.de](mailto:peter.donaiski@fes.de)

Herstellung, Satz & Layout: Publix, Harald Eschenbach, Berlin  
Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig  
Titelfoto: picture-alliance  
Printed in Germany, Juli 2006  
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset  
ISSN 0942-1351

Klaus Schönhoven / Hermann Weber (Hg.)

## Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert

Band 12:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1956–1963  
970 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag  
Euro 78,00  
ISBN 3-8012-4156-4

Band 13:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1964–1969  
920 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag  
Euro 78,00  
ISBN 3-8012-4157-2

**Neuerscheinung**



*Die Quellenedition zur »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert« gehört mit bislang 11 Bänden zum festen Bestand geistes- und sozialwissenschaftlicher Standardwerke. Der wissenschaftlichen Forschung werden wichtige Materialien zur Erschließung gesellschaftspolitischer Probleme und gewerkschaftlicher Vorstellungen seit Beginn des Ersten Weltkriegs zugänglich gemacht, vieles davon zum ersten Mal.*

Band 12 der Edition konzentriert sich auf die Jahre von 1956 bis 1963. In dieser Zeit schärfte der Deutsche Gewerkschaftsbund sein politisches und programmatisches Profil, öffnete sich für marktwirtschaftliche Vorstellungen und setzte neue Richtmarken in seinem Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Vom grundlegenden Umbruch der Bundesrepublik in den 1960er Jahren – vom Wandel der politischen Kultur über die Bildung der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU bis zur neuen, steuerungsorientierten Wirtschaftspolitik – war der Deutsche Gewerkschaftsbund vielfach betroffen. Wie umfassend der DGB in dieser Zeit seinen Gestaltungsanspruch für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnahm, belegen die Dokumente und Materialien des 13. Quellenbandes; sie zeigen aber auch die Grenzen seines politischen Einflusses.